

Montag, 8. März  
CHE  
Manager  
Beruf  
und Kraft  
me

## POLITIK

**Athen:** Griechenlands sozialistischer Ministerpräsident Papandreu, von einer Protestwelle gegen seine rigorose Sparpolitik bedrängt, hat - unter dem Druck des linken Paragrafen - eine völlig unerwartete Öffnung zu den beiden kommunistischen Parteien des Landes vollzogen. (S. 7)

**Menschenrechte:** Den westlichen Regierungen hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte vorgeworfen, die KSZE-Folgekonferenzen nicht ernst genug zu nehmen. Diese nachlässige Haltung müssten Widerstandskämpfer in Osteuropa zum Teil mit dem Leben bezahlen.



**Dialog:** Die FDP will künftig verstärkt das Gespräch mit den Kirchen suchen. FDP-Vorstandsmitglied Brunner: die Kirchen gehören zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Kräften. (S. 4)

**Datenschutz:** Bundesinnenminister Zimmermann hat Kritik von Datenschützern an den neuen Sicherheitsgesetzen zurückgewiesen. Durch die neuen Gesetze gebe es „keinen unkontrollierten Datenverbund“ zwischen Polizei und Verfassungsschutz.

**Portugal:** Mario Soares (Foto) hat vor dem portugiesischen Parlament seinen Amtseid als neuer Staatspräsident geleistet; in einem internationalen Rahmen, wie ihn Lissabon bislang nicht erlebt hat. Aus Washington kam Vizepräsident Bush, aus Bonn kamen Außenminister Genscher und der SPD-Vorsitzende Brandt. (S. 7)

**Südafrika:** Angesichts des internationalen Waffenembargos hat Südafrika einen eigenen Kampfhubschrauber gebaut und jetzt vorgestellt. Er soll mit 20-Millimeter-Kanonen ausgerüstet werden.

**Philippinen:** Die neue Regierung in Manila unter Corason Aquino will sich offensichtlich in den nächsten Tagen selbst zur „Revolution“ erklären, eine neue Verfassung verabschieden und für November Kommunalwahlen ansetzen. Zwölf Generale wurden von der Regierung „unter Aufsicht“ gestellt. (S. 7)

**UNO:** Die US-Regierung hat die Sowjetunion aufgefordert, in den nächsten zwei Jahren das Personal ihrer Botschaften bei der UNO von jetzt 275 auf 170 Personen zu verringern. (S. 10)

## Der Kanzler markiert Grenzen für Kompromisse mit Ost-Berlin

### Kohl: Prinzipien der Einheit der Nation dürfen nicht angetastet werden

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Bundeskanzler Helmut Kohl hat wenige Tage vor seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ Klarstellungen zu Deutschlandpolitik gegeben, deren Adressaten sowohl die Führung in Ost-Berlin als auch die SPD und der eigene Koalitionspartner FDP sein dürften. Kohl gab mit einer Rede vor dem Kongress des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zu Protokoll, daß eine Politik „pragmatischer Fortschritte“ in der Zusammenarbeit mit Ost-Berlin nur „bei völliger Klarheit der Grundsätze“ zu bejahen sei. Eine substantielle Änderung des Verhältnisses zur „DDR“ kommt für Kohl nicht in Frage.

Der Regierungschef und CDU-Vorsitzende grenzte seine Gesprächsbereitschaft über Grundsätze der Deutschlandpolitik mit dem Satz ein: „Man kann mit uns keine Änderung herbeiführen. Die Position muß ganz klar sein. Wir sind nicht käuflich in den Prinzipien der Einheit der Nation.“ Der Kanzler erhielt für dieses Bekenntnis starken und lang anhaltenden Beifall seines jungen Auditoriums. Er ging nicht ausdrücklich auf Vorschläge sozialdemokratischer Politiker ein, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzuheben, und äußerte sich auch nicht zu der während des Sander-Besuchs bei der FDP wieder laut gewordenen Forderung nach Herstellung offizieller Beziehungen zur Volkskammer in Ost-Berlin. Seine Ausführungen wurden aber als Mahnungen an alle Seiten verstanden, die einer Formalisierung der Kontakte zum Schein-Parlament der „DDR“ das Wort reden oder zur Erfüllung der Generalforderungen des SED-Generalsekretärs Erich Honecker bereit sind. Die Frage der Staatsbürgerschaft steht in diesem Katalog obenan.

Es sei notwendig, mit der kommunistischen Regierung in Ost-Berlin zu sprechen, sagte Kohl, um für die Menschen in beiden deutschen Staaten und ihren Beziehungen zueinander Erleichterungen zu erreichen. „Doch bei allen diesen Gesprächen werden wir zu keinem Zeitpunkt vergessen, daß wir eine Demokratie sind, die die DDR aber eine kommunistische Diktatur.“ Diese klare Politik habe im übrigen „alle Erfolgchancen“. Dies habe nicht zuletzt der Besuch Sander-Besuchs bewiesen.

Bereits im vergangenen Herbst hatte der CDU-Vorsitzende erkennen lassen, daß er die Deutschlandpolitik und hier insbesondere die Haltung zum Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz zu einem der entscheidenden Themen des Bundestagswahlkampfes machen möchte. Bei einer Feierstunde zum 40-jährigen Bestehen des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, der am Wochenende im neugegründeten Landesverband Nordrhein-Westfalen aufgegangen ist, hatte Kohl zu dem Vorschlag des ehemaligen sozialdemokratischen Bundesjustizministers, die Präambel des Grundgesetzes zu ändern, erklärt, wenn auch die Lösung dieses Problems Generationen in Anspruch nehmen könne, so werde sich die CDU nie mit der Teilung Deutschlands abfinden. Er wiederholte diese Haltung sinngemäß vor dem CDU-nahen Studentenverband in Bonn.

## Rau setzt im Wahlkampf auf Emotion

### Das SPD-Konzept soll auch CDU-Anhänger ansprechen / „Nationale Kraftanstrengung“

**PETER PHILIPPS, Hannover**  
SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat auf dem Kongress der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) in Hannover die Wahlkampfkonzepktion der Sozialdemokraten für 1986/87 schärfer herausgearbeitet. Der CDU soll der Anspruch bestritten werden, noch „eine Volkspartei“ zu sein.

Rau scheute sich nicht, von „Heimat“ zu sprechen, die durch „eine große nationale Kraftanstrengung“ für die nachfolgende Generation gesichert werde, wenn die Umweltschäden beseitigt oder verhindert würden. Ähnlich wie Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel dies seit Monaten tut, erinnerte auch Rau in Hannover an den „Geist der Nachkriegszeit“, der zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und der Umweltschutzprobleme mobilisiert werden müsse. In einem ähnlichen Geist müsse es zu einem „Pakt der ökologischen, technologischen und ökonomischen Vernunft“ im Land kommen.

Stich gelassen werden“, und die technische Intelligenz, Rau und die SPD-Spitze versuchen offenbar, über die Innen- und Sozialpolitik eine ähnliche emotionale Woge in Bewegung zu setzen, wie dies Brandt 1972 mit der Ostpolitik und der Anknüpfung, daß unter seiner Kanzlerschaft „die Demokratie erst richtig beginn“, gelungen sei. Rau: „Die Sozialpolitik der Sozialdemokraten soll dazu beitragen, daß Solidarität als Leitbild der Gesellschaft lebendig erlebbar wird.“ Und, wie es schon seine Kandidatenkriterien mit der Ortswahl Ahlen verdeutlichte, dabei sollen sehr stark auch sozial engagierte bisherige CDU-Anhänger angesprochen werden.

Bei der Bundestagswahl im Januar 1987, so Rau unter dem Beifall der rund 310 Delegierten der AfA, „lautet die Frage tatsächlich: Wer ist die eigentliche Mehrheitspartei, wer ist die Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland“. Daneben will Rau der Koalition das Etikett einer Politik anheften, die die „Solidarität mit den einkalenden Begriffen wie Sozialneid geradezu einfriert“. Die SPD hingegen soll als Partei dargestellt werden, die „gegen die konservative Politik der sozialen Kälte, der Ausgrenzung und Spaltung unser Leitbild der solidarischen Gesellschaft“ setze. „Versöhnen statt spalten“, wiederholte der Kanzlerkandidat seinen Slogan von Ahlen.

Der dreitägige Kongress der AfA machte deutlich, wie stark die SPD durch einen engeren Schulterschluß mit den Gewerkschaften alle Reserven für 1987 zu mobilisieren sucht.

Der SPD-Politiker zitierte in Hannover Karl Arnold aus dem Jahre 1947 als Richtschnur für sozialdemokratische Absichten: „Es muß ein Ende haben mit der auf jedem Menschen, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, lastenden Angst, für immer seine Arbeitsstätte zu verlieren.“

## Merkwürdigkeiten im Fall Schuwalow

War er ein Spion, der in die USA überlaufen wollte? Wurde er unter psychischen Druck gesetzt, nach Moskau zurückzukehren? Jedenfalls gibt es „Merkwürdigkeiten“ im Verhalten des sowjetischen Staatsbürgers Viktor Schuwalow, bislang leitender Angestellter einer sowjetischen deutschen Handelsfirma mit Sitz in Bergisch Gladbach. Schuwalow war am 22. Oktober 1985 bei einem Verkehrsunfall verletzt und in das Krankenhaus in Bergisch Gladbach gebracht worden. Plötzlich verlangte die sowjetische Seite, er müsse nach Moskau „verlegt“ werden.

Schuwalow widersetzte sich, informierte die Ärzte, die wiederum die Polizei benachrichtigten. Danach wurde das für die Spionageabwehr zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln eingeschaltet. Es führte „intensive Gespräche“ mit Schuwalow, wie es hieß. Aber es ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Agenten-Tätigkeit des Russen, der sich, wie er wiederholt sagte, „bedroht“ fühlte. Zur weiteren Behandlung wechselte

Schuwalow dann in das Bundeswehr-zentralkrankenhaus in Koblenz und später zur Nachbehandlung ins Krankenhaus in Siegburg, Kontakte mit der sowjetischen Führung verweigerte er.

Plötzlich stellte Schuwalow Antrag auf Asyl in den Vereinigten Staaten, ohne diesen Antrag näher zu begründen. „Ich will in die USA“, erklärte er auf wiederholte Befragen. Über das Auswärtige Amt wurde die amerikanische Botschaft von dem „Fall“ unterrichtet, sie künftige an die Genehmigung des Asylansuches eine Bedingung Schuwalow, so lautete die Forderung, müsse in einem Gespräch mit einem Vertreter der sowjetischen Botschaft und unter Zeugen mitteilen, daß es sein Wunsch sei, in die USA zu gehen.

Der Grund für diese Vorsicht der amerikanischen Botschaft lag auf der Hand. Ihr waren noch die Erfahrungen mit dem KGB-Überläufer Jurtschenko im Sommer 1985 präsent. Jurtschenko hatte sich zunächst in die USA abgesetzt, dann aber erklärt, er sei betäubt und entführt worden.

Schuwalow jedenfalls erklärte sich mit dem von amerikanischer Seite gemachten Vorschlag, seine Ausreisewünsche in die USA einem Beamten der Sowjetbotschaft mitzutellen, einverstanden. Zu der Begegnung kam es dann am 6. März im Auswärtigen Amt. Das Kanzleramt und das Bundesinnenministerium waren über den „Vorgang“ informiert. Bei dem Gespräch zog Schuwalow plötzlich ein Papier aus der Tasche, mit dem er seine früheren Einlassungen auf den Kopf stellte: Er sei gegen seinen Willen in Deutschland festgehalten worden und er wolle sofort in die Sowjetunion ausreisen. Bonn hatte keine Handhabe, ihm zurückzuhalten.

Gleichwohl ist bekannt, daß auf Schuwalow mit Briefen aus der eigenen Familie „psychischer Druck“ ausgeübt worden ist. Ein solches Verfahren gehört zur Vorgehensweise des KGB.

Gleichwohl ist bekannt, daß auf Schuwalow mit Briefen aus der eigenen Familie „psychischer Druck“ ausgeübt worden ist. Ein solches Verfahren gehört zur Vorgehensweise des KGB.

## Astronaut Young klagt die Nasa an

### Memorandum: Die Besatzungen wurden bei Weltraumflügen katastrophalen Risiken ausgesetzt

**FRITZ WIRTH, Washington**  
Unter den amerikanischen Astronauten ist John Young eine lebende Legende. Er hat mehr Raumflüge als jeder andere Amerikaner hinter sich, war auf dem Mond und saß 1981 als Kommandant in der ersten Raumfähre, die ins All geschickt wurde. Sein Wort hat also Gewicht und diese Gewichte hängen zur Stunde der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa wie fast tödliche Lasten am Hals.

nicht stark genug ist, um Starts von Weltraumflügen zu stoppen, um Sicherheitskorrekturen vorzunehmen, dann werden weder das Programm, noch unsere verbliebenen drei Raumfähren, noch deren Besatzungen überleben.“

de Verärgerung und Betroffenheit unter den amerikanischen Astronauten wider, die sich seit der „Challenger“-Katastrophe ausgebreitet hat. Sally Ride, die erste amerikanische Astronautin, die das „Challenger“-Unglück untersucht, erklärte, daß sie angesichts der Enthüllungen im Augenblick nicht wieder bereit sei, in eine Weltraumfähre zu steigen; der Astronaut Henry Hartsfield beklagte sich darüber, daß die Nasa die Flugbesatzungen in falsche Sicherheit gewiegt habe.

Denn John Young teilte jetzt in einem zwölfseitigen Memorandum der Nasa seine Sorgen und Befürchtungen über vergangene Flüge und die Zukunft des Shuttle-Programms mit. Gestern wurde dieser Warnbrief von der Nasa veröffentlicht. Seine Anklage: Die Weltraumbehörde hat zahlreiche Astronauten „katastrophalen Risiken ausgesetzt, nur um ihren Startflügen einzuhaken.“

Der Astronaut führt dann eine Serie von Beispielen an, die belegen sollen, daß bei manchen technischen

Störungen in Sicherheitsfragen Kompromisse gemacht wurden, die das Leben der Astronauten gefährdeten. „Es gibt hier heute eine Reihe sehr glücklicher Leute unter uns“, schreibt Young und meint damit jene Astronauten, die heil aus dem All zurückkam, obwohl sie in nicht hundertprozentig sicheren Raumflügen saßen.

Youngs Schlußfolgerung: „Wenn das Management-System der Nasa

SEITE 2:  
Die schockierenden Fehler

Der neue Direktor des Shuttle-Programms, Admiral Richard Truly, reagierte schnell auf das Memorandum Youngs: „Ich stimme mit John Youngs Hauptforderung überein: Flugsicherheit muß unsere absolute Priorität sein. Wir werden keine Flure mehr starten, bevor nicht alle Sicherheitsprobleme im gesamten Nasa-System überprüft worden sind.“

## DER KOMMENTAR

### Kunsthertz

GÜNTER ZEHEM

Einen „herzchirurgischen Krimi“ hat Professor Emil Büchler die Einpflanzung des ersten deutschen Kunsthertzes genannt. Die Operation war in dieser Form nicht geplant gewesen. Dem Patienten sollte nur mit einem Bypass geholfen werden - fast ein Routineverfahren in der heutigen chirurgischen Praxis. Doch während des Eingriffs versagte das Herz und erholte sich nicht mehr. Es stand auch kein organisches Spenderherz zur Verfügung, und so wurde schließlich der Apparat installiert, „auf Zeit“, wie es heißt, nämlich solange, bis ein Spenderherz gefunden sei.

Versuchskaninchen der Chirurgie. Die Ärzte müssen sich also zwei- und dreimal fragen, bevor sie sich zu einer Implantation entschließen. Jeder überlebte Forscherherz wäre nur von Übel.

Daß die deutschen Ärzte hier möglicherweise noch mit mehr Skrupel entscheiden als ihre Kollegen anderswo, gereicht ihnen zur Ehre. Die einschlägige Forschung wird dadurch nicht beeinträchtigt, wie gerade die erfolgreiche Arbeit von Büchlers Berliner Herz-Zentrum beweist. Tierversuche waren es, die zur Konstruktion eines besonders leichten, auf den Herzkammerdruck besonders fein reagierenden Aggregats führten.

Das erste deutsche Kunsthertz ist nicht in planvoller experimenteller Absicht eingesetzt worden, sondern in einer dramatischen Rettungsaktion als Hilfe in höchster Not. Das läßt aufatmen. Wie man nämlich aus amerikanischen Experimenten weiß, ist das Kunsthertz in seiner jetzigen Form noch kein wirklicher „Ersatz“. Es legt dem Patienten ein Martyrium auf und macht ihn faktisch zum

Über das Für und Wider einer möglicherweise ausufernden Geräte- und Ersatzteil-Medizin können die Chirurgen allein nicht entscheiden. Solange sie Menschen, die sich helfen lassen wollen, auch wirklich helfen können, gehiet ihnen ihr Eid, auch die letzten Ressourcen und Erkenntnisse für diesen großen Zweck zu mobilisieren.

### Herzpatient in Berlin wohlauf

**DW, Berlin**  
Der erste Deutsche mit einem künstlichen Herzen befand sich gestern zwei Tage nach der aufsehenerregenden Operation im Berliner Universitätsklinikum Charloottenburg, in guter Verfassung. Das künstliche Organ arbeitet einwandfrei, der Zustand des Patienten sei stabil, erklärte Professor Emil Büchler. Nächster Schritt werde der Austausch des Kunsthertzes gegen ein „Spenderherz“ sein. Europaweit werde jetzt nach einem passenden Transplantat gesucht. Seite 3: Weitere Beiträge

### 1986 das „Jahr des Verbrauchers“

**DW, München**  
Das Handwerk wird nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Bangemann 1986 einer der Hauptnutznießer von 60 bis 70 Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft durch Steuerreform, Sozialtransfer und Ölpreistorz sein. Bei der Eröffnung der 38. Internationalen Handwerksmesse bezeichnete auch Bayerns Ministerpräsident Strauß 1986 als „Jahr des Verbrauchers“. Der Ölpreistorz werde einen Kaufkraftschub „wie seit 20 Jahren nicht mehr“ auslösen. Seite 11: Konjunktur-Perspektiven

### Biedenkopf will ins CDU-Präsidium

**DW, Düsseldorf**  
Professor Kurt Biedenkopf will als Vorsitzender des neuen CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auch ins CDU-Parteipräsidium. Im Anschluß an den Fusionsparteitag der bisherigen CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe kündigte er an, er werde auf dem nächsten Parteitag der Union erneut kandidieren. 1985 war Biedenkopf in Essen mit seiner Bewerbung um einen Platz im Präsidium gescheitert. Seite 5: Tag des Triumphs

### „Spenden-Praxis“ lange bekannt

**gba, Bonn**  
Finanzbehörden, aber auch Finanzminister haben nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Stoltenberg die Praxis von Spendenzahlungen an politische Parteien auf dem Umweg über Förder-Vereinigungen seit den 50er Jahren gekannt. Der Minister erklärte, zwar dürfe man die Steuer- und Finanzverwaltung nicht pauschal verdächtigen, konkrete Vorwürfe aber müßten jetzt geklärt werden. Seite 10: Spendenpraxis

### Moskau bestätigt: Kwizinskij kommt

**DW, Moskau**  
Es ist amtlich: Der sowjetische Unterhändler bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte, Julij Kwizinskij, wird neuer sowjetischer Botschafter in Bonn. Kwizinskij löst den 75-jährigen Wladimir Semjonow ab, der den Posten des Botschafters seit 1978 bekleidet hatte. Semjonow war auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt worden und wird jetzt in den Ruhestand treten.

### TV-Team aus Paris in Beirut entführt

**DW, Paris**  
Die Untergrundorganisation „Islamischer Heiliger Krieg“ hat in Anrufen bei Nachrichtentelegraphen in Beirut die Verantwortung für die Geiselnahme eines vierköpfigen französischen Fernseherteams auf sich genommen. Dieses war am Samstag in einem Beirut Vorort entführt worden. Premierminister Fabius bezeichnete den Vorfall nach einer nächtlichen Krisensitzung als „beunruhigend“. Seite 16: Fehleinschätzungen

## HEUTE IN DER WELT

**Vorwurf „Spitzelstaat“ haltlos**  
Die Sicherheitsgesetze sind ins Kreuzfeuer geraten. Werden sie dem Datenschutz nicht gerecht? Für Waldemar Schreckenberger, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, steht dagegen fest: „Von einem Spitzelstaat kann nicht die Rede sein.“ Seite 8

**Pankraz**  
„Die Flöhe und die ewigen Angeklagten“ - Über die Enthüllungskampagne gegen den österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim. Seite 17

## WIRTSCHAFT

**Börse:** Die Madrider Börse, Jahrelang der Geheimtipp vieler Börsianer im internationalen Wertpapierhandel, läuft inzwischen Gefahr, sich zu übernehmen. Eine Woche kletterten Kurse und Umsatzzahlen in einem bisher nicht gekannten Maß. In den ersten sieben Wochen dieses Jahres betrug der Tagesumsatz der Madrider Börse, die 90 Prozent des spanischen Marktes ausmacht, im Schnitt rund 2,6 Milliarden Pesetas. Das sind etwa 42 Millionen Mark. (S. 12)

**Maßstäbe in der gesellschafts- und wohnungspolitischen Dimension -** rund eine Million Menschen wohnt in Bauten dieses größten europäischen Wohnungsbaukonzerns. Zehn Milliarden Mark öffentliche Gelder flossen in seine Kassen. (S. 13)

**Neue Heimat:** Die prekäre Lage des Konzerns setzt in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen neue

**Energiesteuer:** Die SPD will Benzin, Diesel- und Heizöl sowie Strom und Erdgas mit einer zusätzlichen Steuer belasten, die jährlich knapp fünf Milliarden Mark einbrächte. Daraus soll das von ihr vorgeschlagene Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ zur Förderung des Umweltschutzes finanziert werden. (S. 11)

## KULTUR

**Fernsehen:** Hat das Fernsehen eigentlich immer Recht? Dieser - naheliegende - Frage gingen auf dem ersten „Trans-Media-Kongress“ der fernsehkritischen Initiative „Bürger fragen Journalisten“ Experten nach. Die Fernsehrichterschaft ist bei uns außer Kontrolle geraten, war ein Fazit der Diskussionen. (S. 17)

**Film:** Sidney Pollacks für elf Oscars nominierten Film „Jenseits von Afrika“ - ein hinreißendes Stück epischen Kinos. Meryl Streep in der Hauptrolle als Karen Blixen gelangt wiederum eines jener einfühlsamen Frauenporträts, mit denen sie zur „First Lady“ der amerikanischen Schauspielkunst avancierte. (S. 17)

## SPORT

**Ski:** Weltmeister im Skifliegen wurde in Bad Mitterndorf (Österreich) der einheimische Favorit Andreas Felder. Er egalisierte mit 191 m den Weltrekord des Finnen Nykänen. Akimoto (Japan), Fändel (DDR) und Berg (Norwegen) stürzten schwer. (S. 14)

vor der Weltmeisterschaft in Mexiko wieder mit dem Training beginnen. Sein WM-Einsatz ist damit so gut wie ausgeschlossen. (S. 15)

**Handball:** Der zweimalige Olympiasieger Jugoslawien schlug im Endspiel um die Weltmeisterschaft in Zürich Ungarn mit 24:22 (12:12). (S. 13)



**Fußball:** Beim Bundesligaspiel gegen Schalke 04 erlitt der Kölner Nationalspieler Pierre Littbarski (Foto) einen doppelten Riß des Kreuzbandes im Knie. Littbarski kann frühestens 14 Tage

## AUS ALLER WELT

**„Ehrenwert“:** Querverbindungen zwischen Mafia und Freimaurern auf Sizilien sorgen für Aufsehen. Entdeckt wurden die Kontakte im Zuge der Ermittlungen gegen den internationalen Rauschgifthandel. Jetzt wird gefragt, ob auch Richter zu den Logenbrüdern zählen. (S. 18)

**Phantombild:** Bei der Fahndung nach dem Mörder von Schwedens Ministerpräsident Palme hatte die Polizei mit einer Fotomontage bislang wenig Erfolg. - Phantombilder werden in der Bundesrepublik seit Anfang der 70er Jahre benutzt, auch wenn das Verfahren problematisch ist. (S. 18)

Leserbriefe und Personalien Seite 8  
Fernsehen Seite 9  
Wetter: Überwiegend niederschlagsfrei Seite 24

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Menschenfalle West-Beirut

Von Peter M. Ranke

Schon bei der Ankunft auf dem Beirut Flughafen überprüften Milizen der Drusen und der Schiiten die Namenslisten der Passagiere oder fordern Auskunft, was denn der Ausländer jetzt in Libanon wolle. Der französische Journalist Jean-Pierre Kauffmann wurde am 22. Mai vorigen Jahres auf der Flughafenstraße vom Terrorkommando „Islamischer Dschihad“ der Schiiten entführt und ist seitdem verschwunden.

Unter diesen Umständen ist es ein hodenloser Leichtsinns, daß ein französisches Fernseherteam zu Aufnahmen einer schiitischen Kundgebung in der Fanatiker-Hochburg Bir el Abed fuhr. Die vier Franzosen wurden prompt entführt. Sie sollten sich auch um das Schicksal des Arabisten Michel Seurat kümmern, der gleichzeitig mit Kauffmann verschwand. Aber fanatische Schiiten wie der „Islamische Dschihad“ erkennen weder Journalisten noch Wissenschaftler als personae gratiae an, was man in Paris längst wissen mußte.

Die vier jetzt entführten Franzosen sind wie ihre vier Vorgänger auch die Opfer der doppelgesichtigen französischen Orientpolitik. Paris ließ Terroristen laufen, Paris ebnete 1979 dem greisen Rächer Khomeini den Heimweg nach Iran, Paris ermöglichte Irak durch die Lieferung von Exocet-Raketen den Tankerkrieg im Golf - Paris hielt das alles für kluge Politik.

Am 19. Februar wies Paris zwei irakische Regimegegner nach Bagdad aus, wo ihnen der Tod droht. Die bisher nicht bestätigte Ermordung Seurats in West-Beirut wird vom „Islamischen Dschihad“ damit begründet. Er verlangt auch eine Revision der französischen Orientpolitik - sie soll also von Terroristen bestimmt werden. Jahrelange Beschwichtigung wie der „Waffenstillstand“ mit Terrorchef Abu Nidal und eine leichtsinnige Einschätzung der Sicherheitslage in West-Beirut haben leider dem „Islamischen Dschihad“ die Möglichkeit zur Erpressung in die Hände gespielt. Jetzt sendet Frankreich Emissäre aus und muß die Demütigung hinnehmen, daß die Terroristen sagen: Nein, wir wollen mit jemand anderem reden.

Wenn die gekidnappten Franzosen nicht diese Woche freikommen, darf Mitterrand sich bei der Wahl am nächsten Sonntag auf einiges gefaßt machen.

## Antwort an Barschel

Von Georg Bauer

Schleswig-Holstein Ministerpräsident Uwe Barschel lag mit seinem Ohrleiden im Krankenhaus, aber das war es nicht, weswegen ihm die Ohren an diesem Wochenende klangen. Er hat sich mit seiner Analyse aus der Hüfte einen Tag nach der Kommunalwahl, als er der Politik in Bonn und der Kieler Parteizentrale mit dem Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt an der Spitze wegen angeblich mangelhafter Wahlkampfleitung die Schuld zuschob - indirekt, aber unüberhörbar, sollte die Kritik auch den CDU-Landesvorsitzenden Stoltenberg treffen - keinen Gefallen getan und kein Alibi verschafft.

Auf der Sitzung des Landesausschusses, des kleinen Parteitages, bekam er die Antwort, und zwar von Stoltenberg selbst, der diesmal weniger kühl als klar war. Ohne den von ihm auf den Ministerpräsidentensessel gehobenen Parteifreund beim Namen zu nennen, bedeutete er den Zuhörern, daß Wahlniederlagen gemeinsam getragen werden müssen, in einer „klaren und für den Bürger verständlichen Sprache“ und „ohne Profilbestrebungen Einzelner und ohne Rechthaberei“.

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Republik, das hat Stoltenberg an die Adresse des Ministerpräsidenten hervorgehoben, könne nur weitergeführt werden, wenn Bund und Länder zusammen daran arbeiten. Dies gilt um so mehr für ein Land, dessen wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Die Reaktion der Parteifreunde war einmütig. Barschel hat die Botschaft verstanden, seine erste Reaktion im Deutschlandfunk zeigt es. Von Parteifreunden waren am Rande sogar Empfehlungen an den Ministerpräsidenten zu hören, er möge achtgeben, daß er nicht durch weitere Pauschalurteile über andere zum „einsamen Mann in der CDU Schleswig-Holsteins“ wird. Schlechte Verlierer, oh im Sport oder in der Politik, gewinnen selten Sympathie. Besonders ärgerlich reagieren die Beteiligten, wenn durch Schuldzuweisungen zusätzlicher Schaden entsteht. Etwa, wenn ein maßgeblicher Politiker als Zeuge gegen die eigene Politik zitiert werden kann.

## Gesamt-Bohnensuppe

Von Leonid Hoerschelmann

Nicht nur beim Friedrich-Ebert-Gymnasium in Bonn (die WELT berichtete), auch in anderen Großstädten taucht neuerdings das verblüffende Argument auf, die Gesamtschule sei schon deswegen die Schule der Zukunft, weil sie billiger sei als die durch den Schülerschwund gefährdeten Gymnasien. In Frankfurt sehen sich durch so ein Kosten-Nutzen-Gutachten gleich drei traditionsreiche Gymnasien bedroht.

Man muß, um die Unvernunft dieser Begründung richtig zu schmecken, etwas in die Vergangenheit zurückblicken. Zwei Jahrzehnte lang ist die integrierte Gesamtschule von all ihren Verfechtern ausschließlich unter „pädagogischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten“ propagiert worden. Sie allein sollte für Chancengleichheit und bestmögliche Förderung der von Hause aus weniger bildungsmotivierten Kinder. Dafür dürfe der Gesellschaft nichts zu teuer sein. Protest dagegen, daß neue Gesamtschulen fast immer teurer ausgestattet wurden als die Konkurrenz, wies man beleidigt zurück.

Mitte der siebziger Jahre machte die Entwicklung der Staatsfinanzen wenigstens dem Ärgsten ein Ende (in Hessen sollten - heute noch nachzulesen - bis 1985 allen Ernstes 380 integrierte Gesamtschulen entstehen). Die Reformen protestierten wütend: Die Bildung für alle werde dem schändlichen Mammon geopfert.

Nun sind sie wieder da. Ihre Sprüche von damals nimmt ihnen kaum noch jemand ab. Aber nun haben die ergrauten Pioniere der grandiosen Nivellierungsanstalten, in denen Leistung durch Anschaffung der Leistungsanforderungen erreicht werden sollte, ein ganz neues Argument. In großen Schuleinheiten, so rechnen sie vor, lasse es sich billiger arbeiten und organisieren als in den kleiner werdenden Gymnasien.

Natürlich ist Bohnensuppe billiger als ein richtiges Menü. Natürlich spart man, wenn man alle über einen Leisten schlägt und weder die Begabten noch die Unbegabten nach ihren Möglichkeiten fördert. Aber so weit ist der allgemeine Bildungsschwund wohl doch noch nicht gediehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung diesen Argumentenschwund nicht merken würde.



Philippinische Abschiedssymphonie

AUTUMN THE PHILADELPHIA ENQUIRER

## Was wird da garantiert?

Von Joachim Neander

Wo immer in den letzten Monaten von der berühmtesten „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ für den öffentlich-rechtlichen Bereich von Rundfunk und Fernsehen die Rede war, blieb der gemeinte Gegenstand im Dunkeln. Wessen Bestand und Zukunft soll eigentlich da garantiert werden?

Die Wortführer des öffentlich-rechtlichen Systems, die Intendanten insbesondere, meinen (natürlich) sämtliche bestehenden Anstalten. Die potentiellen Garantien, die Ministerpräsidenten der Bundesländer, drücken sich vorsichtiger aus. Sie reden vom öffentlich-rechtlichen System oder Rundfunk allgemein und lassen offen, ob dies tatsächlich für jeden einzelnen Sender gelten soll, egal, ob er von seinen Einnahmen leben kann oder seit langem massive Hilfe von außen benötigt.

Nun wird das Dunkel demagogischer Taktik aus einer Richtung aufgehellt, aus der man es nicht erwartet hat. Ernst Fuhr, der Justiziar des ZDF, einer der erfahrensten Rundfunkrechtler der Bundesrepublik, formuliert in der Neuaufgabe seines Kommentars zum ZDF-Staatsvertrag (v. Hase und Koehler Verlag, Mainz) zu diesem Thema in ermutigender Klarheit: „Die einzelne Rundfunkanstalt genießt... im Grundsatz keinen verfassungsrechtlichen Aufstellungs- (Bestands-)schutz. Die Länder, denen die Rundfunkorganisationsgewalt obliegt, können auch Organisationsstrukturen verändern bis hin zur Auflösung einer Rundfunkanstalt.“

Natürlich tritt auch Fuhr für eine Art Bestands- und Entwicklungsgarantie ein. Aber er begründet sie neu. Nicht die Anstalten (auch nicht „das System“, wie es ist) haben einen unbedingten Anspruch auf Bestandsschutz, sondern nur der ihnen von Staat und Gesellschaft erteilte Auftrag. Diese Schutzgarantie freilich braucht nach Fuhrs Ansicht eigentlich von den Ministerpräsidenten gar nicht mehr neu ausgesprochen zu werden. Sie leitet sich aus der Verfassung direkt her. Um beim Beispiel ZDF zu bleiben: Der Staatsvertrag von 1961 enthält zwar die Möglichkeit einer Kündigung durch die Länder. Aber, so folgert Fuhr wohl mit Recht, von dieser Möglichkeit

dürfte nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Erfüllung des dem ZDF erteilten Auftrages auf andere Weise sichergestellt wäre.

Diese neue Begründung sieht vielleicht nur wie eine formaljuristische Finesse aus. Und doch eröffnet sie neue Möglichkeiten, das ganze Problem zu diskutieren: Wie sieht eigentlich der Auftrag an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus? Ist insbesondere der rasante Wettlauf, den ARD und ZDF in den letzten Monaten aus Angst vor der privaten Konkurrenz um Gunst und Unterhaltungsbedürfnisse der Zuschauer eröffnet haben, von diesen Grundsätzen noch gedeckt?

Im ZDF-Staatsvertrag kommt die Unterhaltung als Programm-auftrag überhaupt nicht vor. Allenfalls läßt sie sich aus dem Auftrag eines „umfassenden Bildes der Wirklichkeit“ herleiten. In den ZDF-Programmrichtlinien ist immerhin die Rede von „umfassend informieren, anregend unterhalten und zur Bildung beitragen“. In den Rundfunkgesetzen für die ARD-Anstalten, kommt die Unterhaltung, wenn überhaupt, erst hinter Information und Bildung beziehungsweise Unterrichtung.

Zwar fällt die Definition dessen, was ein Rundfunkvollprogramm ist, sicherlich unter den Begriff der Rundfunkfreiheit. Der Staat kann hier keine willkürlichen Vorschriften erlassen. Richtig ist auch, daß das Bundesverfassungsgericht eine Beschränkung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf die Rol-

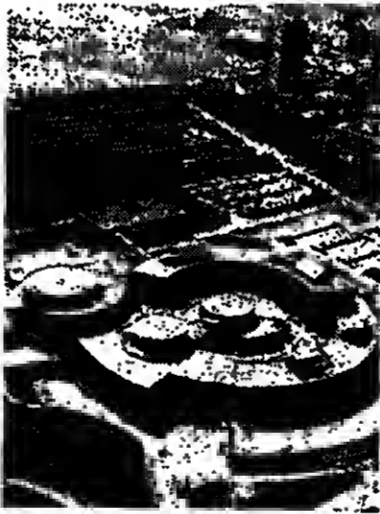
le eines Lückenbüßers in den von den privaten Veranstaltern freigelassenen Bereichen ausdrücklich abgelehnt hat.

Dennoch muß sich das öffentlich-rechtliche System, wenn es sich selber auf seinen Auftrag beruft, auf eine inhaltliche Diskussion einlassen. In Großbritannien hat die BBC mit ihrer speziellen Hörfunkwelle für Popmusik immerhin öffentliche Kritik einstecken müssen. Hierzulande haben die ARD-Sender mit Hilfe der sogenannten Autofahrerwellen den Hörfunk still und heimlich in einem Ausmaß der Unterhaltung dienbar gemacht, wie es die Gründerväter nicht einmal ahnen konnten. Pop, Rock und Schlagermusik haben im gesamten Hörfunkprogramm (die kulturellen beziehungsweise E-Musik-Wellen inbegriffen) heute mit riesigem Abstand den größten Anteil an der Sendezeit.

Im Fernsehen dominiert zur Hauptsachezeit die Unterhaltung im weitesten Sinn absolut eindeutig. Im regionalen Vorabendprogramm verzeichnet zum Beispiel der WDR nach der neuesten Statistik einen Unterhaltungsanteil von über 60 Prozent.

Als die Öffentlich-Rechtlichen noch allein auf weiter Flur waren mit ihren Programmen, gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, immer wieder den Vorrang von Information, Meinungsvielfalt, Bildung und kulturellem Minderheitsanspruch hervorzuheben. Je breiter sich jetzt die private Konkurrenz vor allem in der Unterhaltung macht, desto lauter werden seltsamerweise auch die öffentlich-rechtlichen Beschworungen der Unterhaltung. Sie sei „legitimer, essentieller, unverzichtbarer, eigenständiger Bestandteil des Programmangebots“ - so führte ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf die Adjektive auf einer DGB-Tagung vor gut einem Jahr.

Für die Erfüllung ihres öffentlich-rechtlichen Auftrags beanspruchten die etablierten Anstalten sowohl die Rundfunkgebühren als auch eine Garantie für ihr Fortbestehen. Aber dieser Auftrag liegt fest. Die Sender können ihn nicht beliebig durch die Forderung erweiteren, unbedingt auf allen anderen Hochzeiten erfolgreich und riskolos mitzutanzten.



Unterhaltung ist kein Programm-auftrag: ZDF

## Nicht am Computer, sondern am Common sense lag es

Die schockierenden Fehler bei der Nasa / Von Fritz Wirth

Eines der stolzesten amerikanischen Gütezeichen ist angekratzt worden. Sein Name ist Nasa. Dieses Kürzel steht seit Jahrzehnten für mehr als nur für „National Aeronautics and Space Administration“. Es steht für Wagemut, wissenschaftliche Schmelze, die Flucht in die Öffentlichkeit an mit Kritik an Rogers. Einer ihrer Topmanager, William Lucas, behauptet entschieden: „Nach allen Informationen, die uns vorliegen, war es eine vernünftige Entscheidung, Challenger zu starten.“

Der Haken: Die entscheidenden Informationen über einen Defekt an den Feststoffraketen („Boosters“) lag diesen Männern nicht vor. Sie versicherten im Gestrüpp einer kompliziert gewordenen Verantwortungs-Hierarchie.

Dieser Defekt im Apparat der Nasa darf nicht darüber hinwegtäuschen: An der fachlichen und moralischen Integrität jener Männer, die eine defekte Raumfähre ins All schickten, gibt es nach wie vor keine Zweifel. Hier waren und sind keine technischen Hasardeure am Werk, sondern

höchst verantwortungs- und risikobewußte Männer, denen eher der Ruf anhing, bei vielen vergangenen Missionen ins All zu vorsichtig gewesen zu sein und zu häufig wegen angeblicher Kleinigkeiten den Start verschoben zu haben.

Wie ist die „Challenger“-Katastrophe also zu erklären? Vielleicht ein Beispiel eines Mannes wie Lawrence Mulloy, der im Raumfahrtzentrum Huntsville bei der Nasa für die Antriebsaggregate zuständig ist. Mulloy und sein direkter Vorgesetzter Stanley Reinartz waren die Männer, an denen die einstimmige Warnung der Ingenieure dieser „Boosters“, wegen der kalten Außentemperaturen nicht zu starten, abprallten. Mulloy und Reinartz leiteten diese Warnungen nicht an jene weiter, die am Ende das fatale Startsignal gaben.

Im mehrstündigen Verhör Mulloy am letzten Mittwoch war die Sprache entblühend. In seinen Antworten kehrte eine Vokabel innerhalb einer Stunde mindestens dreifach wieder, das Wort „logisch“. Es charakte-

## IM GESPRÄCH Alexandra Birjukowa

### Schwieriges Befreiungswerk

Von Rose-Marie Borngäßer

Außergewöhnliches offenbart sich oft an Kleinigkeiten. So verhaspelte sich KP-Chef Michail Gorbatschow ausgerechnet, als er den Namen des einzigen weiblichen ZK-Sekretärs vorlas. Das war einer der wenigen heiteren Momente des 77. KPdSU-Parteitag. Alexandra Pavlona Birjukowa saß indessen strahlend in der Männerriege der ZK-Sekretäre. Eine biedere, mütterlich wirkende russische Frau, eine Genossin, Wärme und Energie ausstrahlend, die im strengen dunklen Kostüm mit weißer Bluse und Brosche hinter dem Podium thronte.

Man sieht ihr an, daß sie, 1929 als Tochter eines Kolchosbauern geboren, weiß, wie schwer das Los der sowjetischen Frauen ist, die Tag für Tag in überfüllten Autobussen oder Metros zur Arbeit hetzen, am Abend mit Einkaufsetzen gepackt nach langem Schlangestehen wieder nach Hause kommen. Politisch ist Frau Birjukowa von Kindheit an motiviert: mit zehn Jahren Weihe als Jungpionierin, dann mit 14 Jahren Eintritt in die KP-Jugendorganisation Komsozol, mit 27 Parteimitglied. Von Beruf ist sie Textilingenieurin.

Frau Birjukowa erhielt im Moskauer Textil-Institut ihre Ausbildung. Schon damals trat sie aus der Masse durch Ehrgeiz und Durchsetzungsvermögen hervor und wurde der „politische Kopf“ dieser Textilfabrik. Auf der politischen Karriereleiter war sie mit 30 bereits Leiterin der technischen Verwaltung für Textilien und Strickwaren im Moskauer Gebiet.

Diese propere Frau fiel immer bei Versammlungen auf, redigewandt und doch realitätsbezogen, aber auch immer parteikonform. Solche Frauen braucht das große Sowjetreich: Eine mit der Zunge auf dem rechten Fleck, mit den Händen zapuckend, mit gemeinsamem Hausfrauenverständnis. Sie wurde Cheffingenieurin der Moskauer Fabrik „Trikotagnia“, 1971 wurde Alexandra Birjukowa zur Kandidatin im ZK-Komitee gewählt. Ihr Bereich umfaßte Arbeitstragen im Leben der sowjetischen Frau sowie Schutz von Mutter und Kind. Und nun, nach dem 27. Parteitag, sitzt die 57jährige neben Dobrynin, Saikow und Ligatschow. Leider verschweigen die offiziellen



Höchste Frau der Sowjetunion: Alexandra Birjukowa

Annalen Persönliches. Aber man kann davon ausgehen, daß Frau Birjukowa verheiratet ist (oder war - Scheidungen gehören nun einmal zum alltäglichen Lebenslauf in der Sowjetunion), daß sie mehrere Mütter, wohl auch Großmutter ist. Sie soll im ZK-Sekretariat das Sozialressort übernehmen, sichert durch

Von den 300 ZK-Mitgliedern sind knapp ein Prozent Frauen - und keine sitzt im mächtigen Politbüro. Immerhin war die Aufwertung Frau Birjukowa geschickt vor den „internationalen Frauentag“ am 8. März gelegt. An diesem Tag schrieb im Jahre 1921 Lenin in der „Prawda“: „Am Frauentag werden in allen Ländern der Welt aus unzähligen Versammlungen von Arbeiterinnen Grüßen nach Sowjetrußland fliegen, das das unerhörte schwierige und mühselige aber welthistorisch große und wahrhaftige Befreiungswerk begonnen hat.“

Bevor man von einem einschneidenden Einbruch in die sowjetische Männergesellschaft durch diese Wahl spricht, sollte man an das Schicksal der Kultusministerin Jelkaterina Furzewa denken. Sie, unter Chruschtschow ernannt, war eine intelligente Dame, die ein „aufgeschlossenes“ Sowjetreich repräsentierte - bis man sie vertrieb und vergaß. „Korruption“, so lautete der Vorwurf. Mit Alexandra Pavlona Birjukowa dieses Schicksals erspart bleiben.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie begribt die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin:

Es ist schön, daß zu Wochenbeginn die SPD-Bundestagsfraktion wieder einmal im Reichstag tagt. Doch das ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Seit einiger Zeit wird im nationalen Katalog der Deutschen nahezu alles, was die Bundespräsenz in Berlin betrifft, klein, wenn nicht gar unleserlich gedruckt. Man möchte Erich Honecker nicht bei seinem Versuch behindern, sich Deutschland politisch vom großen Bruder in Moskau freizuschwimmen. Natürlich muß Bundespräsenz nicht wie ein Feuerwerk praktiziert werden. Stetigkeit im politischen Alltag ist hilfreicher.

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zum Bonner Beschäftigungsproblem:

Wie sich nun herausstellt, hatte die Vermehrung Diebstahls ungefähr das gleiche Ergebnis wie später die Hauptverhandlung: Der Zeuge hatte sowohl Irrtümer bei den berichtigten „Wg.“-Eintragungen in die Spendenkladde zugegeben als auch bekannt, daß er Spenden an FDP-nahe Institutionen unter „Wg. Lambsdorff“ verbucht hatte... Auf diesen entscheidenden Schwachpunkt ihres Kronzeugen hätte (die Staatsanwaltschaft) das Gericht doch wohl rechtzeitig aufmerksam machen müssen.

DAILY EXPRESS

Die Londoner Zeitung gibt anlässlich US-Auswahl ein Irland-Interview:

Das Geld soll als Geste des guten Willens zur Unterstützung des anglo-irischen Abkommens angesehen werden. In Wirklichkeit stellt es eine Beleidigung dar... Die Summe selbst (170 Millionen Pfund) ist lächerlich, sie entspricht ungefähr dem Betrag, den die britische Regierung im Zeitraum von sechs Stunden aufwendet. Doch selbst wenn es hunderte Millionen wäre, wäre es unannehmbar. Irisch-amerikanische Politiker haben einen schrecklichen Ruf in bezug auf die irisch-republikanische Armee... Irland - Nord und Süd - hat genügend Probleme, auch ohne das stimmungsrundernde Washingtoner Politiker es für ihre Zwecke gebrauchen.

Herald Tribune

Die Pariser Zeitung macht zur Beratung des Washingtoner Sowjetabkommens ein Interview mit Sekretärin der KP:

Dies könnte sich als wichtiges Ereignis in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erweisen... Die vorherrschende Meinung in Washington ist, daß mit der Berufung eines diplomatischen Technokraten mit ausgezeichneter Auslandserfahrung in die Parteizentrale Gorbatschow zu verstehen gibt, daß er eine Verstärkung der Rolle der Partei in der Außenpolitik anstrebt (und) daß die Beziehungen zwischen den Supermächten das Kernstück seiner Außenpolitik sind.

Montag, 10. März 1988  
a Birjukow  
ngswerk

Geplant war eine Bypass-Operation, doch dann wurde daraus die erste Implantation eines deutschen Kunstherzens

# 25 Jahre lang arbeitete Bücherl für diesen Tag

Von WERNER KAHL

Sonntags klopfte Emil Bücherl mit seinen Assistenten meist in Berliner Ruinen herum, um heile Ziegelsteine und Balken aus den zerborstenen Mauern zu bergen. Für den Kunstherzforscher gab es in den sechziger Jahren am Städtischen Krankenhaus Berlin-Neukölln, an dem er Arztlicher Direktor war, nicht einmal Kellerräume zum Experimentieren.

Dabei zeigte der damalige Kanzler der Freien Universität, von Bergmann, viel Verständnis für Bücherls Anspruch, daß Forschung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr grundsätzlich im Keller stattfinden sollte. Doch für den Bau von Stallungen für Experimente und für Lohn von Mauern und Installateuren war im Etat kein Geld vorgesehen. Also galt das Motto: Do it yourself.

Als der Autor das Chirurgenteam vor über zwei Jahrzehnten in der Trümmerlandschaft zufällig entdeckte, hat Bücherl händelnd darum, die Steinklopferei nicht publik zu machen. Wenn darüber etwas in der Zeitung erscheine, werde ihm die Universität Reklame in eigener Sache vorwerfen und ihn einer ordentlichen Professur nicht für würdig erachten.

Im kommenden Jahr werden es drei Jahrzehnte her sein, daß Emil Sebastian Bücherl in Deutschland die erste Operation mit einer Herz-Lungen-Maschine, das heißt am offenen, stillstehenden Herzen, vornahm. 25 Jahre forschte er für die Implantation des Kunstherzens. Der Weg dahin begann für den angehenden Mediziner des Jahrganges 1919 nach Kriegsende mit dem Fahrrad von seiner Heimatstadt Rosenheim nach Heidelberg. Weil ein Oberarzt der Heibelberger Universitätsklinik seine ersten Arbeiten beeinflusst hatte, und Chirurgen am Städtischen Krankenhaus Amberg geworden war, radelte Bücherl von Oberbayern dorthin.

Am Amberger Krankenhaus wurde er rund um die Uhr in der Chirurgie eingesetzt. "Seither weiß ich, mit wie wenig Geld man auskommen kann und wie schön es sein kann, auf einem Krankenhausbalkon im Freien zu schlafen", erinnert sich heute Bücherl. Er habe aber auch erfahren, daß er nach dem Studium, "noch viel, ja sehr viel lernen" mußte, was er als "lausiger Student" versäumt habe. "Heute zehre ich noch davon und bedauere unsere Studenten, denen man diese törichte Reform aufgezwungen hat."

Am Physiologischen Institut der Universität Göttingen lernte er, "allen Dingen bis auf den Grund zu gehen". Bücherl: "Ich lernte vor allem zwei Dinge:

1. Wie schwierig es ist, eine Blutpumpe, die wissenschaftlichen Anforderungen genügt, zu konstruieren;

2. Welch ungewöhnliche Flüssigkeit das Blut ist. Zum einen, wie schnell es gerade dann gerinnt, wenn es nicht soll, zum anderen, wie schnell sich das Plasma rot färbt, weil Blutzellen durch das künstliche Pumpsystem zerstört werden."

Und der Professor fährt fort: "Heute erinnere ich mich immer mit Freu-

de, Stolz und Befriedigung an diese Zeit, war sie doch die Basis, mit der ich die Entwicklung einer Herz-Lungen-Maschine und später auch des Kunstherzens in Angriff nehmen konnte." "Es macht sich heute keiner mehr eine Vorstellung davon, was alles nicht ging", sagt Bücherl. Wer mache sich heute noch Gedanken, wie Sauerstoff im Blut gemessen wird? Eine Sauerstoff- und Kohlendioxid-Analyse im Blut dauerte mindestens eine halbe Stunde. "Der Teufel war immer präsent, indem eine Flüssigkeit den falschen Weg nahm und stundenlanges Putzen notwendig machte."

Nur Künstler oder besonders strukturierte Menschen hätten mit dem früheren Apparat, mit dem Sauerstoff und Kohlendioxid in der Luft gemessen wurden, längere Zeit ohne Depression arbeiten können. Trotzdem sei es 1953 zur Entwicklung einer eigenen Herz-Lungen-Maschine gekommen. Sicherlich habe er, auch den Fehler gemacht und an zu viel Physiologie gedacht und weniger an den Chirurgen, dessen Mentalität einfach zu handhabende Apparate erfordert", meint der Forscher bei seiner Rückschau. Die ersten Blutpumpen waren "zu raffiniert", die künstliche Lunge mit und ohne Kühlung voller Tücken. "Alle Komplikationen in solchen Entwicklungsphasen zu durchleben", sei eine "harte Schule", aber "ein ungeheurer Gewinn für ein ganzes Leben".

Manchmal kam sich der Chirurg und Forscher, als Händler oder Partner eines Tauschgeschäftes vor. Die Bürokratie, in deren Materialverwaltung kein Arzt saß, wollte nicht selten ein defektes Gerät der Chirurgie nur ersetzen, wenn die Klinik im Tausch auf ein anderes beantragtes Instrument verzichte. Der Arzt als Chirurg und Manager.



Herzchirurg und Erfinder: Der Berliner Professor Emil S. Bücherl demonstriert nach gelungener Operation die Arbeitsweise des von ihm entwickelten künstlichen Herzens

Wesentlich für den Ablauf jedes großen Forschungsprojektes, so nach Bücherls leidvollen Erfahrungen, sei neben persönlichem Einsatz, Beharrlichkeit und großem Optimismus die finanzielle Förderung.

Die Forschung der Kreislaufunterstützungs- und Ersatzsysteme erforderte die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Medizinern, Naturwissenschaftlern und Technikern einerseits sowie eine enge Kooperation von klinischer Praxis und Industrie andererseits.

Und dann kommen kritische Töne: Bürokratie, aber auch Kurzsichtdenken in Ministerien, die praktische Ergebnisse innerhalb einer Bundestagswahlperiode erwarten, trugen

nach Auffassung des Berliner Herzchirurgen dazu bei, daß die Forschung in Deutschland ihre einstige Spitzenstellung nur partiell halten konnte.

Die jüngste Sorge teilt der Chirurg mit dem Personal des Klinikums Westend: daß das renommierte Klinikum mit derzeit über eintausend Operationen am offenen Herzen jährlich aufgelöst wird. Es soll durch das neue Herzzentrum (WELT vom 8.3.) ersetzt werden.

Das Krankenhaus Westend, 1904 erbaut, lobte einst der Reiseführer im kaiserlichen Berlin so: "Das Krankenhaus Westend ist auf gesunder Höhe prachtvoll gelegen. Der Gesamteindruck, sowohl durch die anmutige und doch gewaltige architektonische Wirkung, wie durch Garten- und Parkanlagen, ist stark."

So sah der Weg zum Erfolg aus:

1950-1952 künstliche Durchblutung einer isolierten Extremität zum Studium der Kreislaufregulation;

1951-1952 Tierversuche zusammen mit dem schwedischen Wissenschaftler Senning in Stockholm;

1952-1954 Entwicklung einer Herz-Lungen-Maschine;

1954 überlebte ein Versuchstier beim Einsatz der neuen Maschine;

1957 die erste Operation Bücherls am stillstehenden Herzen eines Patienten mit der Herz-Lungen-Maschine in Deutschland;

1962 Entwicklung von Blutpumpen zum Ersatz des Herzens;

1963 erster Totalsatz des Herzens im Tierversuch mit einer doppelkammerigen Blutpumpe;

1964-1968 Experimente zum Links-Herz-Bypass mit inkorporierter Blutpumpe bei kardiogenem Schock;

1967 erste klinische Lungentransplantation in Deutschland;

1972 Totalsatz des Herzens im Tierversuch: Es lebte 65 Stunden;

1973 erneuter Totalsatz des Herzens, das Tier lebte 123 Stunden;

1979 wurde zum ersten Mal bei einem Patienten in Berlin nach einem Infarkt eine künstliche Blutpumpe eingesetzt. Sie erreichte nach 17 Stunden die Regeneration des Herzens.

# Der „herzchirurgische Krimi“ begann am Donnerstag morgen

Von H.-R. KARUTZ

Gespannt blickt die medizinische Welt seit dem Wochenende nach Berlin, wo Herzchirurg Professor Emil S. Bücherl (66) einem 39-jährigen Berliner ein Kunstherz, das sogenannte „Bücherl-System“, einsetzte.

Begonnen hatte diese Sensation wie ein normaler Notfall. Der Patient, Klaus Holzweg, ein „sensibler Hüter“ (so Bücherl später) von zwei Zentnern und 1,95 Meter Statur, war am vergangenen Mittwoch als einer unter vielen Notfällen in das von roten Backstein-Gebäuden beherrschte Westend-Krankenhaus auf dem „Spandauer Berg“ gekommen. Er war zu Fuß, begleitet von seiner Frau. Bei der Untersuchung klagte er: „Ich fühle mich unwohl, habe Schmerzen im Brustbereich.“ Bei der anschließenden kardiologischen Untersuchung wird festgestellt: Der Patient leidet an einer sogenannten Hauptstamm-Verengung im Herzmuskel. Ein Notfall, der möglichst schnell operiert werden muß.

Professor Bücherl und sein Team arbeiten für den nächsten Tag einen Operationsplan aus. Für die Chirurgen keine ungewöhnliche Operation – ein Bypass soll gelegt werden. Doch daraus wurde, so Bücherl, ein „herzchirurgischer Krimi“.

Donnerstag, 6. März: Der Routine-

Eingriff beginnt, denn Arbeiten am offenen Herzen unternimmt die Bücherl-Crew täglich vier- oder fünfmal. Die Wartezeit beträgt nur noch rund zwei Wochen – man ist in Westend nach jahrelangem Kampf wohlgerüstet.

Der Brustkorb des Patienten ist gerade geöffnet, als sich ein gefährlicher Hinterwand-Infarkt einstellt. Die Mitarbeiter schließen – noch immer ein Routinevorgang – die Herz-Lungen-Maschine an, und die vorgesehene Operation beginnt. Bücherl erläutert später: „Wir legten, wie geplant, vier Bypässe – drei von ihnen im linken Herzbereich. Der rechte Teil des Herzens arbeitete störungsfrei, aber der Herzmuskel links zog sich nicht selbstständig zusammen.“ Daraufhin entschlief sich Bücherl, die linke Herzkammer durch eine spezielle Blutpumpe zu unterstützen, die ebenfalls von ihm und seinen Spezialisten entwickelt wurde. Die Pumpe bleibt dabei außerhalb des Körpers.

Freitag, 7. März: Nach der Nachtwache zeigt sich, daß auch der kombinierte Einsatz von Herz-Lungen-Maschine (insgesamt 30 Stunden) und Blutpumpe nicht genügt hat: Bücherl und seine Helfer – darunter ein Ingenieur – treffen die Entscheidung: Das Herz herausnehmen und durch das aus zwei Teilen bestehende Pla-

stikpumpe, das Kunstherz, ersetzen. „Wir haben das passende Modell ganz gelassen aus dem Schrank geholt“, schilderte es Bücherl.

Um 15 Uhr 30 beginnt die entscheidende Operation, von jetzt ab gibt es kein Zurück mehr. „Ich hatte mir zuvor die Einwilligung der Ehefrau geholt“, sagte Bücherl. Gegen 19 Uhr atmen Bücherl und seine Mitsreiter auf – der Eingriff ist gelungen. Insgesamt 30 Blutkonserven – zehnmal mehr als bei „normalen“ Herzeingriffen – halten den Mann auf dem OP-Tisch am Leben. Alles arbeitet akkurat.

„Die Gehirnfunktionen haben trotz der langen Dauer keinen Schaden genommen. Der Patient steht noch unter Beruhigungsmitteln. Deshalb weiß er auch noch nicht, was eigentlich geschehen ist“, berichtete Bücherl den Journalisten. Aber der Patient ist „ansprechbar“; seine Frau besuchte ihn bereits.

Im Westend-Krankenhaus sucht man jetzt bei den internationalen Herzsender-Datenbanken nach natürlichem Ersatz. „Aber bisher ist ein passendes Herz noch nicht zu bekommen gewesen“, äußerte sich Bücherl. Die Kunstpumpe könnte jedoch theoretisch bis zu drei Monaten in der Brust des Berliners weilschlagen. „Solange gibt es eine gewisse Garantie“.

# Pumpen und Kompressor – die Chancen und die Probleme

Von LUDWIG KÜRTE

Das in Berlin eingepflanzte Kunstherz ist eine eigenständige Entwicklung, an der schon seit 1962 gearbeitet wurde. Es unterscheidet sich in der Form und in der chemischen Zusammensetzung der verwendeten Materialien von dem in den USA eingesetzten künstlichen Organ (Jarvik-7).

Der in Berlin benutzte Apparat besteht aus einer zweiseitigen Kunststoffpumpe, die – nach Entfernung des kranken Herzens – in den Brustkorb eingepflanzt und an die Lungen- und die Körperschlagader sowie an die entsprechenden Venen angeschlossen wird. Mehrere Schläuche führen zu einem Kompressor-Motor am Krankenbett. Diesen Motor gibt es auch als fünf Kilogramm schweres Gerät, das der Patient später mit sich herumtragen kann. Im Gegensatz zu dem amerikanischen Kunstherz besitzt das von Bücherl entwickelte Herz zusätzlich Meßsonden, die ständig den Druck in den Kammern messen. In Berlin waren schon Pumpen in den unterschiedlichen Größen vorhanden, so daß jetzt sofort ein passender Apparat zur Verfügung stand.

Im Tierversuch hervorragend bewährt

Das Berliner Kunstherz gilt als besonders ausgereift und hatte sich in Tierversuchen bereits hervorragend bewährt. Vor allem der Antrieb des Gerätes, aber auch die Meß- und Regeltechnik ist nach Ausklingen aus Berlin weiter entwickelt als beim Jar-

vik-Herz. In Berlin hat man auch den großen Vorteil, daß das Kunstherz vor dem ersten „Einsatz“ schon jahrelang im Dauerbetrieb auf seine Zuverlässigkeit getestet werden konnte. Als die Amerikaner hingegen 1962 ihr Kunstherz erstmals einsetzen konnten, sie dessen Zuverlässigkeit nicht genau. Dies führte dazu, daß bei dem ersten Empfänger Barney Clark ein Ventil und eine Pumpe nachträglich ausgetauscht werden mußten. Professor Bücherl geht davon aus, daß das nun eingesetzte Gerät mindestens drei Monate „garantiert sicher“ läuft.

Bücherl macht aber klar, daß die Einpflanzung des Kunstherzens auf jeden Fall nur vorübergehend ist. Sobald für den Patienten ein passendes Spenderherz gefunden sei, werde das Kunstherz in einer zweiten Operation ausgetauscht. Er selbst wolle diese Operation dann vornehmen.

Das Vorgehen der Berliner Ärzte unterscheidet sich damit deutlich von der Strategie der Amerikaner. Dort ist das Kunstherz von vornherein als Alternative zu einem natürlichen Herzen gesehen worden. Man setzte es vor allem Patienten ein, bei denen auf Grund ihres schlechten Allgemeinzustandes eine „normale“ Herztransplantation nicht mehr möglich war. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß bei solchen Patienten das Kunstherz große Probleme mit sich bringt. Von den bislang operierten sechs Menschen, die das Kunstherz für Dauer erhalten, leben nur noch zwei. Beide haben aber inzwischen einen oder mehrere Schlaganfälle erlitten. William Schroeder, der nun seit über einem Jahr mit dem Kunstherz lebt, ist deshalb weitgehend gelähmt.

kaum wahrnehmungsfähig und kann nur noch einzelne Worte sprechen.

Das hohe Risiko von Schlaganfällen bei Kunstherzen wird darauf zurückgeführt, daß durch den hohen Druck der Pumpen das Blut verwickelt wird und kleine Gerinnsel entstehen. Diese können in andere Organe wandern, vor allem in das Gehirn, und dort Blutgefäße verstopfen.

## Es drohen Embolie oder Schlaganfall

Eine weitere Möglichkeit zur Entstehung von Blutgerinnseln besteht an den Verbindungsstellen der Kunststoffpumpen, die erst im Körper zusammengefügt werden. Dort können sich Ablagerungen bilden, die nach der Ablösung zu einer Embolie oder einem Schlaganfall führen. Auch der Einsatz von gerinnungsbemmenden Medikamenten hilft hier nicht weiter, weil diese oft dazu führen, daß Blut aus den Gefäßen in die Gewebe übertritt und dort ebenfalls zu schlaganfallähnlichen Symptomen führt. Bei vielen Patienten ist das gesamte Gefäßsystem auch schon so angegriffen, daß es der plötzlichen Erhöhung des Blutdrucks nach dem Einsetzen des Kunstherzens nicht mehr standhalten kann.

Das Berliner Konzept sieht deshalb vor, die Patienten nach ganz anderen Maßstäben auszusuchen. Sie sollen auf jeden Fall für eine Herztransplantation geeignet sein. Dies heißt, daß die Patienten zumeist jüngeren Alters sind und ihr Allgemeinzustand besser und stabiler ist.

# „Keine Alternative“

WELT: Was hat Sie veranlaßt, bei diesem Patienten zum erstenmal ein Doppel-Pump-System, sprich ein künstliches Herz, einzusetzen?

Bücherl: Wir hätten nur ein Spenderherz transplantieren können, aber in ganz Berlin stand ein natürliches Organ nicht zur Verfügung. Also mußte jetzt eine künstliche Pumpe her, denn die Alternative hieß Tod.

Der Entschluß, alle möglichen Mittel einzusetzen, sei davon mitbestimmt worden, daß es sich um einen ansonsten gesunden, kräftigen Mann im besten Mannesalter handelte.

WELT: Welche Erfahrungen hat die Klinik mit dem Einsatz einer künstlichen Pumpe am Menschen?

Bücherl: Wir haben 1979 einem früheren aktiven Turner eine Links-Assistenz-Pumpe eingesetzt. Ohne Vorwarnung hatte der damals 57-jährige Kunstschlossermeister bei der Gartenarbeit einen Infarkt erlitten. Ähnlich überraschend bekam der jetzige Patient

einen Infarkt, der für ihn glücklicherweise eintrat, als wir bereits den Brustkorb geöffnet hatten. Während 1979 die Links-Pumpe nach 17 Stunden wieder herausgenommen werden konnte, regenerierte sich jetzt das Links-herz nicht wieder, so daß wir mangels eines Spenderherzens die vollständige künstliche Blutpumpe einsetzen mußten.

WELT: Sie haben inzwischen ein tragbares Antriebsgerät für ein Kunstherz entwickelt; kann der Patient damit bis zum Eintreffen eines Spenderherzens nach Hause entlassen werden?

Bücherl: Theoretisch wäre es möglich. Aber wir wollen kein unnötiges Risiko eingehen. Ein Spenderherz kann nach Ansicht Professor Bücherls auch aus dem anderen Teil Berlins kommen, sofern die Ostberliner Behörden einverstanden sind. Mediziner aus Rostock, wo sich auch ein Zentrum der Kunstherzforschung befindet, arbeiten mit ihren Kollegen in West-Berlin eng zusammen.

# Damit Ihr Management effektiver wird – unser Electronic Banking-Service.

- **db-direct**  
Unser internationales Cash Management-System, mit dem Sie sich über Ihre Deutsche Bank-Konten weltweit aktuell informieren und mit dem Sie sofort, präzise und sicher disponieren können.
- **db-transfer**  
Unser Umsatz-Übertragungsverfahren im Inland, mit dem die Umsätze auf Ihren Deutsche Bank-Konten automatisch und valutagleich auf einem Konto konzentriert werden.
- **db-rational**  
Unsere elektronischen Zahlungsverkehrsdienstleistungen, die eine Vielzahl von manuellen Routine-Arbeiten rationalisieren.

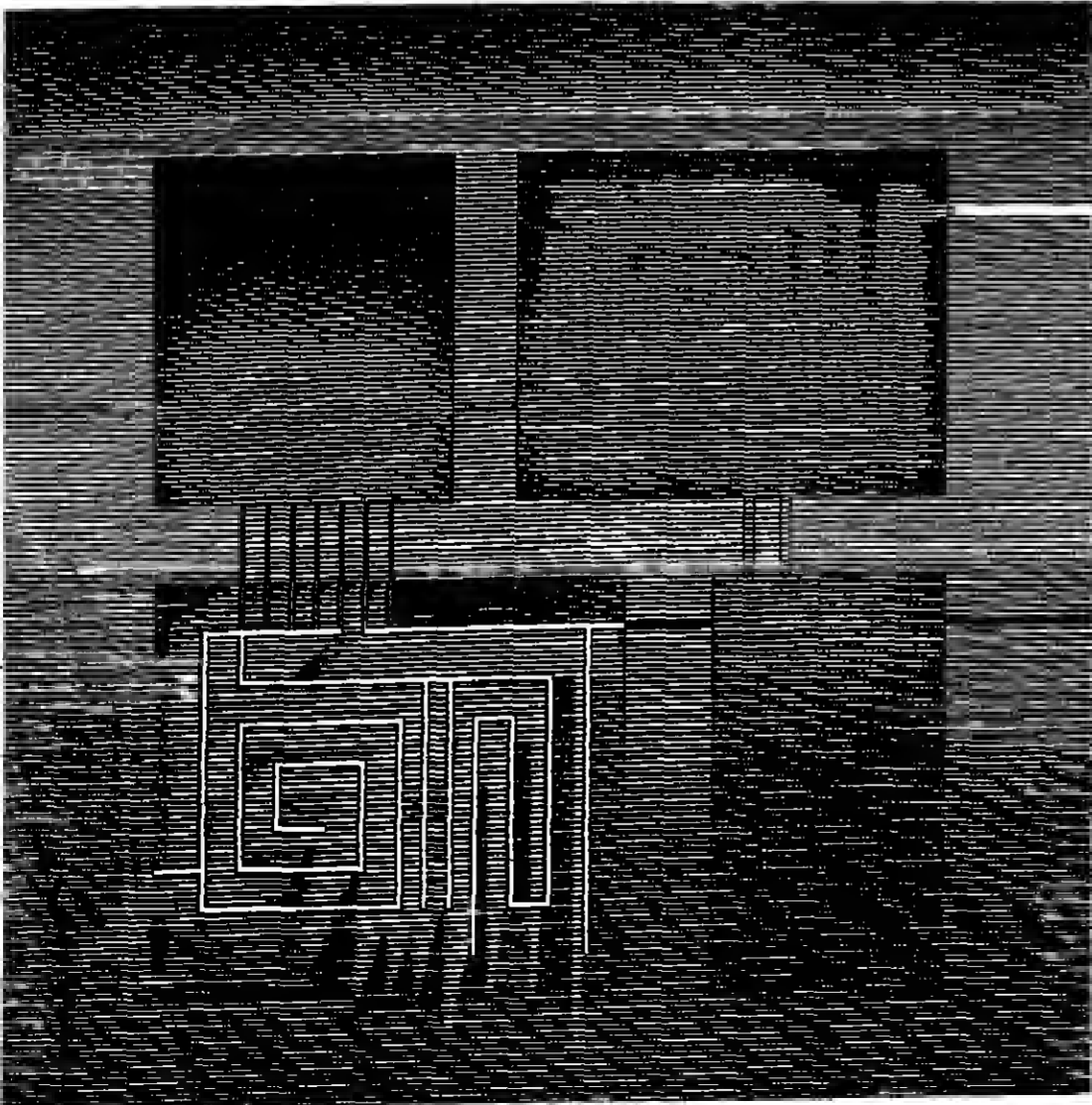
- **db-Bildschirmtext**  
Unser Bildschirmtext-Angebot für Firmen bietet Ihnen umfassende Informations- und Dispositionsmöglichkeiten und eine Fülle zusätzlicher Serviceleistungen.
- **db-plan**  
Unser System zur Finanz- und Erfolgsplanung: monatsweise für ein Jahr oder jahresweise bis zu fünf Jahren.
- **db-data**  
Unser Datenbank-Service, mit dem wir Ihnen aktuell, schnell und preisgünstig den Zugang zu den wichtigsten Datenbanken der Welt eröffnen und Ihnen Informationen zum Beispiel über Märkte, Mitbewerber und technologische Innovationen beschaffen.

Ihr Firmenkundenbetreuer steht Ihnen für eine ausführliche Beratung gern zur Verfügung.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Unser Electronic Banking-Service. Wir informieren Sie praxisnah: vom 12. bis 19. März auf der Hannover Messe CeBIT, Halle 2, 1. Stock, Stand 1005/1104. Telefon (0511) 89 56 88-90.

Deutsche Bank



# Arbeitnehmer in der SPD zeigen Selbstbewußtsein

## Vogel erinnert an die kämpferische Arbeiterbewegung

**PETER PHILIPPS, Hannover**

Die Aversionen gestandener Sozialdemokraten aus dem gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerlager - egal, zu welchem innerparteilichen Flügel sie gehören mögen - gegen die „Theologie-Professoren“ in der Partei, vor allem „in Baden-Württemberg und Bayern“, aber auch gegen „die Lehrer, die gar Arbeitnehmer besonderer Art sind“: Sie kamen während der drei Tage des Kongresses der Partei „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AFA) in Hannovers Niedersachsental nur vereinzelt an die Oberfläche. Die Arbeitnehmer, das „Fundament“ der Partei, brauchte auch von Johannes Rau nicht sehr nachdrücklich an das Gebot erinnert zu werden, daß „wir es nur gemeinsam schaffen“. Dies hat etwas nachdrücklicher an das Gebot erinnert zu werden, daß „wir es nur gemeinsam schaffen“. Dies hat etwas nachdrücklicher an das Gebot erinnert zu werden, daß „wir es nur gemeinsam schaffen“.

### Wahlkampf in Fahrt

Aber die richtige Stimmung kam erst am zweiten Verhandlungstag auf. Ein glänzend aufgelegter Hans-Jochen Vogel riß die Versammlung zu Beifallsstürmen und stehenden Ovationen hin. Er argumentierte mit Wirtschafts- und Haushaltsdaten, die alle zeigten, daß „die Wende-Koalition bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt“ hätte - und dies „in Zeiten günstiger Daten“. Er mobilisierte die Erinnerungen an die kämpferischen Zeiten der Arbeiterbewegung. Und er polemisierte - etwa gegen die Attacken des Bundeswirtschaftsministers Bangemann gegen den AFG 116-Gutachter Benda: „In welchen Käuflichkeitskategorien denkt Herr Bangemann eigentlich? Schließt er da aus seinem Erfahrungsbereich als FDP-Vorsitzender auf andere?“ Und: Mit ihren Streikparagrafen-Plänen „hat die Regierung Wind gesät. Wie der vergangene Wahlsonntag in Schleswig-Holstein zeigt, hat sie dafür Sturm gerannt. Dieser Sturm wird sich nicht legen. Er wird andauern, bis zum Wahltag im Januar 1987.“

### Ovationen für Brandt

Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau - jeder stand als prominenter Gastredner an einem Tag des AFA-Kongresses auf dem Prüfstand und belegte zugleich mit seinem Erscheinen das Gewicht, das der Arbeitsgemeinschaft zugemessen wird: Brandt, wie immer mit vielen Ovationen auf dem Weg durch den Saal begleitet, dampfte eher. Er sprach von der Arbeit am neuen Parteiprogramm, von der Arbeit am Kapitel „Zukunft der Arbeit“. Darin werde, wenn auch nicht als „sentimentale Rückschau, das Arbeiterbewegungserbe der Sozialdemokratie, das zeitweise zu verblasen schien, deutlich herausgestellt werden.“

Natürlich zog sich die geplante Änderung des 116-Arbeitsförderungs-gesetz wie ein roter Faden durch diesen Kongreß. Die Intonation hatte bereits Brandt am ersten Tag geliefert: „Erst klammheimlich und dann ritische-rat-

# IG Chemie lehnt „Strafsteuer“ der SPD ab

## MICHAEL JACH, Hannover

Die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik lehnt den SPD-Plan, per Gesetz die notwendige Sanierung von Giftmüll-Altlasten durch eine fünfprozentige Steuer auf Chemie-Grundstoffe zu finanzieren, entschieden ab. Wolfgang Schulze, im IG-Chemie-Hauptvorstand in Hannover für den Umweltschutz zuständig, verwurte sich am Wochenende dagegen, „die Finanzlast dieser Umwelthypothek nur einer Industriebranche zuzuschreiben“. Schulze sagte der WELT, eine „Strafsteuer“ für eine „Sündenbockindustrie“ dürfe es nicht geben.

Die Chemiegewerkschaft will vielmehr den für das nächste Jahrzehnt auf zehn bis 15 Milliarden Mark geschätzten Finanzbedarf über Abgabendeckung sehen, die jeder Sonderabfall-Produzent künftig bei Ablieferung dieser Stoffe zur geordneten Entsorgung zu entrichten habe. Außerdem müßten Bund, Länder und Gemeinden beteiligt werden.

Eine solche Abgabenerhebung entspräche zudem der Forderung der Chemiegewerkschaft, außer ihrer Branche auch die anderen „Verursacherindustrien“ von Boden-Altlasten in Anspruch zu nehmen. Schulze verwies auf den Bergbau mit seinen Koksereien sowie auf die Metallindustrie. Auf DGB-Ebene bestehe hierüber grundsätzlich Einigkeit mit den Schwergewerkschaften.

Schulze, im Niedersächsischen Landtag Mitglied der SPD-Fraktion, zeigte sich verstimmt über das Vorgehen der SPD-Umweltminister, die den Gesetzentwurf zur Chemiesteuern Mitte Februar angekündigt hatten. Mit Blick auf den Hamburger Senat, der für die Urheberschaft maßgeblich war, meinte der Gewerkschafter, angesichts der hansenstädtischen Probleme mit Chemie-Altlasten möge die Stoßrichtung „vielleicht erklärlich sein“.

Mit solchen Anmerkungen geht der Abgeordnete auf Distanz zum Hamburger Umwelt-Staatsrat Fritz Vahrenholt, den sich der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder als Umweltminister wünscht. Erst vor zwei Wochen hatte sich Vahrenholt mit dem von ihm entscheidend beeinflussten Gesetzesentwurf in Hannover der niedersächsischen Öffentlichkeit empfohlen.

# Stoltenbergs Appell zu Solidarität ist deutlich gegen Barschel gerichtet

## Der CDU-Landesvorsitzende rügt „Profilierungsversuche und Rechthaberei“

**GEORG BAUER, Kiel**

Bei den Christdemokraten Schleswig-Holsteins regt sich Kampfgeist. Am Wochenende waren die Vertreter des Landesausschusses, des Kleinen Parteitag, im Kieler Hotel Contil-Hansa zusammengelassen, um - abgeschottet von der Öffentlichkeit - die Lage nach dem Debakel bei der Wahl vor knapp einer Woche zu erörtern.

Den Blick auf die im Januar kommenden Jahres anstehende Bundestagswahl gerichtet, gab der Landesvorsitzende der Partei, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, die Analyse und den Weg für die Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Parteien vor.

### „Ernster Rückschlag“

Stoltenberg räumte ein, daß die Wahl ein ernster Rückschlag für die Christdemokraten gewesen und die „politischen Gestaltungsmöglichkeiten“ durch die Stimmverluste in zahlreichen Städten und mehreren Kreisen eingengt worden seien. Doch auch die Sozialdemokraten hätten keinen Grund zum Jubeln. Gemessen an den Prozentanteilen bei Kommunal- und Landtagswahlen in den vergangenen 15 Jahren, hätten sie ein unter dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erzielt.

Und dann wurde Stoltenberg deutlich. Es gäbe keinen Grund, in Zu-

kunfts-pessimismus zu verfallen, so meinte er. Die Partei habe in der Vergangenheit aus ungünstigeren Situationen heraus hervorragende Ergebnisse erzielt. Stoltenberg: „Dies war nur möglich, weil wir auch Wahlniederlagen gemeinsam getragen haben und durch eine hervorragende Solidarität in unserer Landespartei einen erfolgreichen Neubeginn erreichen konnten. Bei uns ergeben sich politische Folgerungen in Land und Bund.“

Namen nannte Stoltenberg nicht. Doch jeder im Saal wußte, an wen der von Beifall unterbrochene Appell zur Solidarität vor allem gerichtet war. Einen Tag nach der Wahl war es Ministerpräsident Uwe Barschel gewesen, der massive Vorwürfe Richtung Bonn und gegenüber der Parteizentrale des Landes mit Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt an der Spitze, einem Mann Stoltenbergs, erhoben hatte. Vom Kabinett Helmut Kohl hatte Barschel mehr Geschlossenheit und Klarheit gefordert und der Parteizentrale bescheinigt, sie habe mangelhaft mobilisiert und übergeordnete Wahlkampfziele nicht herausarbeiten können.

Unverhohlen sprach Stoltenberg davon, daß die Union gegenüber den Bürgern eine klare Sprache sprechen müsse, „ohne Profilierungsbestrebungen einzelner und ohne Rechthaberei“. In seiner Analyse gestand Stolten-

berg auch Fehler der Politik in Bonn ein. Zu viele Aktivitäten und nicht abgestimmte Initiativen bei zweit-rangigen Fragen hätten in der Koalition unnötige Reibungsflächen geschaf-fen.

Im Deutschlandfunk relativierte Barschel, der zur Zeit wegen eines Ohrenleidens in der Kieler Universitätsklinik liegt und an der Ausschus-sitzung nicht teilnehmen konnte, seine Angriffe gegen die Bonner Parteizentrale. Zusagen des FDP-Vorsitzen-den Bangemann bei den Sicherheits-gesetzen hätten wegen des Widerstan-des in der FDP nicht eingehalten werden können. Dieser Vorgang dür-fe nicht der mangelnden Koordina-tion des Kanzlers oder des Kanzler-amtes zugeordnet werden.

### Kritik Bangemanns

Barschel schlug vor, die sogenannte „Elefantenrunde“ der drei Partei-vorsitzenden möglicherweise durch die jeweiligen Fachsprecher zu erset-zen. Parteifreunde werteten diese Stellungnahme als Rückzieher gegen-über der massiven Kritik an seinem Verhalten nach der Wahl.

Bangemann wies die Kritik Bar-schels in ungewöhnlich scharfer Form zurück. Es sei „peinlich, wie Barschel sein eigenes Versagen zu-nächst der CDU in Bonn, und jetzt auch noch der FDP anlasten will“.

# Czaja setzt sich durch

## dpa, Stuttgart

Der Präsident des Bundes der Ver-triebenen, Herbert Czaja, kandidiert wieder für den Bundestag. Der 71 Jahre alte CDU-Politiker siegte am Wochenende in einer Kampfabstim-mung mit deutlichen Vorsprung vor seinem aussichtsreichsten Konkur-renten, dem 31-jährigen Marcus Mat-tis, Vorsitzender der Jungen Union Nordwürttemberg. Für Czaja votier-ten 132 der 249 Delegierten des Stutt-garter CDU-Kreisverbandes. Czaja ist Kandidat für den Wahlkreis 183 (Stuttgart-Nord). Er gehört dem Bun-destag seit 1953 an. 1983 hatte er den Wahlkreis direkt erobert.

# FDP: Abschaffung der Kfz-Steuer

## DW, Hamburg/Bonn

Für die Abschaffung der Kraftfahr-zeug-Steuer hat sich der FDP-Ge-neralschreiber, Helmut Haussmann, aus-gesprochen. In einem Interview mit „Auto-Bild“ erklärte er: „Wir werden unsere Forderung, die Kfz-Steuer abzuschaffen und auf die Mineralöl-steuer umzulegen, nach der Wahl '87 in die Koalitionsverhandlungen ein-bringen.“ Sollte sich die FDP mit ih-rem Plan durchsetzen, würde das Benzin an den Tankstellen um etwa 14 Pfennig teurer werden. Anderer-seits müßten die Autofahrer die Kfz-Steuer nicht mehr wie bisher ein Jahr im Voraus bezahlen.

# Jungdemokraten wählen Grünen

## AP, Köln

Die Jungdemokraten (Judos) ha-ben auf ihrer Bundeskonferenz am Sonntag in Köln mit dem 25-jährigen Studenten Ernst-Christoph Stöller ei-nen Grünen zu ihrem neuen Bundes-vorsitzenden gewählt. Die Judos, bis November 1982 die Jugendorganisa-tion der FDP, hatten sich nach dem Sturz der sozialliberalen Bundesre-gierung von der Mutterpartei getrennt und arbeiten seitdem politisch eigenständig. Stöller betonte nach seiner Wahl, daß die Abstimmung keine organisatorische Hinwendung der Jungdemokraten zu den Grü-nen bedeute.

# FDP glättet Differenzen mit Kirchen

## Die nachhaltige Klimastörung zwischen den Freien Demokraten und den Kirchen, eingetreten infolge des radikal-liberalen „FDP-Kirchenpapiers“ von 1974, gehört nach Darstellung des bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner der Vergangenheit an. Über „gesellschaftspolitische Berührungspunkte“ hätten FDP-Mitglieder und „beide großen Konfessionen“ zu „neuer Dialogbereitschaft“ gefunden, teilte Brunner am Wochenende in Hannover auf einem Treffen der von ihm geleiteten FDP-Bundeskommission „Liberalismus und Kirche“ mit.

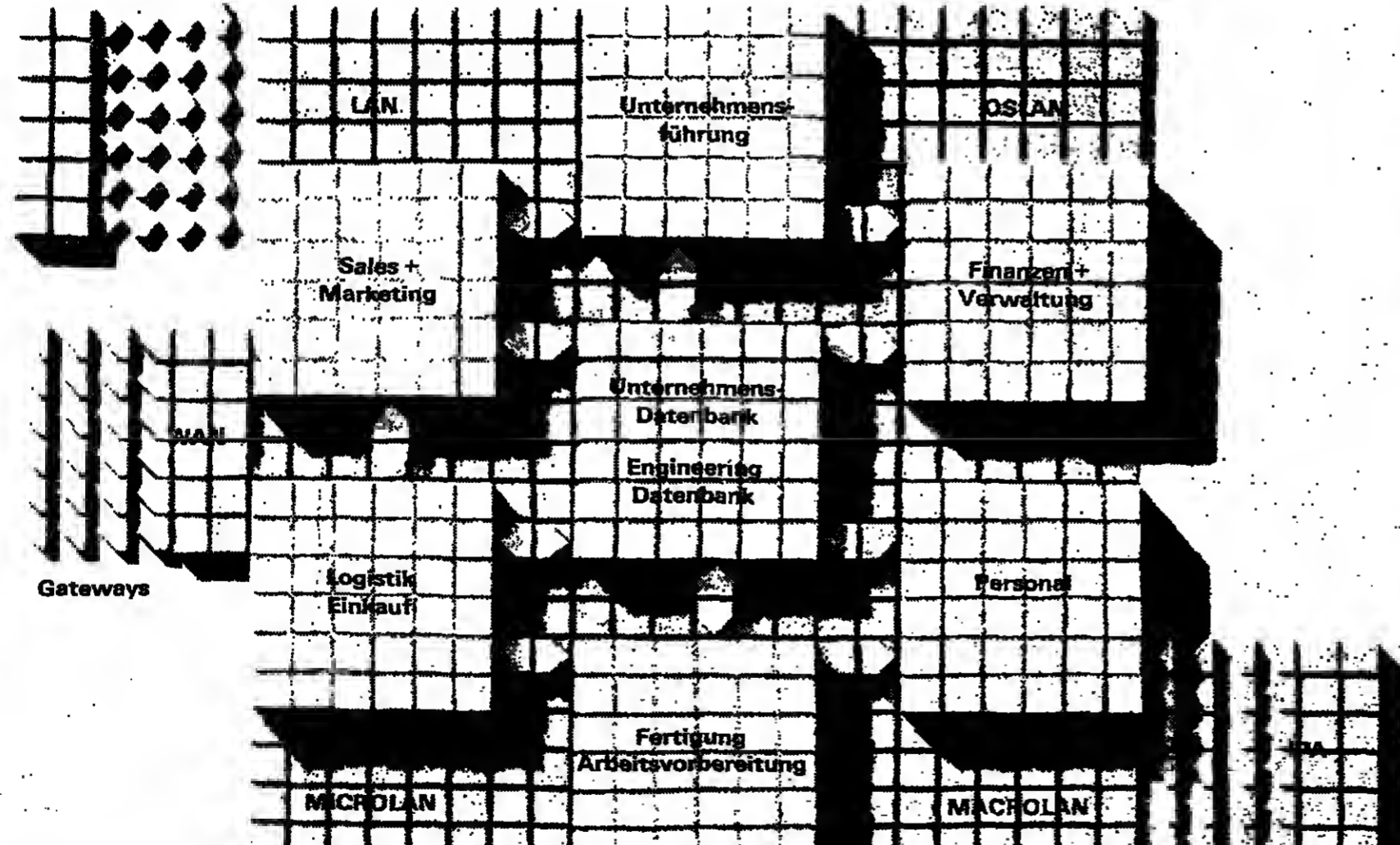
Von Seiten der evangelischen Kirche ergäben sich die „Berührungen“ besonders in der innen- und Rechts-sphäre der Außenpolitik. Prälat Heinz-Georg Binder, der Bonner Be-vollmächtigte der Evangelischen Kir-che in Deutschland, so Brunner, habe nach eigenen Worten schon „Mühe gemacht, noch Differenzen festzustel-len“.

Selbst für die erheblich schwierige-re, aktuell vor allem durch die Abtrei-bungsdebatte belastete Führungsma-ße zur katholischen Seite (WELT vom 15. 1.) kehrte der FDP-Kir-chenpolitiker Optimismus heraus. Bis hin zu Bischofskonferenzen sei man „froh über die erneuerten Kon-takte“; Annäherung sei möglich etwa über die Ausländerpolitik oder beim Thema „Sozialverpflichtung der Marktwirtschaft“. Und zum Para-graphen 218 zeige sich „wachsende ka-tholische Bereitschaft, das Problem nicht nur strafrechtlich zu begreifen“.

Von „Schutz des Staates vor Kir-cheneinfluß“, dem aggressiven Grundton des 1974er Kirchenpapiers, ist keine Rede mehr. Vielmehr seien die Kirchen „einer der wenigen noch funktionierenden staatsfreien Räu-me“. Da die FDP schon immer für weniger Staat eingetreten sei, erkläre sich dadurch die Interessengleich-heit.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollars 345.00 per an-num. Distributed by German Language Publi-cations, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mail-ing offices. Postmaster: send address chan-ges to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLI-CATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Engle-wood Cliffs, NJ 07632.

# Integration durch Kommunikation - damit das Ganze weit mehr ist als die Summe seiner Teile: ICL MIS 2000®



**Der Vorteil unseres Management Informations- und Kommunikationssystemes ICL MIS 2000 ist es, alles zu integrieren, was ist und was sein wird. So kann Ihre Entscheidung für ICL MIS 2000 nie falsch sein. Denn weil alles mit allem kommunizieren kann, bleiben alle Ihre früheren DV-Entscheidungen richtig. Nur, daß Sie jetzt aus allem ein größeres Ganzes machen können. Mit mehr und mit schnellerer Kommunikation von Betriebsbereich zu Betriebsbereich und dadurch - logisch - mit höherer Effizienz. Und vor allem: Wo immer Sie beim Aufbau Ihres Datennetzes stehen, es ist stets der richtige Zeitpunkt für ICL MIS 2000. Also nicht nur, wenn Sie gerade erst starten, sondern auch wenn Sie z.B. schon Systeme von 4 verschiedenen Herstellern unter einem Dach aber nicht in einer Hand haben. Immer hilft Ihnen ICL MIS 2000, aus Systemen ein System zu machen. Durch absolut offene Kommunikation. Wir sollten darüber miteinander kommunizieren.**

**ICL OFFICE 2000** das office automation concept auf LAN-Basis. Das Konzept, mit dem Büroabläufe durch umfassende Integration effizienter und schneller werden.

**ICL RETAIL 2000** die integrierte Lösung für den Handel. Die klare Linie, mit der Handelsunternehmen immer ein paar bit schneller und wettbewerbsfähiger werden.

**ICL CIM 2000** das zukunftsweisende Konzept für die Fertigungs-Industrie. Die umfassende Lösung für volle Datenkommunikation auch bei komplexen Betriebsabläufen.

ICL MIS 2000 Management Informations- und Kommunikationssystem

CeBIT ist Kommunikation. Also starten wir doch de mit unserem Gespräch. Zumal Sie dort mehr von uns sehen, als Sie hier lesen. Sie finden uns in Halle 1 CeBIT Stand 4D/4/E3

**ICL**  
ICL Deutschland - International Computers GmbH  
Postfach 3641-8500 Nürnberg 1

Und falls Ihre Zeit in Hannover nicht ganz reicht: Irgendwann in diesem Jahr sind wir mit einer großen „Road-Show“ in Ihrer Nähe. Dann ist mit Sicherheit Zeit für detaillierte Informationen.

Außerdem sollten Sie mich einladen, wenn Ihre Road-Show in meiner Nähe ist.

Name: \_\_\_\_\_  
Firma: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_  
Tel.: \_\_\_\_\_

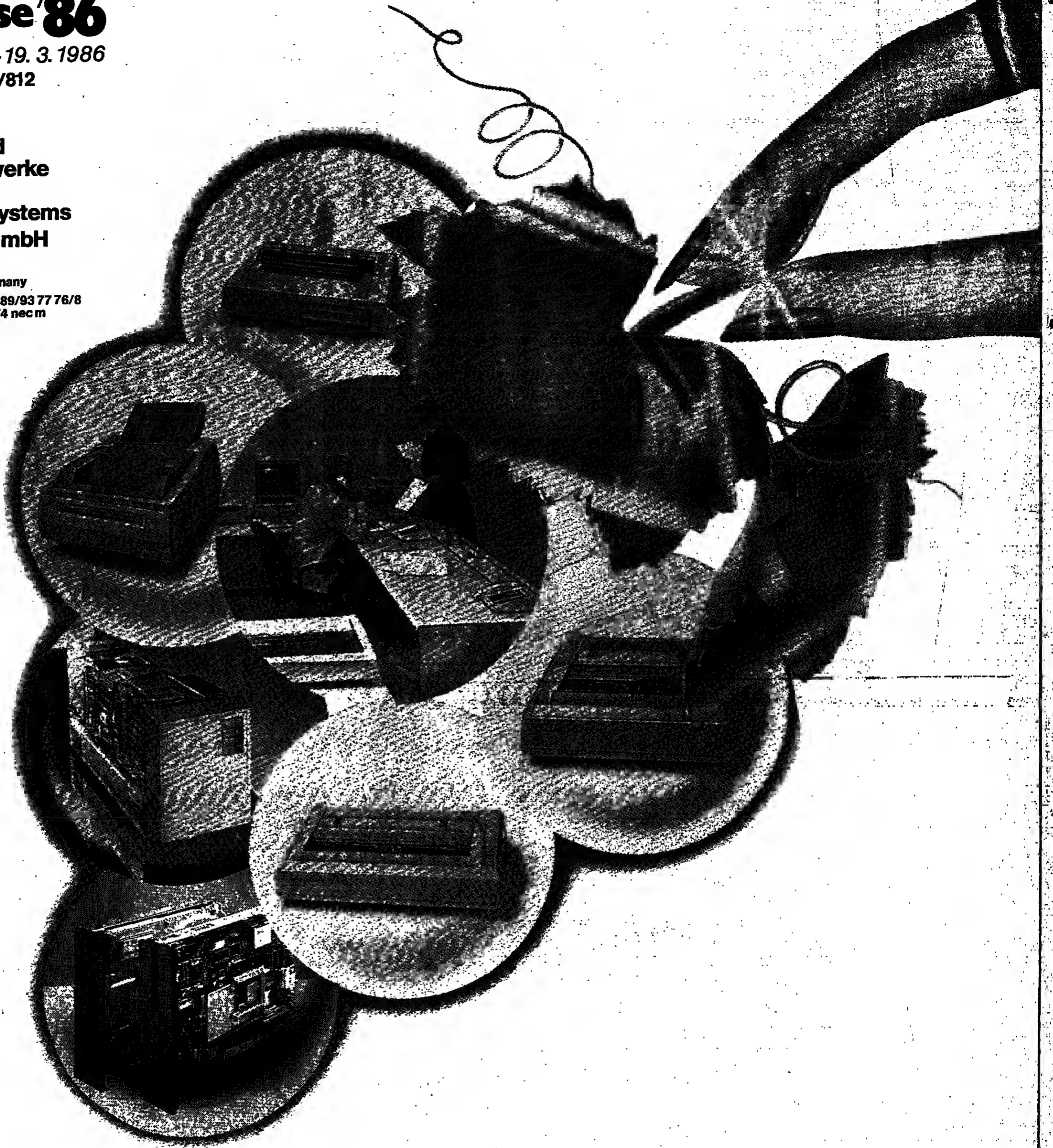


**C&C**

Computers and Communications

**NEC**

Besuchen Sie uns:

**Hannover  
Messe '86**  
CeBIT — 12. - 19. 3. 1986  
Halle 16, Stand 807/812**Drucker  
Floppy Disk- und  
Festplattenlaufwerke****NEC Business Systems  
(Deutschland) GmbH**Klausenburger Straße 4  
8000 München 80 West Germany  
Tel.: 0 89/93 20 41 Telefax: 0 89/93 77 76/8  
Telex: 5 218 073 und 5 218 074 nec m

Produkte auf neuestem technologischen Stand, ein jederzeit überzeugendes Preis-/Leistungsverhältnis und absolute Zuverlässigkeit sind die Basis unseres Erfolgs. NEC Business Systems (Deutschland) GmbH wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem führenden Unternehmen im Bereich effizient arbeitender Bürosysteme: z. B. Pinwriter mit 24-Nadel-

Präzisionsdruckkopf, Laser-Drucker und Floppy Disk- sowie Festplattenlaufwerke. Auf der CeBIT '86 können Sie diese Geräte und eine Vielzahl weiterer Systeme aus dem Bereich „C & C Computers and Communications“ genauestens unter die Lupe nehmen. Auf dem zukünftigen Stand der Technik. Bei NEC Business Systems (Deutschland) GmbH.

# Früchte des Erfolgs.

# Soares setzt auf die Hilfe der NATO-Partner

### Internationaler Rahmen zur Amtseinführung / Druck der KP

**ROLF GÖRTZ, Lissabon**  
 Portugals neu gewählter Staatspräsident, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mário Soares, begibt seine Amtseinführung in einem internationalen Rahmen, wie ihn die portugiesische Geschichte bisher noch nicht erlebt hat. Begrüßte man sich in den letzten fünfzig Jahren der Diktatur und der darauffolgenden Demokratie mit einer würdevollen Verteidigung im Parlament einschließlich Begrüßung des Diplomatischen Korps, so sollte dieses Mal im Rahmen eines Volksfestes, die ganze Welt teilnehmen.

Es gab nur wenig Staats- und Regierungschefs in Ost und West sowie in der Dritten Welt, die nicht geladen waren. Immerhin kamen Präsident Mitterand aus Frankreich, der amerikanische Vizepräsident George Bush, der Vizepräsident des Obersten Sowjets, Georgi Orlow, sowie die Regierungschefs von Italien und Spanien, Craxi und González. Der Präsident von Guinea-Bissau traf ein und der Vizepräsident von Indien. Dazu kamen Minister aus dem fernen China und der Chef der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt. Die Bundesrepublik Deutschland wird durch Außenminister Hans-Dietrich Genscher vertreten.

Die Zeremonie der Amtseinführung steht im Zeichen innenpolitischer Hochspannung zwischen der

bürgerlichen Regierung Cávaco Silva und dem sozialistischen, aber auch mit den Stimmen der Kommunisten gewählten Staatspräsidenten. Um einen Kurs der Mitte anzupfeilen, hatte Mário Soares auf die Teilnahme der Präsidenten sämtlicher NATO-Staaten gesetzt. Wie aus Lissabon verlautet, erwarteten die meisten Verbündeten aber zunächst einmal ein paar handfeste Zeichen dafür, daß Mário Soares seine Präsidentschaft nicht als die einer Volksfrontmehrheit mißbrauchen lassen wird.

Tatsächlich verlangen die Kommunisten, deren „Hilfs“ Soares bis zu dieser Wahl streng ablehnte, eine Verfassungsänderung, die eine Einmischung des Staatspräsidenten in die Regierungsgeschäfte vorsieht. Da die Kommunisten dem Präsidenten ihre Stimmen aufzuwaschen, Mário Soares also zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren nicht gegen, sondern mit den Kommunisten ein Staatsamt erlangt, erwarten diese nunmehr eine Beteiligung an der Politik, deren Gestaltung nach der derzeitigen Verfassung aber allein dem Regierungspräsidenten zusteht. Soares erwies sich in der Vergangenheit als stark genug, um sich gegen den Druck der von Moskau wirksam gesteuerten kommunistischen Minderheit durchzusetzen. Unmittelbare Gefahren wie zur Zeit der roten Militärregierungen 1974/75 bestehen heute nicht. (SAD)

# Erste Probleme für Frau Aquino

### Behandlung von Kommunisten wird zur Streitfrage in Regierung / Generale unter Hausarrest

**FRED de LA TROBE, Manila**  
 Die von der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino verfügte Freilassung von zwei ehemaligen Führern des kommunistischen Untergrunds ist für die neue Regierung in Manila zu einem heißen Eisen geworden. José María Sison, der Gründer der verbotenen KP des Landes, und der als „Kommandant Dante“ bekannte Bernabe Buscayno waren unter Marcos nahezu zehn Jahre in Einzelhaft.

Die Befürworter der Entlassung im linken Flügel der Regierung sind der Ansicht, daß sich bei der maoistischen Nationalen Volksarmee (NPA) eine neue, straffe Führungsstruktur gebildet habe. Deshalb spiele es keine Rolle, ob die beiden frei seien. Es sei sogar zu hoffen, daß der Anspruch der beiden auf ihre früheren Positionen die Führung der Kommunisten spalten werde.

**Machtfrage**  
 Bedenken gegen die Freilassung äußerten dagegen Verteidigungsminister Enrile und Generalstabschef Ramos, die eine Schlüsselrolle bei der Vertreibung von Marcos gespielt hatten. Sie befürchten eine demokratisierende Wirkung auf die Streitkräfte. Die beiden kommunistischen Führer waren unter großen Anstrengungen und Verlusten gefangen genommen worden. Vorsorglich wurden ein Dutzend Generale und andere hohe Offiziere unter Hausarrest gestellt. Die Freilassung der Gefangenen

war schon während des Wahlkampfes einer der wichtigsten Programmpunkte von Frau Aquino gewesen. Sie hatte daher dieses Thema zu einer Machtfrage hochstilisiert und mit ihrer Autorität als Regierungschefin verbunden. „Entweder respektieren sie meine Wünsche, oder sie müssen gehen“, sagte sie über ihre Minister.

Bei der hohen Popularität von „Cory“ Aquino, die von der „People's Power“ an die Macht getragen wurde, hat bisher noch kein Regierungsmitglied offen gegen sie zu rebellieren gewagt. Auch Enrile und Ramos beugten sich der „zivilen Macht“. Beide verzerrten aber ärgerlich, daß niemand unter ihren Anhängern bei der Vergabe hoher Regierungämter berücksichtigt wurde.

Die Mannschaft von Frau Aquino, die während des Wahlkampfes notgedrungen zusammengestanden hatte, strebt immer weiter auseinander. Es gibt einen linken, einen gemäßigten und einen rechten Flügel, die von Gewerkschaftern, katholischen Geistlichen, Unternehmern und Militärs gestützt werden. Das noch zusammenhaltende Band ist die moralische Autorität der Präsidentin.

Die Regierung will in Kürze eine „Kommission für die nationale Ausöhnung“ bilden, welche mit der NPA über einen Waffenstillstand und eine Amnestie bei Ablieferung der Waffen und Verzicht auf Gewalt verhandeln soll. Seitens der Guerrillas verlautete, sie seien zu Gesprächen

über eine Feuerpause bereit, eine Übergabe ihrer Waffen käme aber nicht in Frage. Die Präsidentin geht davon aus, die meisten Rebellen seien rechtschaffene Menschen, die nur gegen das Marcos-Regime gewesen seien, jetzt aber zu ihrem früheren Leben zurückkehren wollen.

**KP gibt nicht auf**  
 Während des Wahlkampfes hatte Frau Aquino sogar erklärt, sie wäre bereit, Kommunisten in die Regierung aufzunehmen, die der Gewalt abschwören. Davon ist jetzt allerdings nicht mehr die Rede, und auch eine Zulassung der verbotenen KP gilt gegenwärtig als unwahrscheinlich, da die Wirtschaft mit einem solchen Schritt verängstigt würde. Die KP verkündete außerdem am Wochenende, sie wolle den bewaffneten Kampf fortsetzen.

Verteidigungsminister Enrile nebstehende Kreise sind der Meinung: Wenn es zu Gesprächen zwischen Frau Aquino und NPA-Führern kommen sollte, so würden die Untergrundkämpfer eine Teilnahme an der Regierung fordern. Auch würden sie auf dem Abbau der amerikanischen Stützpunkte im Lande bestehen.

Die Guerrillas rechnen offenbar damit, daß die augenblickliche Popularität der Präsidentin in einigen Monaten schwinden und in Enttäuschung über zu geringe Fortschritte umschlagen wird. (SAD)

# Guatemalas Präsident kämpft an vielen Fronten

### Beispiellose Verbrechenswelle / Polizeitruppe aufgelöst

**WERNER THOMAS, Miami**  
 Als der junge christdemokratische Politiker Vicio Cerezo Mitte Januar das Präsidentenamt der mittelamerikanischen Nation Guatemala übernahm, hat er „schnelle Schritte“ zur Verbesserung der Menschenrechtssituation versprochen. Zwei Monate später sind die ersten Schritte getan: Der neue Staatschef ließ die berüchtigte Kriminalpolizei „DIT“ auflösen und eine Kommission zur Klärung der Vermissenschicksale bilden.

Die „Abteilung für technische Untersuchungen“ (DIT) war seit vielen Jahren eine Zielscheibe der Menschenrechtsorganisationen. Sie wurde mit Tausenden Entführungen, Mordfällen und Folterungen in Verbindung gebracht. Vertraute des Präsidenten vermuten, daß DIT-Beamte auch einmal Cerezo ermorden wollten. Der christdemokratische Führer überlebte Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre drei Attentatsversuche.

Den 600 Leuten des aufgelösten Sicherheitsapparates drohen Ermittlungen. Wenn ihnen ein Vergehen nachgewiesen wird, müssen sie vor Gericht. Vicio Cerezo (43) konnte diese Maßnahmen ergreifen, weil die Polizisten nicht unter jenen Amnestie-Erlass fielen, den die Militärregierung des Generals Mejia Victores noch kurz vor ihrem Rücktritt dekretierte. Das kontroverse Gesetz garantiert lediglich den Mitgliedern der Streitkräfte und der Guerrilla-Gruppen Straffreiheit für politische Delikte der Vergangenheit.

die Namen von 100 dafür verantwortlich gemachten Militärs und Polizisten. Cerezo stellte klar: „Die Kommission wird lediglich das Schicksal dieser Menschen klären.“

Die „Gruppe der gegenseitigen Hilfe“ hofft jetzt auf die Unterstützung der Justiz bei der Verfolgung politischer Verbrechen. Edmundo Vazquez Martinez, der frühere Rektor der San-Carlos-Universität und neue Präsident des Obersten Gerichtshofes, zählte einst zu den schärfsten Kritikern der Militärdiktatur. Wenn die Justiz tatsächlich Ermittlungen aufnimmt, droht ein Verfassungskonflikt.

**Waffenstillstand?**  
 In Guatemala sind die Probleme der Vergangenheitbewältigung komplizierter als in Argentinien, wo neun Mitglieder ehemaliger Militärregierungen wegen Menschenrechtsdelikten vor Gericht standen (fünf erhielten Gefängnisstrafen). Würden 10 000 bis 15 000 Personen Opfer politischer Gewalt, reichen die Schätzungen in Guatemala bis zu 30 000 - im Zeitraum der letzten 30 Jahre. Während die GAM nur die Armee und rechte Killerkommandos beschuldigt, erinnert Cerezo daran, daß auch marxistische Partisanen morden.

Der blutige Guerrilla-Krieg ging nach dem Machtwechsel am 14. Januar weiter. Letzte Woche verkündete jedoch die „Nationale Guatemalteckische Revolutionsvereinigung“ (URNG), die Dachorganisation der marxistischen Rebellenverbände, einen zweijährigen Waffenstillstand.

Die Regierung hat Probleme an vielen Fronten: Die Auflösung des DIT-Apparates und die verschärften Fahrvorschriften führten zu einer beispiellosen Verbrechenswelle. Die Medien melden mehr Morde und Raubüberfälle als je zuvor. Viele Guatemalteken befürchten anarchische Verhältnisse, bevor sich die Situation wieder normalisiert. Auch deshalb, weil viele arbeitslose Kripo-Beamte mittlerweile ebenfalls vom Verbrechen leben.

Die Sicherheitskräfte sind überfordert: Guatemala-Stadt, zwei Millionen Einwohner, nur nur von 1800 Polizisten geschützt, denen 26 einsetzbare Streifenwagen zur Verfügung stehen.

# Sandino-Enkel für Reagan

### „Großvater würde gegen sowjetischen Einfluß kämpfen“

**tho, Miami**  
 Präsident Reagan hat für seine Politik gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua ungewöhnliche Rückendeckung erhalten. Der Sandino-Enkel Aristides Pavon appellierte an den Kongreß, den Contras die unstrittige Unterstützung von 100 Millionen Dollar zu gewähren.

„Wäre mein Großvater noch am Leben, dann würde er gegen den kubanischen und sowjetischen Einfluß in meinem Land kämpfen“, sagte Pavon am vergangenen Wochenende in Washington. „Jene Mitglieder des Kongresses, die diese Hilfe ablehnen, kennen nicht die Situation in Nicaragua. Sie wissen nicht, was dort wirklich geschieht. Der Kommunismus breitet

sich aus wie ein Ölleck. Es ist sehr wichtig, daß die Nordamerikaner ihre Augen öffnen, bevor der Kommunismus die Grenzen Mexikos erreicht.“

Augusto César Sandino hatte Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre einen Guerrilla-Krieg gegen amerikanische Marineinfanteristen geführt. Er wurde 1934 auf Befehl des späteren Diktators Anastasio Somoza Debayle ermordet.

Der in den Vereinigten Staaten lebende Pavon glaubt, daß US-Truppen heute im Gegensatz zu damals von der Bevölkerung mit offenen Armen empfangen würden. „Die Menschen Nicaraguas sehnen ein Ende dieser angeblich sandinistischen Regierung herbei.“

# Papandreou taktischer Zug nach links

### Arbeitsnehmer gegenüber der „Wirtschaftsautorität“ durchzusetzen

**E. ANTONAROS, Athen**  
 Griechenlands sozialistischer Ministerpräsident Andreas Papandreou, von einer Protestwelle gegen seine rigorose Sparpolitik und seinem linken Parteiflügel arg bedrängt, hat am Wochenende die Flucht nach vorne angetreten und eine völlig unerwartete Öffnung zu den beiden kommunistischen Parteien vollzogen.

Während einer vielbeachteten Sitzung des Zentralkomitees seiner Paskis-Partei forderte Papandreou die moskautreue KP und die Eurokommunisten auf, „den Weg zur sozialistischen Transformation Griechenlands gemeinsam mit den regierenden Sozialisten zu beschreiten“. Alle „fortschrittlichen Kräfte“ müßten zusammenarbeiten, um die Interessen der

Arbeitnehmer gegenüber der „Wirtschaftsautorität“ durchzusetzen.

Sein Angebot an die kommunistischen Parteien, die sich seit der Einführung der Austeritätspolitik im Oktober 1985 zum schärfsten Widersacher der regierenden Sozialisten entwickelt haben, schloß allerdings aus, daß im Rahmen dieser Zusammenarbeit Kommunisten in sein Kabinett aufgenommen werden könnten. Ihm gehe es um eine Kooperation auf Basis-Ebene. Durch die Öffnung zu den Kommunisten verspricht sich Athens starker Mann, die Kommunisten in eine Art loser Zusammenarbeit einzubinden und ihnen dadurch die Möglichkeit zu nehmen, gegen ihn auf Schritt und Tritt zu polemisieren. Dadurch könnte Papandreou ungehin-

dert seinen radikalen Sanierungskurs in der Wirtschaft verfolgen. Andererseits will er seinen aufmüpfigen linken Parteiflügel durch linkslastige Äußerungen beschwichtigen und ihm vor Augen führen, daß er einer Verständigung mit den Linksparteien keineswegs abgeneigt ist.

Papandreou setzt gelegentlich die Maske der Toleranz auf, um seinen unzufriedenen Genossen in kritischen Augenblicken die Illusion zu geben, daß sie ihn zurückpfeifen und die Regierungspolitik mitgestalten können. Auch diesmal geht es ihm vor allem darum, daß seine Partei angesichts der wichtigen Kommunalwahlen im Herbst zusammenhält und diesen wichtigen Populärtest ohne Blessuren besteht. (SAD)

# Amnestie für alle

Der Präsident möchte an dieser Amnestie nicht rütteln, obgleich die linksgerichtete Menschenrechtsorganisation „Gruppe der gegenseitigen Hilfe“ (GAM) Druck ausübt. Wir waren vor die Wahl gestellt, beide Seiten zu amnestieren oder die Konfrontation fortzusetzen“, erläuterte er. Man könne nicht den marxistischen Rebellen vergeben und Armeekorps-Offiziere ins Gefängnis schicken.

Nachdem Cerezo 300 Familienmitglieder verschwandener Personen im Präsidentenpalast empfangen hatte, verkündete er die Bildung der Vermisstenkommission. Die GAM-Vertreter präsentierten ihm eine Liste mit 959 zwischen 1980 und 1985 registrierten Fällen. Sie nannten weiter

Am 6. März 1986 verstarb nach schwerer Krankheit

## Siegfried Ehlers

Vorsitzender des Konzern- und Gesamtbetriebsrats der Volkswagen AG  
 Betriebsratsvorsitzender des Volkswagenwerkes Wolfsburg  
 Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagen AG  
 Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland  
 Commendatore al Merito della Repubblica Italiana

Siegfried Ehlers, gelernter Schlosser, gehörte dem Unternehmen seit 1949 an und war seit 1953 Mitglied des Betriebsrats. 1971 wurde Siegfried Ehlers zum Vorsitzenden des Betriebsrats des Werkes Wolfsburg, 1972 zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und 1974 zum Konzernbetriebsratsvorsitzenden gewählt. Bereits seit dem Jahr 1958 vertrat Siegfried Ehlers die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat des Unternehmens.

Mit Siegfried Ehlers verliert der Volkswagen-Konzern eine seiner herausragenden Persönlichkeiten. Er hat sich mit beispielhaftem Verantwortungsbewußtsein und großem Erfolg in jahrzehntelangen unermüdeten Engagement für die Belegschaft eingesetzt. Sein Lebensziel war die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer sowie ihrer Familien an allen in- und ausländischen Standorten des Volkswagen-Konzerns. Siegfried Ehlers hat die Interessen der Belegschaft und die wirtschaftlichen Belange des Unternehmens gleichermaßen berücksichtigt. Seine Fähigkeit zur Verständigung und sein Eintreten für den sozialen Frieden waren richtungweisend über Volkswagen hinaus.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Vorstand, Konzernbetriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft  
 der  
**VOLKSWAGEN AKTIENGESELLSCHAFT**

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 13. März 1986, um 11.00 Uhr im Volkswagenwerk Wolfsburg, Halle 11, statt.

Anstatt zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende zugunsten der Lebenshilfe e. V., Bank für Gemeinwirtschaft, Wolfsburg, Konto-Nr. 11 954 445, Bankleitzahl 269 110 11.

**Wir sorgen für die Gräber.**  
**Wir betreuen die Angehörigen.**  
**Wir arbeiten für Versöhnung und Frieden.**

**VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE**  
 WERNER-HILPERT-STRASSE 2  
 3500 KASSEL  
 POSTGIRO  
 KONTONUMMER 4300-603  
 FRANKFURT/MAIN  
 BLZ 500 100 60

**Familienanzeigen und Nachrufe**

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:  
 Hamburg (0 40) 3 47-43 80, oder -42 30  
 Berlin (0 30) 25 91-29 31  
 Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:  
 Hamburg 2 17 001 777 as d  
 Berlin 1 84 611  
 Kettwig 8 579 104

**ROBECO**

**ROBECO N.V.**  
 Rotterdam

Die diesjährige Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am Donnerstag, dem 26. März 1986, um 14.30 Uhr im Hilton Hotel, Weena, Rotterdam, statt. Die Aktionäre sind stimmberechtigt, wenn sie ihre Aktien bis spätestens 19. März 1986 hinterlegen.

Hinterlegungsstellen sind in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München und Saarbrücken die folgenden Banken:

- Deutsche Bank AG
- Deutsche Bank Berlin AG
- Bankhaus H. Aufhäuser
- Bank für Handel und Industrie AG
- Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
- Berliner Bank AG
- Berliner Commerzbank AG
- Commerzbank AG
- Dresdner Bank AG
- Sol. Oppenheim Jr. & Cie.
- Trinkaus & Burkhart KGaA
- Vereins- und Westbank AG
- M.M. Werburg-Brinckmann Wirtz & Co.
- Commerz-Credit-Bank AG, Europertiner
- Deutsche Bank Saar AG

Inhaber von Namensaktien, die an der Hauptversammlung teilzunehmen wünschen, heben ihre Absicht dem Vorstand bis zum 19. März 1986 schriftlich mitzuteilen.

Die vollständige Einladungsbeurkundung mit der Tagesordnung wird im Bundesanzeiger Nr. 47 vom 8. März 1986 veröffentlicht.

Bei den oben erwähnten Stellen ist der Geschäftsbericht für 1986 erhältlich.

Rotterdam, im März 1986

DER VORSTAND

**Bekanntmachung**

Die Vereins- und Westbank AG, die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, die Berliner Bank, die Berliner Handels- und Frankfurter Bank, die Commerzbank AG, die Deutsche Bank AG und die Dresdner Bank AG, sämtlich Hannover, haben den Antrag gestellt,

DM 22 700 000,-  
 neue Teilhaberaktien  
 aus der Kapitalerhöhung 1986  
 - inkl. Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1986 -  
 der  
**VEREINS- UND WESTBANK Aktiengesellschaft,**  
 Hannover

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Niedersächsischen Börse zu Hannover zuzulassen.

Hannover, den 8. März 1986

Die Zulassungsstelle an der Niedersächsischen Börse zu Hannover

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

008429 853418

**Organisation - Ihr Job?**

Eine bedeutende verbundwirtschaftliche Lebensmittel-Handelsgruppe bezieht mehr als 7000 Einzelhandelsgeschäfte. Ein Organisator mit fundierten betriebswirtschaftlichen Kenntnissen (möglichst Dipl.-Kaufmann oder Dipl.-Betriebswirt) findet hier ein abwechslungsreiches Aufgabengebiet im gesamten Spektrum der Aufbau- und Ablauforganisation. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 15. März, im großen Selbstauswahltag der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich das WELT. Nächsten Samstag, jeden Samstag.

**JOURNAL für die Frau**

Alles, was Frauen lieben. Alle 14 Tage neu:

aktuelle Mode - lockere Rezepte  
 flotte Handarbeiten - reizvolle Schönheitsטיפs  
 viel Unterhaltung und praktische Anregungen

Holen Sie sich das neue Heft.

# Vorwurf „Spitzelstaat“ haltlos. Der Datenschutz bleibt gewahrt

### „Die Sicherheitsgesetze lassen den beliebigen Austausch von Daten zwischen den Behörden nicht zu“

Von W. SCHRECKENBERGER  
In der Öffentlichkeit werden die Gesetze vor dem Datenschutz vor allem im Sicherheitsbereich dienen, heftig diskutiert. Die Kritik drückt entweder ein allgemeines Unbehagen an der behördlichen Speicherung von Informationen über Personen aus oder richtet sich gegen einzelne Regelungen, weil sie unzumutbar oder zu weitgehend seien. Die grundlegende Problematik gerät aus dem Blick.

Die Gesetze werden sehen die Änderung von vier geltenden Gesetzen (des Bundesdatenschutzgesetzes, des Verwaltungsverfahrensgesetzes, des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Straßverkehrsrechts) und die Regelungen für zwei neue Gesetze (das Zusammenarbeitsgesetz und das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst) vor. Dazu kommen die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze über einen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Paß und Personalausweis.

### Der Sicherheit gerecht werden

Den entscheidenden Anstoß für die datenschutzrechtlichen Regelungen gab das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983, das für den behördlichen Umgang mit personenbezogenen Daten grundlegende Maßstäbe aufgestellt hat, die allerdings durch die Postulierung eines allgemeinen Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung“ wieder verdrängt werden. Das Urteil verweist auf die Gefahren, die vor allem durch die modernen Informationstechniken hervorgerufen werden. Sie lösen die Befürchtung aus, daß die rasche Verfügbarkeit von Daten den einzelnen einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterwerfen könne. Der Datenschutz wird aus dieser Sicht zu einem Problem, nachteilige Techniken abzuwenden. Sieht man im Datenschutz vor allem den Schutz der Anonymität, so hat die moderne Gesellschaft dem einzelnen ein größeres Stück privater Freiheit gebracht.

### Probleme der Behörden mit der Anonymität

Für die Behörden hat die Zunahme der Anonymität große Probleme geschaffen. Dies nutzt vor allem die organisierte, großflächig operierende Kriminalität aus. Sie versucht, im Medium der Anonymität unterzutauchen. Die Anonymität der Massengesellschaft macht es notwendig, auch personenbezogene Daten massenweise im Rahmen von bürokratischen Verfahren zu gewinnen und zu verarbeiten. Die zuständigen Behörden erwerben dadurch einen Datenbestand, der nach Organisation und Zielsetzung der Behörden nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist. Sie schafft damit eine eigene „behördeninterne“ Öffentlichkeit. Es ist sehr wichtig, diese Unterscheidung zu treffen. Denn für den einzelnen können von den verschiedenen Formen von „Öffentlichkeit“ sehr unterschiedliche Gefahren ausgehen. Die größte Gefährdung ist hier in

der Schwelle zur allgemeinen Öffentlichkeit zu sehen. Ist sie nicht hoch genug oder ist nicht hinreichende Vorsorge für eine Abschottung nach außen getroffen, können Daten der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich werden, die geeignet sind, soziale Vorurteile auszulösen oder zu festigen.

Eine andere Gefahr liegt in der Integration von behördlichen Datenbeständen. Sie kann den Behörden eine unzulässige oder übermäßige Kontrolle über den einzelnen eröffnen. Beim Datenschutz verbinden sich demnach vor allem zwei Aspekte: - einmal Schutz vor einer unkontrollierten Datenverarbeitung, die in der Öffentlichkeit zur sozialen Deformation des einzelnen führen kann, - zum anderen Schutz vor einer behindernden Öffentlichkeit, die sich über solche Daten eine unverhältnismäßige Kontrollmöglichkeit über den einzelnen verschafft.

### Der Sicherheit gerecht werden

Die Gesetze und Gesetzesvorlagen verfolgen das Ziel, sowohl den Erfordernissen der Sicherheitslage als auch den gestiegenen Anforderungen an den Datenschutz gerecht zu werden. Das Schwerkraft liegt jedoch in der Verschärfung datenschutzrechtlicher Regelungen.

Die Kontrolle der Zweckbindung von personenbezogenen Daten in allen gesetzlichen Regelungen verschärft, das Auskunftsrecht des einzelnen erweitert, das Recht des einzelnen auf Löschung von Daten verstärkt, die Zulässigkeit für automatisierte Abfrufen präziser festgelegt. Die Kontrollbefugnisse des Bundesdatenschutzbeauftragten werden verstärkt und ausgedehnt. Auch die Befugnisse der Aufsichtsbehörden werden erweitert.

Eine besondere Rolle spielt die Übermittlung personenbezogener Daten von Behörde zu Behörde. Die verbreitete Kritik, daß Daten praktisch beliebig ausgetauscht werden könnten, ist unzutreffend. So ist es notwendig, daß die übermittelten Daten der jeweiligen Zweckbestimmung der Behörde entsprechen. Sind Daten ohne diese Voraussetzungen übermittelt worden, so hat die empfangende Behörde die Daten zu vernichten. Sehr eingeschränkt ist auch die Möglichkeit des direkten Zugriffs auf den Datenspeicher einer anderen Behörde durch automatisierte Verfahren. So soll künftig die gemeinsame Datenspeicherung von Militärischen Abschirmdienst und Bundesamt für Verfassungsschutz und damit eine direkte Abrufbarkeit von Daten nicht mehr zulässig sein. Weiterhin gibt es einschränkende Bedingungen für die Datenübermittlung zwischen Polizei und den Nachrichtendiensten. Übermittlungen ohne Ersuchen sind nur in Bereichen mit einem höheren Gefährdungsgrad, der Spionage und dem Terrorismus, zulässig. Für die Ersuchen der Nachrichten-

dienste an die Grenzpolizei wird zusätzlich gefordert, daß die oberste Dienstbehörde je nach Erhebungsart vorher zustimmt oder eine Dienstweisung erläßt. Schließlich ist über die Dienstweisung und ihre Änderungen die Parlamentarische Kontrollkommission zu unterrichten. Die Datenübermittlung ist in diesem Fall einer rechtlichen, innerdienstlichen und besonderen parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Ein besonderes Gewicht haben die Regelungen über das Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten sowie über den Einsatz nachrichtendienstlicher - das heißt geheimer Mittel - für die Erhebung von Informationen und besonderen parlamentarischen Kontrolle über Personen. Es gilt für die Nachrichtendienste das uneingeschränkte Verbot, personenbezogene Daten mit Hilfe polizeilicher Mittel zu gewinnen. Es bleibt bei der organisatorischen und administrativen Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten.

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel für die Informationsgewinnung ist an strenge Voraussetzungen gebunden. Es kann keine Rede von einem Spitzelstaat sein. Es gilt auch hier das Prinzip der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, das den Gebrauch nachrichtendienstlicher Mittel erheblich einschränkt.

Der Entwurf des Zusammenarbeitsgesetzes, der die Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und im Sicherheitsbereich tätiger Behörden regelt, enthält zum ersten Mal Vorschriften über die Aufgaben und Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes.

### Eine Grundlage für die Datenübermittlung

Fassen wir den gesetzgeberischen Zweck zusammen, so wird deutlich, daß die Gesetze alle bisher entwickelten rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um den Datenschutz zu gewährleisten. Das Zusammenarbeitsgesetz wird zum ersten Mal eine gesetzliche Grundlage für die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen den Nachrichtendiensten und anderen im Sicherheitsbereich tätigen Behörden schaffen. Es wird jedoch keinen allgemeinen Datenverbindung geben. Vielmehr ist jede Behörde zugleich eine Kontrollinstanz, aber auch Kontrollgegenstand als Stelle der Datenverarbeitung.

Das Gesetzgebungswerk legt Grundlagen für die Arbeit unserer Behörden im Sicherheits- und Aufklärungsbereich fest. Die lange und intensive Vorbereitung der Gesetzesvorlagen hat sich sehr eingehend - vor allem mit der Datenschutzproblematik - befaßt. In der öffentlichen Diskussion sind die Sicherheitsforderungen der Behörden hinter die Fragen des Datenschutzes zurückgetreten. Daß die Sicherheit des einzelnen und der Gemeinschaft ohne soziale Beschränkungen zu erhalten sei, ist eine gefährliche Illusion.

Mit freundlichen Grüßen  
Professor Waldemar Schreckenberg  
ist Staatssekretär im Bundeskanzleramt

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### „Riesenhaftes Ruhrgebiet“

128 Briefe, aber ich lese vom Holz aus dem Wald? WELT vom 4. März

Sehr geehrte Herren,  
so wie den Bauern ist noch keiner anderen Berufsgruppe in unserem Staat mitgespielt worden. Die agrarpolitische Fickschusterer geht weiter. Millionen Altbauern sind Sozialfälle geworden.

Und wer trägt die Hauptschuld an dieser Entwicklung? Sizzo Mansholt und seine deutschen Plan-Strategen, die die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung im letzten Jahrzehnt noch einmal halbiert und die Betriebsgrößen umstrukturiert und industrialisiert haben.

Der deutsche Bauernverband - von Rehwinkel bis Heereman - war leider unfähig, diese schlimme Entwicklung zu stoppen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Bauernführer nur ihre eigene Sache im Auge hatten.

Der Mann, der diese Entwicklung vor 30 Jahren klar vorausgesehen und exakt vorausgesagt hat, war der verstorbene deutsche Agrarexperte Staatssekretär a. D. Hansjochim von Rohr. Noch heute lobt es sich, die von ihm herausgegebenen „Stimmen zur Agrarwirtschaft“ zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen  
Kurt Asendorf,  
Thedinghausen

Sehr geehrte Damen und Herren,  
vor zehn Jahren vertrat ein Ingenieur die Auffassung, daß mit dem weiteren Wachstum der Wirtschaft die Rheinebene von Basel bis Mainz für die totale Industriean siedlung freigegeben werden müsse. Sein Vorschlag ist heute keine Utopie mehr, sondern wird vielleicht zur Realität werden. Die Bundesregierung rechnet damit, daß in den nächsten fünf Jahren 60 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 900 000 ha ihre Produktion einstellen werden. Dabei wird es aber kaum bleiben. Denn die Bundesregierung wird meines Erachtens ihr Werk unter dem Druck der Auslandskonkurrenz und der EG fortsetzen und den weiteren Abbau unserer tausendjährigen Landwirtschaft forcieren. Das bedeutet, daß bei uns ein riesenhaftes „Ruhrgebiet“ entstehen soll.

Schwerwiegend sind die ökologischen Folgen. Mit der Beseitigung der Landwirtschaft entfallen die ernährungspolitischen Schranken, weshalb unser gesamtes Siedlungsgebiet dann für die Errichtung von Straßen, Eisenbahnen, Fabriken, Flughäfen, Kernkraftwerken usw. zur Verfügung steht. Ohne die natürlichen Zwänge wird daher unsere Erholungslandschaft aufgezehrt sein. Der Mensch aber bleibt auf der Strecke.

Dr. Rüdiger Ackermann,  
Weinheim

### Scharfmacherei

Bei der Diskussion des Paragraphen 116 geht es doch nur darum, daß zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit die Streikkassen gefüllt bleiben. Der leistungsorientierte Facharbeiter weiß doch hoffentlich schon längst, daß ihn persönlich die Änderung des Paragraphen 116 überhaupt nicht betrifft.

Bei der Scharfmacherei durch die Gewerkschaft gerät die erfolgreiche Wirtschaftspolitik bei den Wählern unter die Räder.

Wie sähe denn die Gewerkschaft aus, wenn sie nach Feierabend zu einer Demonstration auferufen würde? Bestimmt kommen da nur zehn Prozent von denen hin, die jetzt kommen.

Mit freundlichen Grüßen  
Christoph A. Weidlich,  
Berlin 36

### Die Gewinner

Sehr geehrte Damen und Herren,  
das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Bonn, veröffentlicht ein Buch von Meinhard Miegel „Die verkannte Revolution“, mit dem Nachweis, daß die Beamtensubventionen in den letzten zehn Jahren die einkunftsreichsten Vermögens- und Einkommensgewinner sind.

Die Forderung des Deutschen Beamtensyndikats nach einer Erhöhung der Besoldungen um sechs Prozent und der Rücknahme „ungegerechtfertigter Sparmaßnahmen“ ist daher völlig unverständlich, zumal die ÖTV bereits 3,5 Prozent akzeptierte.

Schon jetzt werden vergleichbare Angestellte in der Wirtschaft durch ständig steigende Sozialabgaben und hohe Beiträge für Krankheits- und Altersvorsorge von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes der höheren und gehobenen Laufbahn überflügelt. Auch die Steuerentlastungen kommen primär dem öffentlichen Dienst zugute, deren Angehörige weitgehend von allen Leistungen für den Sozial- und Gesundheitsbereich einschließlich der beitragsfreien Altersversicherung befreit sind.

Der Besoldungsschub im öffentlichen Dienst von 1983 bis 1987 beläuft sich auf rund 20 Milliarden Mark und absorbiert voll die geplante „Größte Steuerverlastung“ seit der Währungsreform.

Mit freundlichen Grüßen  
Heinz Behrendt,  
Bendestorf

### Schwerwiegend

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Ist es, so fragt man sich, gerechtfertigt, daß eine Einzelperson den Bundeskanzler in ein Strafverfahren verwickeln kann und damit schwerwiegende Folgen für Staat und Volk herbeigeführt werden können? Die Weimarer Verfassung bestimmte in ihrem Art. 59, daß nur der Reichstag mit qualifizierter Mehrheit berechtigt war, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsminister vor dem damaligen Staatsgerichtshof anzuklagen, wenn sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt hatten. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschränkt das Anklagerecht des Bundestages (oder des Bundesrates) in Art. 61 leider nur auf den Bundespräsidenten. Die Vorkommnisse der letzten Zeit

Im Auftrage der „US Coast Guard“, des Küstenschutzes der USA, wird zur Zeit ein Buch zusammengestellt über das Segelschiff „Eagle“, das von 1936 bis 1943 unter dem Namen „Horst Wessel“ der deutschen Kriegsmarine als Segelschiff gedient hat. Da ich als Kadett Anfang 1944 auf der „Horst Wessel“ in Danzig diente und auch mein Logbuch über den Krieg hinaus gerettet habe, wurde ich über das Bordleben im Jahre 1944 befragt. Leider herrscht noch Unklarheit darüber, wo das Schiff in den Jahren 1939 bis 1944 gelegen und wozu es gedient hat, und wann es und unter welchen Umständen Danzig verlassen hat.

Sollte sich unter Ihren Lesern noch jemand befinden, der Auskunft darüber geben könnte?

Tfdo Holtkamp,  
4 Case Circle  
West Simsbury, CT 06092, USA

### Rechtsproblem

Sehr geehrte Damen und Herren,  
unter der Überschrift „Freibrief für Verführer“ äußerte sich Peter R. Hofstätter in der WELT vom 1. März zur Forderung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) bezüglich der Reform des Paragraphen 175 StGB.

Dem Artikel ist eine grundsätzliche Einstellung zur Homosexualität zu entnehmen, die so nicht mehr im privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Bereich vertreten wird. Als Beispiel sei hier der Beschluß des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen vom 3. Oktober 1984 (Az.: VIII ARZ 2/84 in Neue Juristische Wochenschrift 1985 S. 130) angeführt, in dem das Zusammenleben von Personen gleichen Geschlechts in einer eheähnlichen Gemeinschaft nicht mehr als sittlich anstößig angesehen wird.

Demgegenüber erscheint es merkwürdig, wenn der Autor versucht, zur Frage des Paragraphen 175 StGB die Aids-Problematik hineinzuziehen, die primär nichts mit Homosexualität, sondern mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr zu tun hat.

In dieselbe Richtung weist Hofstätters Wertung, daß es doch seltsam sei, daß ältere Homosexuelle seit jeher eine Vorliebe für ganz junge Partner zu haben scheinen. Seltsam finde ich dabei, daß Hofstätter nicht dann auch die Vorliebe älterer heterosexueller Männer für ganz junge Mädchen erwähnt, die ihren Ausdruck doch im Prostitutionen-Milieu findet.

Mit freundlichen Grüßen  
Michael Oberkötter,  
Münster

### Renten-Raub

Ich verstehe nicht das Rätselraten der führenden CDU-Politiker um den Wahlausgang in Schleswig-Holstein. Seit der ersten Bundestagswahl 1949 verfügt die CDU über ein stabiles Potential treuer Wähler. Das sind die Rentner. Nun muß die CDU dem Rentner Opfer zu für die er kein Verständnis hat. Die Vokabel „Rentenraub“ ist unüberhörbar.

Die Bundestagsabgeordneten erhöhten sich die „Diensten“ in dem Moment, als Rentnerkürzungen ins Haus standen. Die für dieses Jahr in Aussicht gestellten Renten-„Erhöhungen“ werden um die - ebenfalls erhöhten - Krankenkassenbeiträge geschmälert.

Nun weiß man in der CDU-Führung: Die Rentner geben nicht in Massen auf die Straße. Die Rentner reagieren mit Stimmhaltung. Die jüngste Stimmungsanalyse, mit der Ennid 61 Prozent Bundesbürger als potentielle CDU-Wähler zur Bundestagswahl ermittelt hat, ist nicht einmal mehr als Theorie brauchbar.

Mit freundlichen Grüßen  
Hans-Georg Uhl,  
Bonn 2

### Wort des Tages

„Deutschland ist wie ein schöner, weidlicher Hengst, der Futter und alles genug hat, was er bedarf. Es fehlt ihm aber an einem Reiter.“  
Martin Luther, (1483 - 1546)

# VERBLÜFFENDES ÜBER DIE R1!

Im Auftrag von Reemtsma ließ ein neutrales Institut\* 2305 Leichteräucher die R1 probieren.

62% gaben der R1 die

Geschmacksnote „gut“ oder

„sehr gut“. Und das bei

Werten von nur 0,2/2.

mg Nikotin / mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN).



Schon probiert?

\* Die Gesellschaft für Marktforschung - eines der renommiertesten Marktforschungsinstitute.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Feer). (Durchschnittswerte nach DIN).

## Personalien

### EHRUNG

Zeit ist Ganns noch Botschafter in Jaunde.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einen japanischen Unternehmer mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Den Orden erhielt Akira Mizuta, Präsident der Murata Manufacturing Ltd. Der Bundespräsident würdigte die großen Verdienste des Japaners, der erhebliche Investitionen in der Bundesrepublik und zwar speziell im fränkischen Raum, vornahm und für die Schaffung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen sorgte. Der Industrielle ist heute der weltweit größte Produzent von passiven elektronischen und keramischen Bauelementen und damit ein unentbehrlicher Zulieferer für die gesamte Elektronik-Industrie. Seine Europa-Zentrale befindet sich in Nürnberg. Weitere Betriebe sind in Ansbach.

### ERNENNUNGEN

Neuer Missionschef der deutschen Botschaft in Tschad, der bisher im Auswärtigen Amt das Referat für West- und Zentralafrika leitete. Der Berliner, Jahrgang 1928, studierte Anglistik, Romanistik und Volkswirtschaft auf den Universitäten Paris und Göttingen. 1980 trat er ins AA ein. Zu seinen Auslandsposten gehörten Kabul, das Generalkonsulat in New Orleans und das Generalkonsulat in Madras. 1978 wurde Dietrich Venzlaff Ständiger Vertreter des Botschafters in Addis Abeba. Deutscher Botschafter war damals Rüdiger von Pachelbel. 1982 kam Venzlaff in das Auswärtige Amt zurück. Die von ihm seitdem geleitete West- und Zentralafrika-Abteilung wird voraussichtlich in Kürze Harald Ganns übernehmen; zur

Dr. Hilmar Kaht wird deutscher Botschafter in Tschad. Der Diplomat war zuletzt Vertreter des Botschafters in Madagaskar. Hilmar Kaht wurde 1941 in Magdeburg geboren. Er studierte Volkswirtschaft und ging 1971 in den Auswärtigen Dienst. Zu seinen Auslandsposten gehörten Moskau und Rabat. Für Botschafter Kaht dürfte die neue Aufgabe nicht leicht sein. Der Posten in Tschad, einem afrikanischen Staat, in dem Bürgerkrieg herrscht, gilt als turbulent für alle europäischen Diplomaten. Die Franzosen besitzen in Tschad zur Zeit eine Eingreif-Reserve. Vorgänger von Hilmar Kaht in Tschad war Dr. Hans-Joachim Heldt, der jetzt die Abteilung „Terrorismus-Fragen“ innerhalb der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernahm.

Kapitän zur See Immo von Schnurbein wird der achte Kommandant des Segelschiffes „Gorch Fock“. Bisher war Schnurbein Kommandeur des in Kiel stationierten Ersten Versorgungsschwaders. Er übernimmt jetzt den Posten des bisherigen Kommandanten des Segelschiffes, Kapitän zur See Nickels Peter Hinrichsen. Die „Gorch Fock“ war von der Bundesmarine vor fast 28 Jahren in den Dienst gestellt worden. Ihr neuer Kommandant kennt das Schiff „von Rekrutenbeinen“ an. Drei Monate seiner Grundausbildung hat er auf dem berühmten Segler verbracht. In den siebziger Jahren wurde er Segeloffizier und Erster Offizier der „Gorch Fock“. Von Schnurbein, 47 Jahre alt, wurde in Bayern geboren. Zu seinen Hobbys zählt heute auch Tauchen.



Ein lasterhaftes Ereignis in Bildern und Sprechblasen: Kater Garfield und sein Schöpfer Jim Davis

# Die Faszination von Croissants und Lasagne

An diesem Kater führt kein Weg vorbei. Er prangt in Deutschlands Kaufhäusern auf T-Shirts, Hefen, Glückwunschkarten, Badetüchern, und es gibt ihn natürlich als Plüschtier: Garfield, jene lasterhafte amerikanische Comic-Figur, die weltweit erfolgreich vermarktet wird. Und die FR-Welt rollt weiter, pausenlos: Rund 1500 Zeitungen drucken

aus. Garfield ist ein Kater und als solcher auch nur ein Mensch, der das staats-tragende Lächeln aus Bonn und Washington perfektioniert hat", analysierte tiefgründend ein deutscher Fan.

Der Erfinder dieses gelb-orangerot gezeichneten Katers, der permanent Croissants, Hähnchen oder Lasagne in sein Riesemaul hineinschiebt, heißt Jim Davis. Er steht heute abend im Mittelpunkt von Albert Krogmanns kritisch-leichtem, aber nie seichtem Unterhaltungsmagazin "Bitte Umbiliktorn".

Der 40jährige Cartoonzeichner Da-

vis aus Marion in Indiana sieht Garfield als eine Figur, die bewußt jeden politischen und sozialen Kommentar vermeidet. Vor genau acht Jahren kreierte Davis, der wegen seiner Zeichenleidenschaft sein Kunst- und Wirtschaftstudium abbrach, den ausschließlich nach der Lustmaxime lebenden egoistischen Kater. Seinen Namen bekam der Anti-Held Garfield, weil sich Davis darunter einen "hausbackenen Onkel" oder einen Stapel Angorawäsche vorstellte. Ähnlich wie die Garfield-Cartoons - eher bodenständig und nicht unbedingt anspruchsvoll - mag der Schöpfer selbst auch sein.

Im Gegensatz etwa zu den fast

sobon intellektuellen Witzeleien des Comics-Konkurrenten "Peanuts" füllt Davis die Sprechblasen mit Sprüchen, die "jenes Lachen auslösen, damit man sich besser fühlt". Das Statement können vermutlich nur ausgesuchte Freaks nachvollziehen. Der Zeichner nimmt sich zwei volle Tage pro Monat Zeit, um nichts anderes als Gags auf Halde zu schreiben. Er brütet Stunden über Entwürfen, bis die Pose Garfields im Einklang steht mit seinen Äußerungen. Und zu welchem Thema hat der amerikanische Verweigerer Garfield noch nichts Freches gesagt? Vielleicht zu Boris Becker. ANDREAS ENGEL

Bitte umbiliktorn - ARD, 21.45 Uhr

täglich neue Comic-Strips, Garfield ist in acht Büchern nachzulesen, in zwei Fernsehspecials, kurzum: der "komplette Wahnsinn", wie eine Jugendzeitschrift urteilt.

Warum reißen sich alle um dieses abscheuliche Katzenmonster, verschlingen Millionen die Comic-Bücher? Wahrscheinlich liegt es daran, daß Garfields Eigenschaften im Grunde zutiefst menschlich sind: träge wirkt er, faul und unsporthlich. "Umgeb dich mit Leuten, die fetter sind als du selbst", lautet einer der typischen Garfield-Sprüche. Eine zynische Konsum-Katze, wie sie im Buche steht. Da wird das Animalische zum Ereignis. Und die Kombination von Garfields Untugenden erweist sich am Ende als Erfolgsrezept: Mit seinem Optimismus und seiner Ge-



Zynischer Konsumkater: Garfield

## KRITIK

### Nur ein Platzanweiser?

Als Michael Schanze vor einem halben Jahr seine Kindershow Telefon (ARD) startete, war die Enttäuschung groß: Der warmherzige, fröhliche Schanze, der die Kinder liebt und den die Kinder lieben, litt sichtbar unter dem unkindlichen, phantasielosen Konzept der Sendung. Es war ein Jammer, wie dieser in lauter Spielfreude pulsierende Unterhalter zum Platzanweiser degradiert wurde, wie er in einer Sendung agieren mußte, die wie eine Einübung in die Glotzen-Routine der Erwachsenen sich lustlos dahinzog.

Und nun? Michael Schanze hat es gelernt, mit der Einfallslosigkeit der norddeutschen Tiefenbe zu leben und zu lachen. Nur ein Phantast hätte erwarten können, daß der Sender von ihm lernen würde. Der hatte sich auf den strikt geregelten Ablauf einer Un-

terhaltung geeinigt, in der eine Art Mini-Abklatsch der Erwachsenen-Programme abgespult wurde unter peinlicher Aussparung neuer - womöglich kindlicher - Einfälle.

Schanze legt in die neunzig Minuten alles hinein: Munterkeit, Geduld und jenes herzliche Zwinkern, das einem älteren Bruder zusteht. Aber ihm gelingt es nicht, sich gegen die Netzplantechnik der Macher durchzusetzen. Schließlich landet auch er bei der scheppernden Matrize unseres Fernsehalttags: "Wir machen weiter mit der nächsten Frage."

Haben wir eigentlich, so muß man fragen, so viele Michael Schanzes, daß wir diesen einen bedenkenlos verheizen dürfen, falsch eingesetzt, so daß er, was er kann, verlernt und den Rest halbherzig fallenläßt? VALENTIN POLTUCH

## STUDIO

Der Berliner Senat ist zum Abschluß eines norddeutschen Staatsvertrages über die Nutzung des Rundfunksatelliten "TV SAT" entschlossen. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen unterrichtet jetzt in einem Schreiben den Parlamentspräsidenten Peter Rebsch über den Stand der Gespräche, die mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein geführt werden. Hamburg ist ebenfalls hierzu eingeladen. Die Beratung eines Vertrages muß im Abgeordnetenhaus erfolgen.

In dem Schreiben heißt es, da die Gesamtheit der Länder zur Zeit nicht in der Lage sei, sich über einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens zu einigen, halte der Senat es für erforderlich, daß unter Mitwirkung Berlins für einen Teilbe-

reich Regelungen geschaffen würden, die der raschen nationalen und internationalen Entwicklung neuer Techniken zur Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen Rechnung trügen.

Dabei legt Berlin selbstverständlich Wert darauf, daß der Vertrag den weiterhin angestrebten Abschluß des Staatsvertrages zwischen allen Ländern nicht behindere, sondern die Nutzung des Rundfunksatelliten so bald wie möglich Wirklichkeit werden läßt.

Zugleich soll ein möglichst einfaches Zulassungsverfahren angestrebt werden, das den verfassungsrechtlichen Anforderungen zur Sicherheit der Meinungsvielfalt entspricht und eine angemessene Berliner Beteiligung sicherstellt. Denn mit einer derartigen Beteiligung soll erreicht werden, daß die aktuellen Entwicklungen nicht am Medienstandort Berlin vorbeilaufen. DW.

**ARD**

**ZDF**

**SAT 1**

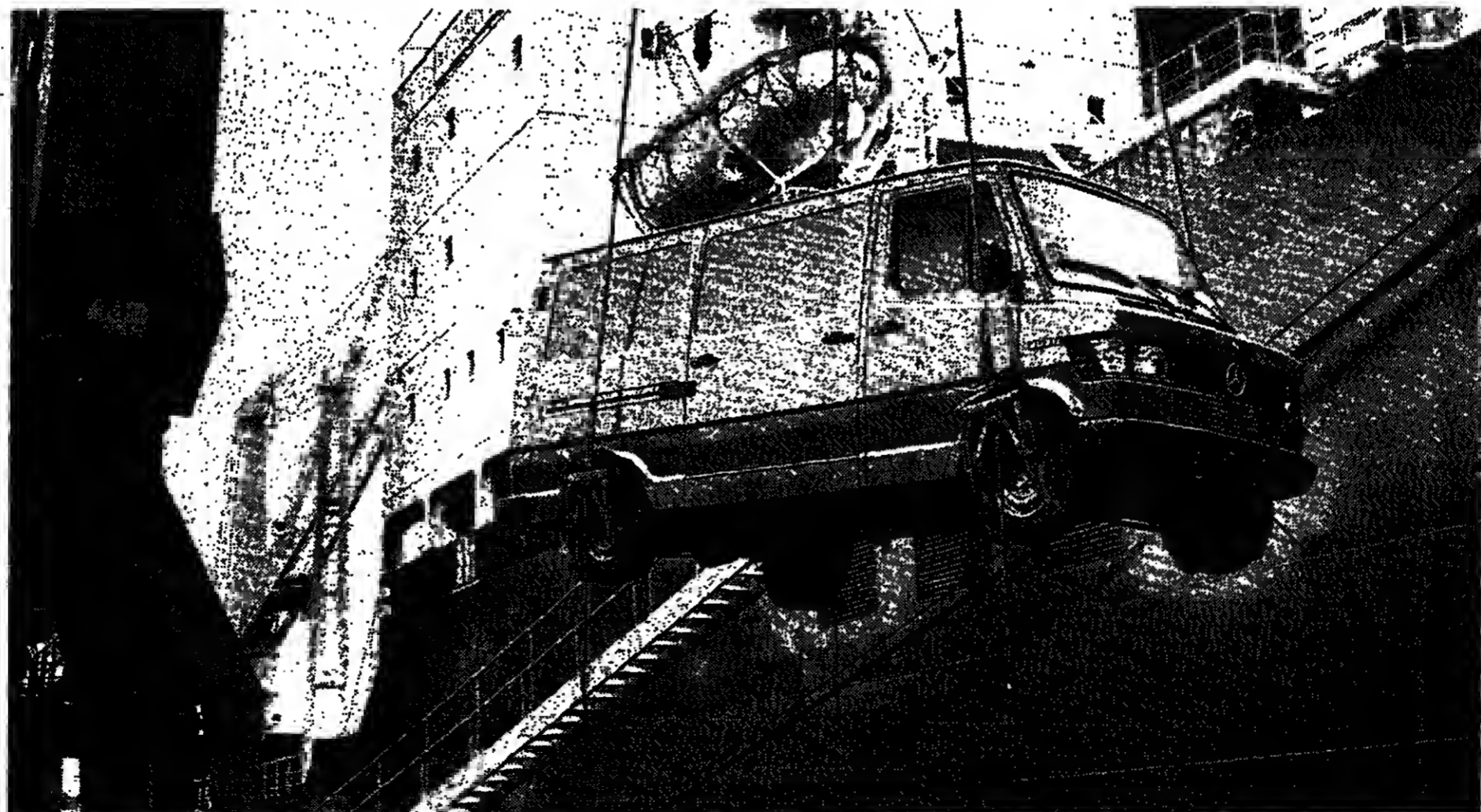
ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.10 Sesamstraße	12.10 Bilder aus Europa Aus Pilsen und Pisa
9.45 ARD-Bildgeber	12.55 Pressschau
10.00 heute	13.00 heute
10.05 Santa Fe	
14.00 Tagesschau	16.00 heute
14.10 Der zweite Abschied	16.04 Biotechnologie
New Yorker Juden besuchen ihre Geburtsstadt	10. Folge: Planspiele mit Genen
17.20 Auf und davon!	16.55 Die Moutonmeal
3. Teil: Mitgegangen - Mitgefangen	Moderation: Anke und Benny
17.50 Tagesschau	17.00 heute / Aus den Ländern
dazu: Regionalprogramme	17.15 Tele-Illustrierte
20.00 Tagesschau	Als Gäste vorgesehen: Das Duo
20.15 Liebling - Kreuzberg	Two of us
4. Folge: Doppelleinsatz	17.50 SOKO 5113
Lieblings Tochter Sarah will die Schule wechseln und ihrem neuen Freund, einem 19-jährigen Fußballer, nach Wuppertal folgen. Die besorgte Mutter und Liebungs-Extrud sucht nun bei ihm Hilfe. Ein anderer soziasagen offizieller Fall dreht sich um eine Untersuchung in einem Reisebüro. Wesentlich aber ist für Lieblich der Fall Dreibaum. Dreibaum ist ein vorbestrafter "Knochen", hat seine Haftstrafe nicht angetreten und hat, als man ihn abholen will, die Polizisten mit der Pistole bedroht.	19.00 heute
20.59 Ein Platz an der Sonne	19.30 Themen auf der Himmelsleiter
Bekanntgabe der Wochengewinner	Heiteres Volkstück von Maxmilian Vitus mit Bernd Hellrich, Beppo Brem u.a.
21.00 Frankreich: Die Herausforderung	Aufführung des Chiemgauer Volkstheaters Aschau
Kampf um die Macht	20.58 Ratschlag für Kinsgänger
21.45 Bitte umbiliktorn	"Jenseits von Afrika" von Sidney Poitier
Mit Beiträgen von Albert Krogmann	21.05 WDR
22.30 Tagesschau	Themen: Entbürokratisierung - Das schwierige Geschäft / Agrarpolitik - Sind die Bauern noch zu retten? WISO fragt Bundesernährungsminister Ignatz Kischke / Tip - Vorsicht Sperrzeit!
1.00 Nachtgedanken	21.45 heute
	22.05 Wie denken die Welt bestimmt
	Zum Beispiel: Sexualität (2)
	22.35 Das brausende Bett
	Amerikanischer Fernsehfilm (1984) Mit Farrah Fawcett, Paul LeMat u.a.
	0.05 heute

16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Musik von Sankta Fä
Oder Regionalprogramme
18.30 APF Blick
18.45 Extrablatt
19.45 Schwarzwälder Kirsch
Deutsche Musikkomödie (1958)
21.50 APF Blick
22.15 Top-extra
Das Auto - Die Zukunft im Visier
22.45 Jazzbox Extra
23.00 Matt Houston
Eine tödliche Unterredung
23.55 APF Blick
Letzte Nachrichten

<b>3SAT</b>	
18.10 Bilder aus der Schweiz	19.00 heute
19.20 SAT-Studio	19.58 Nac, sowas
20.52 Nac, sowas	20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild	21.35 Kulturjournal
21.45 Zerde	21.45 Englischer Spielfilm (1975)
23.50 Kennwort: Kiao	Anschl. 3SAT-Nachrichten

<b>RTL-plus</b>	
18.55 7 vor 7	19.22 Musik
19.30 Sieza	19.50 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau	20.50 Ein Sheriff aus New York
22.00 RTL-Spiel	22.15 Bonafide!
23.47 Wetter / Horoskop / Bethauptfert	

## Made in Germany.



Die sprichwörtliche Mercedes-Benz Qualität weiß man nicht nur hierzulande zu schätzen. Das hat seine guten Gründe. Die solide Verarbeitung, robuste Aggregate-Auslegung und große Typenvielfalt der Mercedes-Transporter machen sich bei den unterschiedlichsten Transportaufgaben bezahlt. Ob nun Mitarbeiter zur Montage, Eilgut zur Bahn oder dringende Lieferungen zu den Kunden gefahren werden, Zuverlässigkeit ist eben nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt gefragt. Das und der Name Mercedes-Benz sind für Unternehmer aus vielen Branchen und Ländern überzeugende Argumente, um in Qualität „Made in Germany“ zu investieren. In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Individuelle Finanzierungsmodelle und Leasingsysteme. 2. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 3. Kurze Wege zum Kundendienst.



**In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.**

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

### Stoltenberg: Spenden-Praxis lange bekannt

gba, Bonn  
Die Finanzbehörden haben nach Angaben von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ebenso wie einige Finanzminister seit den fünfziger Jahren die Praxis gekannt, den Parteien auf dem Umweg von Vereinigungen Spenden zukommen zu lassen. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ sagte Stoltenberg zur Frage, ob den Finanzbeamten und den Behörden „stillschweigende Duldung“ oder sogar Hilfestellung bei diesen Praktiken vorzuziehen sei, man dürfe die Steuer- oder Finanzverwaltung nicht pauschal der Komplizenschaft beschuldigen. „Wo aber konkrete Vorwürfe erhoben werden, sind sie zu klären.“ Man müsse die Frage stellen, „ob überall das Recht angemessen angewandt wurde.“

Stoltenberg sagte voraus, daß diese Frage in den Prozessen über Parteispenden „eine erhebliche Rolle spielen wird“. Er glaube, daß manche der Spender, die sich jetzt wegen des Vorwurfs unkorrekter steuerlicher Behandlung ihrer Spenden zu verantworten hätten, die Rechtslage nicht gekannt hätten. Spätestens seit dem Urteil des Verfassungsgerichtes vor inzwischen 26 Jahren, - nach dem Spenden an Parteien über eine gewisse Größe nicht steuermindernd geltend gemacht werden können - seien so manchem Spender die Unterschiede zu der Regelung von Spenden an Berufsverbände und Fördervereine nicht mehr einsichtig gewesen. Die Berufsverbände hätten Teile der ihnen steuerbegünstigt zugesprochenen Mitgliedsbeiträge „steuerunschädlich“ an Parteien weitergeben können. Stoltenbergs Eindruck: „Nicht alle Spender haben den Unterschied zwischen den Berufsverbänden mit ihrer besonderen Stellung und den sogenannten Fördervereinen - die man heute ja als Geldwaschanlagen bezeichnet - gekannt.“

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Fritz Fliszar, erklärte: „Alle, die in diesen 20 Jahren innerhalb solcher Stiftungen gearbeitet haben und daher auch mit Finanzbehörden zusammengearbeitet haben, wissen sehr genau, daß diese Behörden über alle Details der Arbeiten der Stiftungen stets Bescheid gewußt haben.“

### Die Österreicher erleben einen zornigen Waldheim

Antritt in Fernsehdiskussion / „Zentral gesteuerte Kampagne“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien  
Eine „groß angelegte Verleumdungskampagne“, wie sie in der Nachkriegsgeschichte Österreichs noch nicht dagewesen sei - so charakterisierte der Kandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) für die bevorstehende Bundespräsidentenwahl, Kurt Waldheim, in einer Fernsehkundgebung die jüngsten Enthüllungen über seine angebliche NS-Vergangenheit.

Was möglicherweise als Versuch angelegt war, dem Kandidaten der ÖVP und Gegenspieler der Sozialisten politisch und moralisch den Garaus zu machen, endete gestern mit einem persönlichen Erfolg des ehemaligen UNO-Generalsekretärs vor der Öffentlichkeit seines Landes. Selten hat ein Politiker gleich mehrere, ihm durchweg nicht freundlich gesinnte Interviewer derart aus dem Feld geschlagen und entkräftigt, wie das hier geschah.

Die Österreicher erlebten einen neuen Waldheim: Nicht den glatten, verbindlichen, kühlen Diplomaten, sondern einen zornigen, empörten und kämpferischen Mann, der aber gerade in seiner Emotion menschlich und überzeugend wirkte. Waldheim, der erst von österreichischen Medien, dann auch von amerikanischen Zeitungen und sogar vom Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses als angeblicher Nationalsozialist verdächtigt wurde, erklärte, alle Behauptungen über seine angebliche Zugehörigkeit zu NS-Organisationen im Dritten Reich seien unwahr. Die Kampagne gegen ihn sei seit Monaten geplant und „zentral gesteuert“. Sie solle dazu dienen, ihn im Inland als „Nazi“ abzustempeln, zugleich aber auch in der Welt sein internationales Ansehen zu zerstören.

#### „Nur meine Pflicht erfüllt“

„Ich habe es satt, mir vorhalten zu lassen, daß ich nicht die Wahrheit sage“, fuhr Waldheim einen seiner Befrager an. Er sei niemals der SA und dem NS-Studentenbund beigetreten. Wenn in einer Kartei unser Name eine solche Mitgliedschaft vermerkt sei, dann wahrscheinlich deshalb, weil die Reitergruppe, der er 1938 angehörte, später

- wie die meisten Organisationen dieser und ähnlicher Art - kollektiv von der SA vereinnahmt und gleichgeschaltet worden sei. Zu jener Zeit aber sei er bereits Soldat und weit weg von Wien in Frankreich gewesen.

Auf die Vorhaltung, er habe in seinem Buch „Im Gaspelast der Weltpolitik“ verschwiegen, daß er von 1942 bis 1944 auf dem Balkan eingesetzt war, sagte Waldheim, nicht seine militärische Biographie im Zweiten Weltkrieg, sondern seine Tätigkeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen sei Thema dieses Buches gewesen. Er sei als Soldat der Wehrmacht auch beim Einmarsch im Sudetenland 1938 und beim Frankreich-Feldzug 1940 dabei gewesen. Waldheim: „Ich habe meine Pflicht erfüllt wie Hunderttausende Österreicher.“

#### Der Brief von 1945

In der Fernsehdiskussion zeigte sich, daß vielerorts ein erheblicher Mangel an Kenntnissen über die Zusammenhänge im Dritten Reich besteht. So wurde Waldheim vorgehalten, er sei „Geheimdienstoffizier“ gewesen, weil er als Oberleutnant dem „Ic“ des Wehrmachtstabes in Saloniki zugeteilt war. Waldheim mußte erst erklären, daß der „Ic“ bei der Truppe mit Feindaufklärung und nicht mit dem Geheimdienst zu tun hatte. Auch mit Feindaufklärung sei er schon deshalb niemals beteiligt gewesen, weil das in den Aufgabebereich von SD und SS, niemals aber in den der Wehrmacht gefallen sei. Er, Waldheim, habe seinem Lande 40 Jahre als Diplomat, Außenminister und zuletzt auch als UNO-Generalsekretär gedient. Während dieser Zeit sei er von allen großen Geheimdiensten der Welt durchleuchtet worden, ohne daß man je irgend etwas gegen ihn hätte vorbringen können. Schließlich zog der ehemalige UNO-Generalsekretär den Brief eines örtlichen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden aus Niederösterreich vom Jahre 1945 aus der Tasche, in dem dem Angehörigen der Familie Waldheim bestätigt wird, sie seien stets österreichische Patrioten. Gegen den NS-Regime und während des Dritten Reiches Verfolgungen und Drangsalierungen ausgesetzt gewesen.

### Beiruter Geiselnahme beunruhigt Paris. Wohin treibt Frankreichs Nahost-Politik?

Fehleinschätzungen bei Verhandlungen mit Terroristen / Weitere Racheakte befürchtet

PETER RUGE, Paris  
Die Geiselnahme eines französischen Fernsehteams am Samstagabend in einem Beirut-Vorort durch schiitische Terroristen hat in Frankreich Erschütterung ausgelöst. Die Regierung trat zu einer Krisensitzung zusammen. Die Informationen, die Frankreichs Botschafter in Libanon gegeben habe, seien „beunruhigend“, sagte Premierminister Fabius gestern morgen. Das Mitgefühl der Nation gilt den jetzt acht verschleppten Landsleuten. Ohnmacht mischt sich mit Zorn, das Gefühl, nun erpreßbar geworden zu sein, löst Fragen an die Staatsführung aus: Ist die Nahost-Politik Frankreichs am Ende? Wer trägt die Schuld?

Staatspräsident Mitterrand und seine Regierungsmannschaft stehen eine Woche vor den Parlamentswahlen vor einem politischen Scherbenhaufen, der auf drei Fehleinschätzungen zurückgeführt wird.

#### „Es wird nicht verhandelt“

Als vor etwa einem Jahr in Beirut vier französische Geiseln von der pro-iranischen Untergrundorganisation „Islamischer heiliger Krieg“ genommen wurden, stellte sich Paris auf den Standpunkt: Mit Terroristen verhandeln wir nicht. „Frankreich ist angegriffen worden“, sagte François Mitterrand zuletzt am 7. Februar in

Lille, „ich werde die Nation verteidigen.“ Heimlich aber hatte 48 Stunden vorher das französische Justizministerium zwei Araber befragt, die zum Kommando von Abu Nidal gehörten, das 1978 in Paris den Repräsentanten der FLO ermordet hatte. Mit dieser Geste, die im Zusammenhang mit den jüngsten Bombenanschlägen in der französischen Hauptstadt zu sehen ist, wollte die Regierung den inneren Frieden erkaufen. Das war die erste Fehleinschätzung.

Nicht gerechnet wurde in Paris nämlich mit der Folgewirkung - und das war der zweite Fehler: Die Konzessionsbereitschaft der Franzosen mußte sich herumsprechen, und so meldete sich die pro-iranische Gruppe der Schiiten aus Beirut, die für ihre vier Geiseln jenes Terrorkommando aus einem französischen Gefängnis freipressen wollte, das 1980 den Anschlag auf den ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Bakhtiar in Paris verübte. Wieder hieß es offiziell von französischer Seite: „Wir verhandeln nicht.“ Doch schien die Kompensation auf andere Wege Iran zu erreichen: durch Munitionslieferungen. Obwohl Regierungschef Fabius wieder einmal beteuerte, von nichts zu wissen und für Waffenlieferungen an Iran keine ministerielle Bewilligung erteilt zu haben, sollen bei der jetzt aufgedeckten Affäre der

### Moskau degradiert Ex-Minister

AFF, Moskau

Der am 25. Januar abgelöste sowjetische Innenminister General Witali Fedortschuk (87) ist zu einem Inspektor der Streitkräfte degradiert worden. Bei seiner Ablösung durch Alexander Wassow hatte es lediglich heißen, ihm seien „andere Funktionen“ übertragen worden. Beobachter werten seine Versetzung als eine Art „Vorpensionierung“. Fedortschuk büßte bei dem XXVII Parteitag seinen Platz im Zentralkomitee ein. Fedortschuks Vorgänger als Innenminister, Nikolai Schtschelkow, war 1982 ebenfalls zum Inspektor degradiert worden.

### Mordvorwurf gegen Sandinisten

AFF, Managua

Die Spannungen zwischen der Regierung in Nicaragua und der Kirche haben sich verschärft: Der stellvertretende Präsident der Nationalen Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega, warf den Sandinisten auf einer öffentlichen Veranstaltung in Washington vor, drei Priester ermordet zu haben. Daraufhin machte die sandinistische Parteizeitung „Baricada“ den Prälaten für „noch mehr Tote und Verbrechen gegen das Volk“ verantwortlich. Er arbeite für die „Konterrevolution“ und den amerikanischen Geheimdienst CIA.

### Mittelsmänner für Marcos?

dpa, Manila

Die neue philippinische Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino hat Dokumente sichergestellt, die zum ersten Mal eine Verbindung zwischen dem ehemaligen Präsidenten Ferdinand Marcos und umfangreichem Immobilienbesitz in New York nachweisen. Als Mittelsmänner sollen dabei die New Yorker Rechtsanwälte Ralph und Joseph Bernstein fungiert haben. Sie seien für die Verwaltung der Immobilien von Marcos verantwortlich gewesen, berichtete der amerikanische Kongreßabgeordnete Stephen Solarz in Manila.

### USA: Sowjetische UNO-Botschaften Spionagezentren

SAD, New York/Brüssel

Als „überflüssige Schritte“ ist in westlichen Geheimdienstkreisen die Aufforderung der USA an die Sowjetunion bezeichnet worden, ihr Personal bei der UNO in New York um 104 Personen zu reduzieren. In den UNO-Missionen der drei auf dem Papier voneinander unabhängigen sowjetischen Staaten (Sowjetunion, Ukraine und Weißrußland) arbeiten zur Zeit 275 Personen.

Nach jahrelanger Beobachtung sei bekannt, daß die sowjetischen UNO-Vertretungen ein „Zentrum der Spionage“ seien. Nach zuverlässigen Erkenntnissen seien in den Botschaften der Sowjetrepubliken Weißrußland und Ukraine mehr als 95 Prozent der dort tätigen Beamten Angehörige des militärischen Nachrichtendienstes GRU und des KGB.

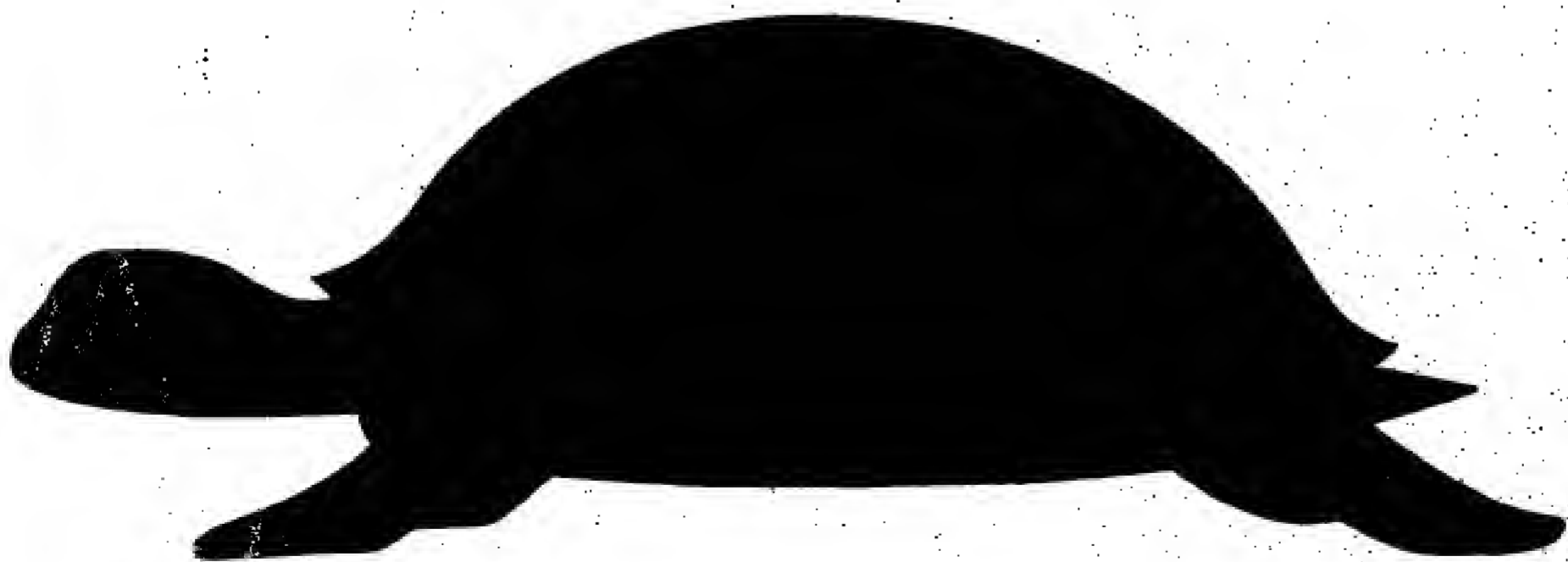
Das Schwergewicht der sowjetischen Spionageaktivität in New York liege auf dem Gebiet der elektronischen Fernmeldeaufklärung. Die exterritorialen sowjetischen Vertretungen und von der Sowjetregierung erworbenene Residenzen seien mit vielen Antennen ausgerüstet. Die Sowjets nutzten die ideale Nähe, um amerikanische Staatsgeheimnisse auszuspähen. In vielen Fällen sei es so, daß Angehörige der Sowjet-Vertretungen selten bei der UNO auftauchten, weil sie von anderen Arbeiten in Anspruch genommen wurden.

Als schwer verständlich wurde die Tatsache bezeichnet, daß die UdSSR drei UNO-Vertretungen unterhalte, diese Tatsache aber bisher im Westen kaum zur Kenntnis genommen worden sei. Obwohl die Missionen offiziell von Moskau als unabhängig gelten, befinden sich die ukrainische und weißrussische Botschaft unter einem Dach mit der sowjetischen UNO-Botschaft. Alle Mitarbeiter wohnen in einem von Moskau errichteten Komplex nördlich von New York. Die Außenpolitik der UdSSR werde aber vom Kremel wahrgenommen. Weißrußland und die Ukraine betrieben keine eigenständige Außenpolitik, hieß es.

Selbst wenn die amerikanische Forderung erfüllt würde, unterließen die drei sowjetischen Staaten immer noch zusammen die größte UNO-Botschaft. Die amerikanische UNO-Botschaft hat 126 Mitarbeiter, gefolgt von China mit 116 Angehörigen.

Die Steinkohle zum Thema „Bergbautechnik“:

## Die modernste Bergbautechnik der Welt hat ein 200 Millionen Jahre altes Vorbild.



Wie eine stählerne Riesenschildkröte frißt es sich unter einem Schutzpanzer in über 1000 Meter Tiefe durch die Karbonschichten der Erde.

Nach vorne ragt ein langer, beweglicher Hals, links und rechts rotierende Walzen, deren Meißel durch den Berg schneiden. Unten zwei Klauen, die das Gestein weg-schaufeln.

Das ist kein Science-fiction-Film, sondern ein Stück modernster Bergbautechnik, in der unser Land weltweit führend ist. Ein Exportschlag-ger ersten Ranges.

Der deutsche Steinkohlenbergbau ist das Entwicklungs- und Versuchsfeld für diese Technik - und das Ausbildungszentrum für die Ingenieure, die sie in alle Welt tragen.

Technik und Werkstoffe, die sich hier unter extremen Bedingungen bewähren, werden zum Einsatz auch auf völlig anderen Gebieten übernommen. Zum Beispiel Hydraulik für Baumaschinen oder Hartmetall für Werkzeug.

Deutsche Bergbautechnik: Perfektion, mit der Probleme gelöst werden.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen.

  
**Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.**

SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...  
SAD New York... Göttinger...

Montag, 10. März 1986  
Nr. 58

## Trommeln für Baugeld

Warum Sie nicht länger bauen oder kaufen Sie jetzt? So oder ähnlich werden die in der Baufinanzierung tätigen Institute zwar schon immer um Kundchaft. In den letzten Tagen und Wochen wird indessen die Trommel so emsig wie schon lange nicht mehr geführt. Während der Kuchen der Neubaufinanzierung, wie es der starke Rückgang der Baugenehmigungen und der Wohnungsfertigstellungen ausweist, hierzulande immer kleiner wird, reißt sich eine in den letzten Jahren ständig größer gewordene Schar bankkreditgebender Institutionen um die Marktanteile.

## Kaum motiviert

Wie düftig das Argument von der „neuen Armut“, das so häufig von vielen Seiten zu hören ist, dasteht, zeigt ein Berliner Beispiel. Die Stadt, lange als Werkbank der Bundesrepublik verschrien, benötigt für ihren weiteren Aufschwung dringend Facharbeiter. Qualifikationsmaßnahmen hat Wirtschaftssenator Pferoth deshalb schon Ende letzten Jahres forciert, die Arbeitgeber haben sich an diesem Programm beteiligt. Wer aber nun nicht im erwarteten Maße mitzuziehen scheint, sind die Betroffenen, die Berliner Arbeitslosen. So mußten schon angesetzte Maßnahmen abgeblasen werden, weil die Teilnehmer nach kurzer Zeit zu Hause hlieb; andere geplante Veranstaltungen wurden mangels Teilnehmermassen wieder abgesagt. Nun wird der Stein der Weisen gesucht: Wie motiviere ich Arbeitslose, vor allem auch Jugendliche, sich weiterzubilden, um auf Dauer beschäftigt werden zu können? Bleibt noch die Frage, welches eigentlich der letzte Strohhalm ist, an den sich ein Arbeitsloser klammert?

## Bewährungsprobe

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Internationale Energieagentur (IEA) war 1974 unter dem Schock der ersten Ölpreiserhöhung im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet worden, um die Abhängigkeit der westlichen Industrieländer von Mineralölimporten durch die Förderung von Energiesparmaßnahmen und alternativen Energiequellen zu vermindern. Dieses Ziel wurde inzwischen weitgehend erreicht: Der Ölverbrauch der OECD-Zone ging stark zurück. Wieweit dies der IEA zu verdanken ist, ist allerdings schwer zu sagen. Immerhin war es der Agentur durch ihr Notstandsinstrumentarium, das eine autoritäre Umverteilung der Ölströme zwischen den westlichen Verbraucherstaaten vorsieht, nicht gelungen, den zweiten Ölchock von 1979/80 zu verhindern. In Paris erklärt man dies damit, daß die Versorgungskrisen damals nicht groß genug gewesen war, um den Mechanismus in Kraft zu setzen. Inzwischen wurde er flexibler gestaltet. Gewiß hat die IEA im Rahmen der IEA praktizierte Kooperation der Regierungen - an der Frankreich als einziges großes OECD-Land unter Hinweis auf seine privilegierten Beziehungen zu den Opec-Staaten nicht direkt teilnimmt - im Spar- und Substitutionsbereich einiges bewirkt. Ohne die analytische Arbeit der Agentur (wie laufende Untersuchungen der Ölmärkte) hätte das Energiebewußtsein der Mitgliedstaaten wahrscheinlich weniger zugenommen. Der Ölpreisverfall war allerdings in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Wirtschaftswachstum der OECD-Zone zum Erliegen kam. Obwohl es sich inzwischen wieder belebt hat, ist für absehbare Zeit wohl nicht mit einer neuen Ölkrise zu rechnen. Ist damit die IEA überflüssig geworden? Es versteht sich von selbst, daß man diese Frage in ihrem Sekretariat vor allem unter Hinweis darauf zurückweist, daß eine Zusammenarbeit auf dem Energiesektor für ein „Wachstum ohne Unterbrechung“ weithin sehr notwendig wäre. Auch sei das Risiko einer plötzlichen Überknappung aus politischen und militärischen Gründen nicht auszuschließen. Schließlich werde ab Anfang der neunziger Jahre das Nordseeöl knapper werden. Mit solchen Warnungen vermag die IEA allerdings ihre Existenzberechtigung nur unzureichend zu begründen. Doch besteht - wie die IEA argumentiert - tatsächlich die Gefahr, daß

die Verbraucher mit Ölprodukten weniger sparsam umgehen. Um das zu verhindern, wollen einzelne IEA-Staaten die Ölsteuern erhöhen. Dabei geht es aber in erster Linie darum, die Staatskassen zu füllen und die Haushaltsdefizite zu vermindern. Obwohl solche Initiativen den IEA-Zielen entsprechen müßten, steht ihnen die deutsche Exekutivdirektorin Helga Steeg betont neutral gegenüber - allerdings nur insoweit, wie es sich nicht um die jetzt viel diskutierten Ölimportsteuern oder -zölle, sondern um interne Verbrauchersteuern auf Ölprodukte handelt. Diese sind tatsächlich eine Angelegenheit der einzelnen Regierungen, die in ihrer nationalen Fiskalpolitik frei sind. Im übrigen werden diese Steuern von Land zu Land in sehr unterschiedlicher Höhe erhoben. Auch wenn Präsident Reagan der Einführung einer Ölimportsteuer inzwischen weniger positiv gegenüberzustehen scheint als zu nächst angenommen wurde, bleibt die Gefahr, daß die der Kongreß beschließt, weiter bestehen. Dies könnte zu einer bedenklichen Kettenreaktion in Westeuropa führen. Ob sich die IEA dem zu widersetzen verstünde, ist die Frage. Frau Steeg ist hier im wesentlichen auf ihre antiprotektionistischen Überredungskünste angewiesen. Dabei müßte eine teilweise steuerliche Abschöpfung des Baisse-Bonus der IEA eigentlich recht sein. Denn ihr Augenmerk ist vor allem darauf gerichtet, daß der Ölverbrauch nicht wieder zu stark steigt. Andererseits ist aber zu bedenken, daß niedrigere Ölpreise die Konjunktur stimulieren und den Kampf gegen die Inflation unterstützen. Eine etwas flexiblere Haltung der IEA zum Ölpreis ist deshalb durchaus zu begrüßen. Denn mit ständigen Krisenszenarien, wie sie die Agentur lange Jahre verbreitete, ist heute niemandem mehr gedient. Ob es ihr in der derzeitigen Ölmarktsituation darüber hinaus gelingt, mit der Opec wegen einer dauerhaften Stabilisierung der Ölpreise ins Gespräch zu kommen, ist dagegen leider zu bezweifeln. Denn die Ölproduzentenstaaten der IEA verfolgen eine völlig andere Politik als die Opec-Länder, die mit künstlichen Produktionsbeschränkungen die Preise wieder in die Höhe treiben wollen. So muß die in der Ölkrise als „Anti-Opec“ gegründete IEA ihre Bewährungsprobe im Zeichen der Ölverschwendung erst noch bestehen.

## HANDWERK / Die konjunkturellen Perspektiven lassen nichts zu wünschen übrig

### Bangemann lehnt steuerstundende Investitionsrücklage entschieden ab

DANKWARD SEITZ, München Die konjunkturellen Daten in der Bundesrepublik und vor allem auch die Perspektiven lassen nichts zu wünschen übrig. „Die Richtung stimmt wieder, auch wenn es hier und da noch an Schubkraft fehlt.“ Auf diese kurze Formel brachte Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZdH), die gegenwärtige Lage des zweitgrößten Wirtschaftsbereichs. Und so wurde denn die Eröffnungsveranstaltung der 38. Internationalen Handwerksmesse in München fast ausschließlich von steuer- und arbeitsmarktpolitischen Themen beherrscht. Einhellig wurden Beschäftigungsprogramme zum Abbau der Arbeitslosigkeit abgelehnt. „Wir brauchen eine Politik“, so Wirtschaftsminister Martin Bangemann, der die Handwerksmesse (8. bis 16. März) eröffnete, „die weiterhin Wirtschaftswachstum bringt“. Denn nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze könne die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden. So sei auch der in der Öffentlichkeit noch weit verbreitete Eindruck falsch, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt ständig verschlechtere. Vielmehr habe die Arbeitslosigkeit saisonbedingt seit dem Frühjahr 1983 nicht mehr zugenommen, und die Zahl der Kurzarbeiter sei seit Ende 1982 um eine Million zurückgegangen. Ein „erstes Anzeichen der Besserung“ sei auch der steigende Bestand an offenen Stellen. Mit großem Beifall war das zuvor der Vorschlag des ZdH-Präsidenten aufgenommen worden, die Bundesanstalt für Arbeit sollte dazu übergehen, neben den neuesten monatlichen Arbeitslosenzahlen „in gleicher Breite und Intensität auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen der Öffentlichkeit vorzustellen“. Eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schrieb man auch den Tarifpartnern zu. Nach Bangemann tragen sie einen großen Teil der Verantwortung, daß mit „moderaten Lohnabschlüssen wie in den letzten Jahren die Beschäftigungschancen noch weiter nachhaltig erhöht“ werden können. Neue Arbeitsplätze entstehen nur dann, so Schnitker, „wenn jemand da ist, der sie braucht und wenn jemand da ist, der sie bezahlen kann“. In diesem Zusammenhang sprach sich Bangemann auch dafür aus, die Frage von Tarifstufungsklauseln zu erörtern. Wenn Arbeitssuchende zu vereinbarten Tarifen keine Arbeit fänden, dürfe eine solche Klausel „nicht ungeprüft auf den Index“ gesetzt werden. Für mehr Überstunden, aber gegen Zeitverträge zu sein, empfand er als „Heuchelei“. Und wenn man dann noch die Struktur der Arbeitslosigkeit untersucht, wird man nach Ansicht von Schnitker sehen, daß „die Statistik zwar 2,5 Millionen statistische Arbeitslose ausweist, daß wir jedoch wohl kaum 2,5 Millionen arbeitssuchende Arbeitslose haben“. Geradezu Hoffnungen machte Bangemann dem Handwerkspräsidenten auf eine kosteneutralere Steuerpolitik. So werde man alles daran setzen, den Grundfreibetrag aufzustocken, den Spitzensteuersatz sowie die Körperschaftsteuer zu senken und auch die Gewerbesteuer abzuschaffen. Eine klare Absage erteilte er allerdings der immer wieder erhobenen Forderung Schnitkers nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage. Denn dies wäre eine spezielle Vergünstigung, „aber gerade solche sollen wir abbauen“. Und genauso wenig könne es eine wettbewerbspolitische Sonderbehandlung für den Mittelstand geben. In seiner Rede hatte Schnitker die Bundesregierung aufgefordert, entscheidende Schritte zur Kostenentlastung und einer drastischen Senkung der Staatsquote einzuleiten. So stehe eine grundlegende Steuerreform noch aus, samt Subventionsabbau und einem neuen Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern. „Permanente Ungerechtigkeit“ für die Betriebe gebe es bei: Rentenfürsorge, Arbeitsrecht, Jahresurlaub, Arbeitsplatzgarantien und auch bei der Lohnfortzahlung. Geringere Kosten und mehr Beweglichkeit seien für das Handwerk wichtiger als ein „Naturschutzpark“. Das habe die Bundesregierung oft trotz anderslautender Aussagen oft nicht beachtet.

## US-AKTIENMÄRKTE

### Konzertierte Zinsaktion löst keinen Jubel aus

H. A. SIEBERT, Washington Die Vereinigten Staaten sind den Notenbanken in Frankfurt, Den Haag, Paris und Tokio prompt gefolgt. Am Freitag senkte das Federal Reserve Board einstimmig den Diskontsatz um 0,5 auf sieben Prozent. Amerikas Großbanken reagierten mit einer Herabsetzung der Prime Rate, des eigentlichen Leitzinses, um 0,5 auf neun Prozent. Dies ist in beiden Fällen das niedrigste Niveau seit dem dritten Quartal 1978, bevor diese wichtigen Geldpreise auf 14 und 21,5 Prozent schossen. Weil vorweggenommen, war das Echo der US-Aktienmärkte gedämpfter als erwartet. Der Dow-Jones-Industrie-Index erhöhte sich am Freitag nur um 3,23 und fiel im Wochenverlauf um 9,23 auf 1699,63 Punkte. Als schwerer zu überspringende Hürde erwies sich plötzlich die 1700-Markke, nachdem das jüngste Hoch - 1713,99 Punkte am 27. Februar - nicht zu halten war. Das deutet auf eine begonnene Konsolidierung hin, die jedoch in dieser Phase von kurzer Dauer sein wird. Über die Woche besser abgeschnitten haben der umfassende Nyse-Index und der Standard & Poor's 500, die lediglich 0,36 und 1,35 Punkte verloren und am Freitag um 0,23 auf 130,38 bzw. 0,44 auf 255,57 Punkte stiegen. Deutlich bevorzugt werden zur Zeit Standard- und zweitklassige Werte, was der strammere Vormarsch der American Stock Exchange und über den Schalter unterstreicht. Zu erkennen ist andererseits, daß Paul Volcker's Stern am Verlassen ist. Den Ton gibt in Washington immer stärker Finanzminister James Baker an, der einen noch schwächeren Dollar und noch billigeres Geld wünscht, wenn es mit den volkswirtschaftlichen Grunddaten zu vereinbaren ist. In jedem Fall hat das Board das erreichte Zinsniveau abgesegnet. Freitag fielen die Renditen nur geringfügig bei 30jährigen Treasury Bonds von 8,20 (Vorjahr: 11,70) auf 8,16, bei dreimonatigen Bills von 6,69 (8,59) auf 6,61 Prozent. Abwartend beurteilt die Wall Street die im Februar sprunghaft von 6,7 auf 7,3 Prozent gestiegene US-Arbeitslosenrate. Sie ist zweifellos durch Unweterschäden und die Ölkrise in Texas erheblich verzerrt. Nicht wégdiskutieren lassen sich jedoch neue Jobverluste im verarbeitenden Gewerbe.

## AUF EIN WORT



„Kohle-Vorrang ist nur dann realisierbar und in Zukunft entwicklungs-fähig, wenn dem Markt saubere Kohle zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet: Ökologie und Ökonomie müssen auf der Absatzseite der Kohlewirtschaft stimmen. Diskrepanzen führen zwangsläufig zu dauerhaften Absatzverlusten.“

Wolfgang Volmer, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Nordrhein-Westfalen. FOTO: DIE WELT

## Erste öffentliche Video-Konferenz

Die erste öffentliche interkontinentale Video-Konferenz wird am kommenden Mittwoch anlässlich der Eröffnung der „CeBIT '86“ in Hannover geschaltet werden. Bundespostminister Schwarz-Schilling wird bei dieser Premiere ein Video-Konferenzgespräch mit New York führen. Ebenfalls für Mittwoch ist die Eröffnung des Teletex-Dienstes mit Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz vorgesehen. Die Bundespost beteiligt sich mit drei Sonderschauen an der Messe: Text- und Datenkommunikation, Post und Büro und mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Anwendung.

## SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

### Energiesteuer auf Strom, Öl und Erdgas vorgeschlagen

HH, Bonn Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Roth, hat sich mit dem Vorschlag, auch Strom mit einer Energiesteuer zu belasten, gegen seinen Fraktionskollegen Uwe Jens durchsetzen können, der mit Blick auf die hohen Umweltschutzinvestitionen sowie den bereits erhobenen Kohlepfennig dagegen plädiert hatte. Die SPD-Fraktion hatte im letzten Herbst ihren Antrag auf Schaffung des Sondervermögens ohne Finanzierungsvorschlag gestellt. Dieser soll am kommenden Mittwoch im Wirtschaftsausschuß nachgereicht werden. Private und öffentliche Unternehmen, Gemeinden und Gemeindeverbände, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie kommunale Wirtschaftsunternehmen sollen zinsgünstige Kredite für Umweltschutzinvestitionen und verdorene Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen von herausragender Bedeutung erhalten. Daraus errechnet die SPD zusätzliche Einnahmen (auf der Basis des derzeitigen Verbrauchs) von rund 890 Millionen Mark für Strom, 1,13 Milliarden Mark für Benzin und Dieselöl, eine Milliarde Mark für leichtes Heizöl, 300 Millionen Mark für schweres Heizöl und 1,38 Milliarden Mark für Erdgas.

## WOHNUNGSBAU

### Schneider: Fertigstellungen jetzt auf normalem Niveau

AG, Bonn Die Fertigstellungen von Neubauwohnungen sind im vergangenen Jahr auf 312 000 Einheiten zurückgefallen. Wie das Bundesbauministerium mitteilt, entspricht das gegenüber dem Volumen von 1984, als noch insgesamt rund 400 000 Wohnungen gebaut worden waren, einem Rückgang um 21,7 Prozent. Bei den Fertigstellungen in Mehrfamilienhäusern fiel der Rückgang mit 30,1 Prozent besonders hoch aus. Im Eigenheimbereich dagegen sind nur 10,5 Prozent weniger Wohnungen gebaut worden als im Vorjahr. Hier rechnet Bundesbauminister Oscar Schneider auch in den kommenden Jahren mit einer „relativ stabilen Entwicklung“. Für Schneider ist der rückläufige Wohnungsbau keineswegs beunruhigend, sondern nach Jahrzehnten des Nachtrageüberhangs und der Baurekord eher normal. Der Wohnungsmarkt zeige heute „alle Anzeichen der Entspannung“. Das jetzt erreichte Neubausniveau von rund 300 000 Einheiten entspreche etwa dem mittelfristig zu erwartenden Bedarf. Haus- und Grundbesitzerpräsident Paul dagegen hält diese Zahl für um ein Drittel zu hoch gegriffen. Im übrigen stimmt der Minister mit der in diesen Tagen in einem WELT-Gespräch von Bauindustrie-Präsident Herion geäußerten Einschätzung überein, daß die Branche ihren konjunkturellen Tiefpunkt überwunden habe. Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung strahle positiv auch auf den Baubereich aus. Entscheidend dafür sei der relativ hohe Eintragsgang im Wirtschaftsbau und die steigende Tendenz des Auftragsgangs im öffentlichen Bau. Im letzteren Bereich sei mit einem Zuwachs von real drei bis vier Prozent zu rechnen, was seit 1980 zum ersten Male wieder eine positive Entwicklung in diesem Sektor wäre.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Überraschender Wechsel an der BMW-Spitze

München (sz) - Überraschend wird Eberhard von Koerber (47), seit fast 14 Jahren bei BMW AG, München, und seit 1. Juli 1984 Vorstandsmitglied für Verkauf und Marketing, bereits zum 31. März den Automobilkonzern verlassen. Er geht seit langem als Nachfolger für von Kuenheim. Vorübergehend wird BMW-Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim das Vertriebsressort betreuen.

### Streik abgewendet

Detroit (dpa/VWD) - Mit dem Abschluß neuer Tarifverträge haben die Volkswagen of America und die Gewerkschaft United Auto Workers Union gestern einen Streik bei den amerikanischen VW-Werken im letzten Augenblick abgewendet. Die Vereinbarungen über neue Lohnsätze betreffen 3500 VW-Mitarbeiter der Werke in Pennsylvania, West Virginia und Texas.

### Kaffee-Exporte koordiniert

Rio de Janeiro (dpa) - Die größten Kaffeeproduzenten der Welt Brasilien und Kolumbien, haben am Wochenende vereinbart, ihre Kaffee-Exporte in Zukunft abzusprechen. Das Abkommen erlaubt Kolumbien die Ausfuhr von monatlich einer Million Sack Kaffee. Brasilien darf 1,2 Millionen Sack monatlich exportieren. Die brasilianische Erdteebeibau von 40 Prozent aufgrund der Dürre hatte zu steigenden Preisen auf den Rohkaffee-märkten geführt.

### Appell an Ölländer

Brüssel (AP) - Die Öminister der sechs Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) haben am Wochenende an die ölproduzierenden Länder appelliert, einen weiteren Ölpreisverfall zu verhindern. In einer Erklärung ließ es, die Länder des GCC seien dazu bereit, mit allen Ölförderländern innerhalb und außerhalb der Organisation Erdölproduzierender Länder (Opec) zusammenzuarbeiten. Die Beratungen in Saudi-Arabien dienten der Vorbereitung der Opec-Sonderkonferenz am 16. März.

### Messe in Kairo eröffnet

Kairo (dpa) - Am Wochenende ist in Kairo die 19. Internationale Messe,

größte Industrieschau des Nahen Ostens, eröffnet worden. Mehr als 1200 Firmen aus 32 Ländern werden in den nächsten zwei Wochen ihre Produkte ausstellen. Die Bundesrepublik stellt mit knapp 100 Ausstellern eines der größten Kontingente.

### Mehr US-Arbeitslose

Washington (Sbt) - Die US-Arbeitslosigkeit hat sich im Februar um rund 400 000 auf 8,5 Mill. Personen (von 8,7 auf 7,3 Prozent) erhöht. Die Hälfte der Entlassungen entfiel auf die Landwirtschaft, der Rest auf die Bau-, Energie- und verarbeitende Industrie. Eine wichtige Ursache waren schwere Unwetter.

### Begrenzter Zinnhandel

London (tr) - Vertreter der Londoner Metallbörse (LME) haben für Mittwoch eine Wiederaufnahme des Zinnhandels angekündigt. Allerdings sollen nur ausstehende Verträge der LME erfüllt werden. Der reguläre Handel, der am 24. Oktober wegen Zahlungsunfähigkeit des Internationalen Zinnratespraktisch eingestellt wurde, bleibt weiter ausgesetzt.

### „Ölverbrauch steigt“

Paris (J. Sch.) - Die Internationale Energie-Agentur (IEA) erwartet 1986 auf Grund der jüngsten Ölpreissenkung eine leichte Zunahme des Mineralölverbrauchs der OECD-Staaten um ein Prozent. Dabei ist unterstellt, daß sich die Ölpreise im Jahresdurchschnitt auf ihrem Niveau von Ende Februar (18 bis 21 Dollar je Barrel) halten. Noch vor einem Monat hatte die IEA einen gegenüber 1985 unveränderten Verbrauch vorausgesagt, nachdem dieser im letzten Jahr um 1,7 Prozent zurückgegangen war. Während der Ölverbrauch 1986 in Nordamerika um 1,7 Prozent und in Westeuropa um 0,9 Prozent zuzunehmen versprochen, werde er in der Pazifikzone um 2,0 Prozent schrumpfen.

### Wochenausweis

	28.2.	23.2.	31.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,7	67,9	68,4
Kredite an Banken	98,2	88,9	100,2
Wertpapiere	4,0	4,0	4,1
Bargeldumlauf	112,1	109,5	112,1
Biln. v. Banken	55,8	40,0	112,1
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,1	7,0	1,9

Mit TWA nach & durch die USA.

# TWA fliegt weiter.

Auch wenn wir gerade in einer Phase der betrieblichen Neuorganisation sind: TWA hält ihre Flugverbindungen nach Amerika an jeden Fall weiter aufrecht. Und zwar - wie immer - mit Anschluß an über 60 Städte der USA. Worauf Sie sich verlassen können. Wenn Sie hierzu Fragen haben, TWA gibt klipp und klar Auskunft.

TWA Frankfurt 069/77 06 01, Hamburg 040/37 24 91, Düsseldorf 0211/8 48 18, Stuttgart 0711/6105 81, München 089/59 76 43.

Der bequeme Weg nach USA

MADRIDER BÖRSE / EG-Beitritt schürt Anleger-Fieber

Trotz Hausse gute Chancen

ROLF GÖRTZ, Madrid
Die Madrider Börse, jahrelang der Geheimtip vieler Börsianer im internationalen Wertpapierhandel, läuft Gefahr, sich zu übernehmen. Sieben Tage kletterten Kurse und Umsatzzahlen in bisher nicht gekanntem Maß.

Am Montag vergangener Woche erreichte der Tagesumsatz nach einigen hektischen Tagen zuvor seinen absoluten Rekord mit einem Umsatz von 8,44 Mrd. Pesetas. Trotz ihres guten Verdienstes äußerten sich Banker besorgt.

Die Kurssteigerungen betragen während der Hausse täglich zwischen drei und sechs Prozentpunkte. Seit Jahresbeginn erhöhte sich das Kursniveau um 35 Prozent. Viele Aktien konnten sich verdoppeln. Ausgelöst

wurde die Hausse zum einen durch den EG-Beitritt zum 1. Januar. Zum anderen spielen der Rückgang des Dollarkurses und der Preisverfall auf dem Ölmarkt eine Rolle.

Auch die spanische Wirtschaftsentwicklung zeigt positive Ansatzpunkte. Die Einführung der Mehrwertsteuer hat schwächere Folgen, als zunächst befürchtet. Das für Neuanlagen günstige Klima muß sich jedoch auf dem spanischen Markt doppelt auswirken.

In Spanien müssen Pensionsfonds erst noch geschaffen werden. Abgesehen davon sind die an der Madrider Börse quotierten Aktiengesellschaften in den letzten Jahren im Zuge von Fusionen und Konsolidierungen von 347 zurückgegangen.

GROSSBRITANNIEN / Gebührenfreie Haben-Konten brachten Midland neue Kunden

Rekordgewinne bei den Großbanken

WILHELM FURLER, London
Die vier großen britischen Geschäftsbanken Barclays, National Westminster, Lloyds und Midland haben kurz vor dem Regierungsbudget Rekord-Abschlüsse vorgelegt.

Den Vogel abgeschossen hat die größte Clearingbank, die Barclays Bank: Ihr Gewinn vor Steuern stieg um 37 Prozent auf 854 (623) Mill. Pfund.

Dieser horrende Verlust konnte von Crocker 1985 in einen Vorsteuergewinn von 34 Mill. Pfund umgewandelt werden. Inzwischen hat sich die Midland Bank entschlossen, ihr unglückliches Crocker-Engagement zu beenden und das kalifornische Institut für 1,08 Mrd. Dollar oder 740 Mill. Pfund an das US-Bankhaus Wells Fargo zu veräußern.

Bank als auch die Lloyds Bank verzeichneten einen Gewinnanstieg vor Steuern um 20 Prozent; National Westminster von 671 auf 804 Mill. Pfund und Lloyds von 468 auf 561 Mill. Pfund.

Erstmals haben die Großbanken wieder ihren Wertberichtigungsbedarf zurückschrauben können. Barclays gibt ihre Wertberichtigungen auf unesbringliche und zweifelhafte Forderungen mit 416 gegenüber 469 Mill. Pfund an.

Der Wertberichtigungsbedarf bei der Midland Bank ist noch eine Folge des Crocker-Desasters, als 1984 wegen der extrem hohen Rückstellungen für das amerikanische Institut (die Forderungsausfälle und zweifel-

haften Forderungen bei Crocker vervierfachten sich beinahe von 120 auf 456 Mill. Pfund) wenig Spielraum für genügend inländische Wertberichtigungen blieb.

Auffallend ist der starke Vorsteuergewinnanstieg im Inlandsgeschäft: Bei Barclays kletterte er um 70 Prozent auf 592 Mill. Pfund.

Dafür kam es bei ihr zu einem Vorsteuergewinn im Auslandsgeschäft von 43 Mill. Pfund, nachdem noch im Jahr zuvor ein Verlust in Höhe von 146 Mill. Pfund ausgewiesen werden mußte.

Barclays erhöht seine Jahresdividende auf 18,6 (16,33) Pence je Aktie, National Westminster auf 23,2 Pence und Lloyds um 19 Prozent auf 21 Pence je Aktie.

EG / Kommission: Weniger Geld für Energieprojekte

Ehrgeiz bei der Forschung

WILHELM HADLER, Brüssel
Ein ehrgeiziges neues Konzept für die europäische Forschungspolitik hat der deutsche EG-Vizepräsident Karl-Heinz Narjes in Brüssel präsentiert.

Wenn die Gemeinschaft im internationalen Wettbewerb mithalten und nicht in die Rolle eines bloßen Zulieferers gedrängt werden sollte, müsse sie ihre Forschungsanstrengungen verdoppeln, meint Narjes. Er will von den EG-Regierungen für den Zeitraum von 1987 bis 1991 umgerechnet mindestens 22 Mrd. DM verlangen.

Die Gemeinschaftsaktionen und die Eureka-Vorhaben könnten sich ergänzen, zumal Eureka auf marktorientierte Projekte ausgerichtet sei, die Gemeinschaftsforschung hingegen auf vorwettbewerbliche Programme.

Während die zwölf EG-Länder in der Zeit zwischen 1987 und 1991 nach den gegenwärtigen Planungen etwa 430 Mrd. Ecu (rund 930 Mrd. DM) an öffentlichen und privaten Mitteln für Forschung und Entwicklung ausgeben wollten, würden die entsprechen-

den Aufwendungen in den USA auf 1000 Mrd. Ecu und in Japan auf 330 Mrd. Ecu veranschlagt.

Die Kommission verweist vor allem auf die wachsenden Verteidigungsausgaben. Die doppelten Verwendungsmöglichkeiten von Ergebnissen militärischer Forschungsprogramme bedeuten, daß die für diese Programme bereitgestellten Mittel direkte Subventionen für die Industrieunternehmen darstellen, die daran beteiligt wären.

Narjes will den Regierungen vorschlagen, den Anteil von Forschungsprojekten, die auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft gerichtet sind, von bisher 28 Prozent auf 60 Prozent der gesamten Forschungsmittel zu erhöhen.

Abgesehen von den großen Programmen wie Esprit (Informationstechnologien), Esprit (Industrietechnologien) und Race (Kommunikationstechnologien) hat die EG in den letzten Jahren erfolgreich weitere Vorhaben in die Wege geleitet, darunter im Bereich der Biotechnologie, der medizinischen Forschung und im Gesundheitswesen.

WELTBANK / Millionen Menschen nicht arbeitsfähig

Harter Kampf gegen Hunger

St. Washington
Je nachdem, wo man die Meßlatte anlegt, leben 340 bis 730 Mill. Menschen auf unserer Erde, die ständig hungern müssen. Die täglich verfügbaren Kalorien machen weniger als 80 Prozent des von der Weltgesundheitsorganisation angegebenen Mindestbedarfs aus.

Der zweiten, größeren Gruppe geht es insofern etwas besser, als der empfohlene Kalorienbedarf fast zu 90 Prozent gedeckt wird. Aber das ist für aktive Arbeit nicht genug.

lar beträgt 19 Prozent oder 140 Mill. leben in Ländern mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 400 Dollar und mehr.

In einer Studie mit dem Titel "Armut und Hunger" weist die Weltbank darauf hin, daß es nicht das Malthusische Gesetz (die Bevölkerung wächst tendenziell schneller als der Bodenertrag) ist, das uns diese menschliche Tragödie beschert. Schließlich ist weltweit in den vergangenen 40 Jahren die Nahrungsmittelproduktion schneller gewachsen als die Bevölkerung.

UDSSR / Löhne werden sich an der Leistung orientieren

Neue Techniken im Blick

AP, Frankfurt
Der Moskauer Parteitag ist zu Ende. Die 4993 Delegierten der KPdSU sind in ihre Heimorte oder an ihre Arbeitsplätze in der Hauptstadt zurückgekehrt, mit dem Gefühl, die "Wende" von Generalsekretär Michail Gorbatschow miterlebt zu haben.

Die immer wiederkehrenden Schlagworte des Parteichefs und des Regierungschefs lauteten: Disziplin und Technologie. Der Regierungschef deutete an, daß die Sowjetunion die technologische Zusammenarbeit mit anderen Industriestaaten anstrebe.

Kernstück des Wirtschaftsprogramms bleibt die Verdoppelung der Industrieproduktion, die vor allem durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden soll.

Industrieproduktion, die vor allem durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden soll. Bereits bis 1990, also zum Ende des 12. Fünfjahresplans, der ebenfalls auf dem Parteitag verabschiedet wurde, soll sich die Zahl der Industrieroboter verdreifachen.

Kritiker weisen allerdings schon jetzt darauf hin, daß bei zunehmender Automatisierung vom Ideal der Vollbeschäftigung Abschied genommen werden müsse.

Herbe Kritik übte Ryschkow auch an Maschinen und Geräten "made in USSR". Oft entspräche ihre Qualität in keiner Weise den Bedürfnissen der Volkswirtschaft.

RENTENMARKT / Bundesanleihe untergebracht

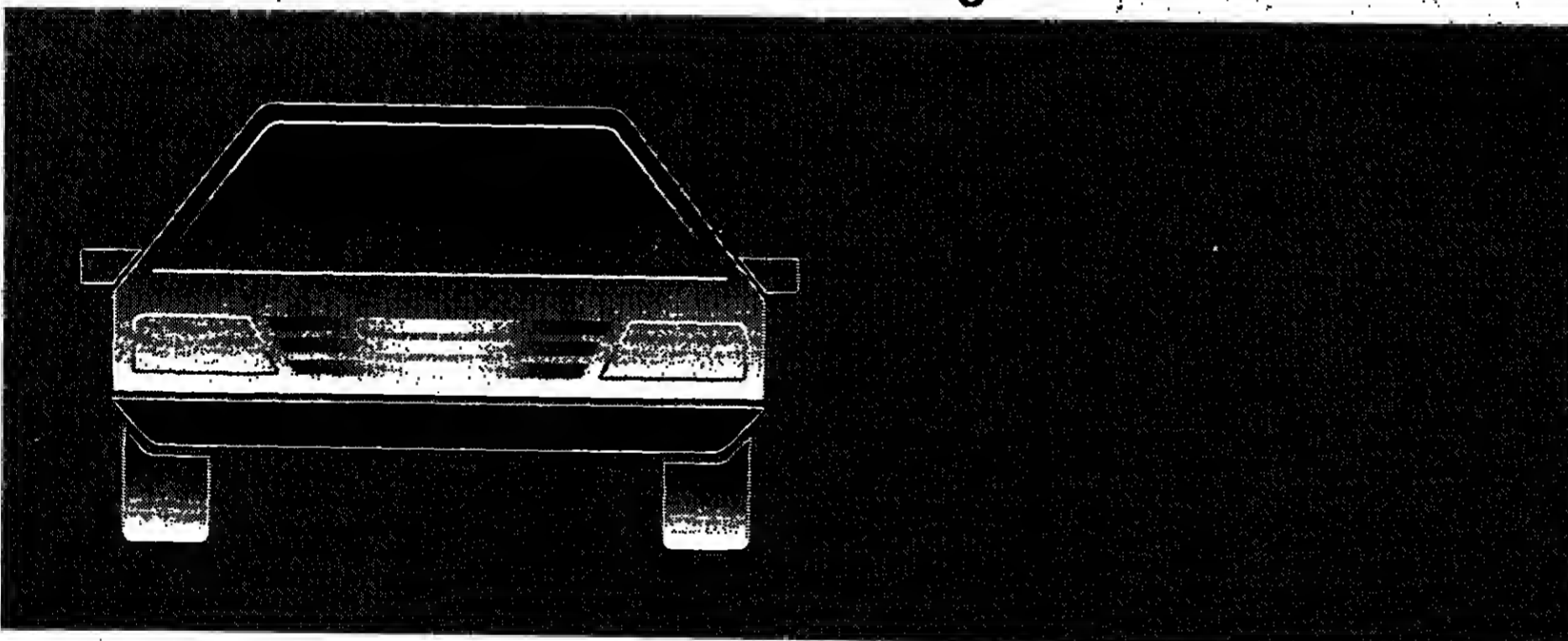
Die gute Stimmung hält an

Am Rentenmarkt hielt sich die gute Stimmung der letzten Tage, sowohl vor als auch nach der Senkung des Diskontsatzes. Reaktionen blieben aus, da der Schritt der Frankfurter Währungshüter nicht überrascht hatte.

chen Tendenzen wurde von den Anlegern insbesondere der langfristige Bereich bevorzugt. Das verdeutlicht die weitverbreitete Erwartung auf weiter sinkende Zinsen.

Table with columns: Emissionen, 7.3, 28.2, 30.12, 28.12, 30.12, 88, 88, 88, 88, 88. Rows include: Anleihen von Bund, Bahn und Post; Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände; Schuldverschreibungen von Sonderinstitutionen; Schuldverschreibungen der Industrie; Kredittasche u. Körperschaften; DM-Auslandsanleihen.

Natürlich empfehlen wir Leasing.



Wenn es für Sie die beste Lösung ist.

Ein Auto-Leasing-Vertrag mit der GEFA hat für Sie als Unternehmer eine ganze Reihe von Vorteilen. Zuerst: Sie binden Ihre Liquidität nicht im Fuhrpark und haben deshalb finanziellen Spielraum für andere Projekte.

Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg

GEFA logo and text: ...finanziert Absatz und Investition

Montag, 10. März 1986 - Nr. 58 - DIE WELT WELT DER WIRTSCHAFT 13

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Axel Springer Verlag AG, Marketing Anzeigen: Milchprodukte - Informationen für die Werbeplanung, Berlin 1985, 62 Seiten, 75 Mark.

Mit einem Umsatzvolumen von mehr als 30 Mrd. DM ist die Milchwirtschaft die umsatzstärkste Sparte der deutschen Ernährungsindustrie. Die vorliegende Analyse informiert über Angebot und Nachfrage, wobei der Außenhandel zu Recht einen breiten Raum einnimmt. Die Werbung in den klassischen Medien erreichte 1984 mit über 150 Mrd. DM einen neuen Höchststand. Marketing ist für die Branche kein Fremdwort mehr. Die Schrift nennt Promotoren, Medienanteile und gibt Firmeninformationen - hilfreiche Tipps für einen wachsenden Markt.

Heinrich Weller: Die besonderen Wahlmöglichkeiten nach der Neuregelung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums. Weka Verlag, Kistang 1985 187 S., 49,90 Mark.

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums sieht ab 1987 eine vollständige Neuorientierung der Besteuerung in allen Fällen selbstgenutzter Wohnungen vor. Ob es sich dabei um Eigentumswohnungen oder um Wohnungen in Einzel- oder Mehrfamilienhäusern handelt, ist gleichgültig. Das vorliegende Fachbuch erläutert die besonderen Wahlmöglichkeiten der Besteuerung, die nach der gesetzlichen Neuregelung möglich sind, und gibt Hinweise, welche Kriterien für die Wahl der Besteuerung entscheidend sind.

Ignaz-Seidl-Hohenevelde (Hrsg.): Lexikon des Völkerrechts, Luchterhand Verlag, Neuwied 1985, 490 S., 98 Mark.

Durch die drängenden Probleme unserer Zeit stellen sich in der völkerrechtlichen Diskussion immer neue Themen- und Regelungskomplexe.

NEUE HEIMAT / WELT-Umfrage in den Plänen des gewerkschaftseigenen Konzerns

„Politische Lösung“ weiter erhofft

Die prekäre Lage der gewerkschaftseigenen Neue Heimat, Hamburg, setzt in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung neue Maßstäbe in der gesellschafts- und wohnungspolitischen Dimension: Rund eine Million Menschen wohnen in Bauten dieses größten europäischen Wohnungsbaukonzerns, in dessen Kassen etwa zwei Milliarden Mark an öffentlichen Mitteln geflossen sind.

Die Bundesregierung hat in ihrer bisherigen Haltung deutlich gemacht, daß die Verantwortung der Eigentümer, das ist die Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften, übernommen werden muß. Erst wenn ein überzeugendes Sanierungskonzept vorliegt, würde sich die Bundesregierung einer Erörterung, ob im Interesse der Mieter dieses Konzept noch durch begleitende Entscheidungen der öffentlichen Hände flankiert wird, nicht verschließen.

Allerdings sieht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so aus, als ob die Neue Heimat und ihre überregionalen Gesellschaften große Anstrengungen für ein „unternehmerisches Sanierungskonzept“ machen. Auch die Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt hält sich bedeckt. Offensichtlich setzen alle Beteiligten, das zeigte sich bei einer WELT-Umfrage, auf die „politische Lösung“, in dem sich die öffentliche Hand für die Übernahme der Wohnungen bereit erklärt.

Gespräche mit dem Land

So wird von der Neuen Heimat Nord, die für den Stadtteil Hamburg und das Land Schleswig-Holstein zuständig ist, nicht bestritten, gegenwärtig Gespräche mit den Landesregierungen und den Kommunen zu führen. Es geht um einen Bestand von 27 000 Wohnungen in Hamburg und von 21 000 Wohnungen in Schleswig-Holstein. Der mit absoluter SPD-Mehrheit regierte Stadtstaat Hamburg will allerdings abwarten, ob eine bundesweite Lösung zur Rettung des Unternehmens zustande kommt. Die Kieler Landesregierung hat bislang keine Hinweise gegeben, ob sie zu einer Übernahme von Wohnungen der Neuen Heimat bereit ist.

INVESTMENTFONDS / Wechselkurse beeinflussen stärker

Internationale Anlagepolitik

HARALD POSNY, Düsseldorf Die Schwankungen der Wechselkurse beeinflussen stärker als früher die Kursentwicklung an den Aktien- und Rentenmärkten. Daß vor allem professionelle, internationale ausgerichtete Investoren die Anlagedispositionen vornehmen, führt zu einer engeren Verzahnung der Kapital- und Devisenmärkte. Das zeigt die Entwicklung einiger Investmentfonds. Die Aussichten für den Aktienmarkt 1986 sind weiter positiv. Erhebliche Beträge aus dem Ausland sind jedoch nicht als Daueranlage anzusehen. Daher ist Flexibilität notwendig.

Der von der Rheinischen Kapitalanlage GmbH, Köln, verwalteten „Colonia Rentenfonds RK“ erwies sich die Konzentration auf DM-Rentwerte als vorteilhaft, die auf Auslandsanlagen weniger. Der Bestand an Dollar-Anleihen wurde auf zuletzt 15 Prozent zurückgeführt. Das Fondsvermögen stieg um 45 auf 185 Mill. DM. Der Wertzuwachs betrug 8,2 Prozent; ausgeschüttet wurden 3,55 DM pro Anteil.

Auch der Gerling Dynamik Fonds nahm mit einem Zuwachs von 324 Prozent in den letzten 15 Jahren einen Spitzenplatz unter den internationalen anlegenden deutschen Aktienfonds ein. 1985 stieg der Anteilwert bei Wiederaufbau der Ausschüttung von 2,75 DM (einschließlich 0,30 DM Steuergutschrift) um 41,7 Prozent. Der Fondsdurchschnitt brachte es nur auf 26,1 Prozent. Trotz eines Nettomittelrückflusses von 1,6 Mill. DM erhöhte sich das Fondsvermögen um gut 25 Prozent auf fast 30 Mill. DM. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurde mit 65 Mill. DM bei Gerling Rendite für mehr als die Hälfte des gesamten Vorjahreszuflusses neu abgesetzt. Die gute Wertentwicklung bei Gerling Rendite beruht auf der frühzeitigen Verstärkung der Aktienpositionen von 78 auf 85 Prozent des Fondsvermögens.

Wirtschaftswissen kann man abonnieren. Bitte: [Scissors icon]

Formular für den Abonnementantrag bei DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

BADENWERK / Strompreise sollen stabil bleiben

Die Dividende wird erhöht

Stuttgart 1985 teilte das Badenwerk außerdem mit, daß sich die gesamte nutzbare Abgabe (Stamm- und Verbundabgabe) um 7,6 (1984: 1,7) Prozent auf 16,79 Milliarden kWh erhöht habe. Hier wirkten sich die um fast 45 Prozent gestiegenen Verbundlieferungen stark aus. Die eigentliche Stammabgabe erhöhte sich um bescheidene 1,7 Prozent auf 13,69 Mrd. kWh, wobei sich die Zuwachsrate bei den Tarifkunden auf 3,3 Prozent belief. Die Umsatzerlöse stiegen auch wegen der Restauswirkungen der letzten Strompreiserhöhung von Mitte 1984 um 6,6 Prozent auf 2,6 Mrd. DM.

Günstig beeinflusst wurde die Kostenlage vom hohen Anteil der Kernenergie (über 65 Prozent) an der Strombereitstellung. Die gesamten Investitionen blieben mit 220 Mill. DM in etwa im Vorjahresniveau. Im Hinblick auf das geplante Kernkraftwerk Wylh und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, das die Klagen gegen die erste Teilerrichtungs genehmigung abgewiesen hat, führt das Badenwerk aus, es könne mit dem Urteilsspruch leben. Die Entscheidung über den Baubeginn stehe nicht unter Zeitdruck.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, Tokio and various stock symbols and prices.

NAMEN

Prof. Dr. Norbert Klotten, Präsident der Landeszentralbank (LZB) in Baden-Württemberg, vollendet am 12. März 1986 das 60. Lebensjahr. Hermann Reschke, Mitinhaber des Bankhauses B. Metzler & Co., Frankfurt, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bankenverbandes Hessen e. V., Frankfurt, bestellt. Er ist Nachfolger von Dr. Hugo Graf von Waldersdorf, Direktor der Hauptfiliale Frankfurt der Deutsche Bank AG, der wie auch Wolfgang Strutz zum Stellvertreter berufen wurde. Prof. Dr. Norbert Sappyski (54), Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD), Bonn, wird zum 1. Mai Vorsitzender der Geschäftsführung der Mannesmann Kienzle GmbH, Villingen-Schwenningen. Dr. Gerhard Schröder, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Hamburgischen Anstalt für Neue Medien gewählt. Gleichzeitig ist er als stellvertretender Vorsitzender aus dem NDR-Rundfunk ausgeschieden. Hans Neufang, Direktor der Philips GmbH und Leiter des Unternehmensbereichs Hausgeräte, wird am 9. März 65 Jahre.

PHILIPS advertisement featuring a large image of a person and the headline 'Was wir Ihnen zum Wachstum raten!' with details about Philips Kommunikations Industrie AG.

TENNIS / Westphal blamierte sich, das Doppel enttäuschte - Herber Rückschlag für das deutsche Team in Mexiko

Wilhelm Bungert, Kapitän der deutschen Daviscup-Mannschaft, schickte gestern seine Spieler Boris Becker und Michael Westphal mit einem klassischen Shakespeares-Zitat in die letzten Einzel des Spiels gegen Mexiko: „To be or not to be.“ Sein oder Nichtsein - Bestätigung des Aufschwungs oder Kampf gegen den Abstieg, das war die Frage nach den Niederlagen von Michael Westphal und dem Doppel Becker/Maurer.

Die Zeit des Doppels Boris Becker/Andreas Maurer muß jetzt vorbei sein. Immer mehr stellt sich heraus, daß hier zwei gute Einzelspieler auf ihrer Seite des Feldes ihr eigenes Einzel spielen. Zusammenarbeit gibt es selten, gemeinsames Reden und Händeklatschen kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen. Eine Ursache liegt auch im psychologischen Bereich: Die Vertrauensbasis ist weg, Becker wohl nicht mehr bereit, Maurer durchzuziehen.

Wilhelm Bungert, der Kapitän der deutschen Mannschaft, spricht davon, daß nun „Köpfe rollen“ müßten. Aber auch er steht wieder im Mittelpunkt der Kritik. Michael Westphal wirft ihm vor, keinen Rat wegen seiner vielen Doppelfehler erhalten zu haben. Und auch die andere Schar der Verbands-Offiziellen läßt sich einmal mehr in Rivalität und gegenseitigen Vorwürfen. Auch hier das alte Bild: Zusammenarbeit und Führung findet kaum statt.

Ratlosigkeit nach der Euphorie. „Wir sind vom Thron gestoßen worden“

CLAUS GEISSMAR, Mexico City Im Zimmer Nummer 2940 des Luxushotels „Camino Real“ von Mexico City herrschte Ratlosigkeit. Der Deutsche Tennis-Bund hatte zu einer „blauen Stunde“ gebeten. Drei Präsidiumsmitglieder, Kapitän Wilhelm Bungert, Trainer Niki Pilic und 17 deutsche Journalisten zerbrachen sich den Kopf darüber, wie die Zukunft der deutschen Daviscup-Mannschaft aussehen soll. „Wir sind vom Thron geholt worden“, sagte Wilhelm Bungert. Eine nüchterne Erkenntnis, noch bevor die beiden letzten Einzel gespielt waren und nur zweiwöchige Monate nach dem Finale gegen Schweden und dem Höhepunkt deutscher Tennis-Euphorie.

Doppelfehler. Westphal unterlag schließlich im Gejohle der leidenschaftlich mitgehenden Zuschauer mit 5:7, wurde im zweiten Satz mit 6:0 eingestampft, dann im dritten, entscheidenden Satz endgültig davongejagt. Und was spielten die Zuschauer dabei für eine Rolle? Ein Deutscher klaffte Westphal an: „Eierkopf“. Der Spieler reagierte mit „Dummkopf“. Das ist unfair, zweifellos. Die Mexikaner waren es nicht. So sieht es Boris Becker. „Hier war die Hölle los, aber so müßte es im Daviscup immer sein.“ Die Stahlrohrtribünen erzitterten unter den Rufen „Mexico-Mexiko-Ra-Ra-Ra“. Noch beeindruckender war eine andere Art der Aufregung: Wellenförmig erhoben sich die Zuschauer zwischen den einzelnen Spielen im Stadionrechteck, warfen die Arme in die Luft und hüllten, was die Lungen hergaben. So etwas habe ich noch nie erlebt“, staunte selbst Wilhelm Bungert, der immerhin deutscher Rekordhalter bei den Daviscup-Einsätzen ist.

Und nun das: Boris Becker hatte das erste Einzel standesgemäß in etwa mehr als zwei Stunden mit 6:3, 6:2, 6:4 gegen Leonardo Lavalle, Mexikos Spitzenspieler, gewonnen. Das vorentscheidende 2:0 schien nur noch Formsache zu sein. Doch dann erschien Michael Westphal zu „meinem schlechtesten Daviscup-Spiel, das ich je gemacht habe“. Er unterlag Francisco Maciel, der Nummer 83 der Welttrangliste, mit 5:7, 0:6, 2:6. Am Samstag schloß sich das Versagen im Doppel an. Becker und Andreas Maurer ließen sich 6:3, 1:6, 5:7, 6:3, 4:6 niederkämpfen (siehe untenstehender Bericht).

Kapitän Wilhelm Bungert mußte den Seitenwechsel neben ihm saßen, ins Ohr schreien. So ohrenbetäubend war der Lärm, den die 9000 Zuschauer auf dem Centre Court des „Club Aleman“ in Mexico City machten. Noch niemals vorher hat es in Mexiko eine so große Zuschauerkulisse beim Tennis gegeben. Die deutsche Mannschaft wird die Daviscup-Schlacht von Mexico City daher als einen Kampf gegen einzelne Spieler in Erinnerung behalten, die die gebündelte psychische Kraft von 9000 Menschen in Schmetterbälle und Siegpunkte verwandelten. Boris Becker hat die Stimmung im Stadion noch am wenigsten ausgenutzt. „Bei unseren Spielen gegen die CSSR und gegen Schweden in Frankfurt und München war es ja auch nicht gerade leise. Das gehört dazu.“

Müssen „Köpfe rollen“?

Was also ist in Mexiko passiert? Wurde der deutsche Traum vom Aufstieg zu einer führenden Tennis-Nation nur angekratzt, oder ist er schon geplatzt? War nur das mexikanische Publikum die Ursache des unerwarteten Spielverfalls, oder müssen in jedem Fall beim Deutschen Tennis Bund „Köpfe rollen“? Kapitän Wilhelm Bungert hatte schon vor dem ersten Match vorbeugend den Satz geprägt: „Im Falle einer Niederlage muß irgend jemand den Kopf hinhalten.“ Aber welcher Kopf das sein könnte, blieb bis zum Schluß offen.

Die deutsche Mannschaft wird die Daviscup-Schlacht von Mexico City daher als einen Kampf gegen einzelne Spieler in Erinnerung behalten, die die gebündelte psychische Kraft von 9000 Menschen in Schmetterbälle und Siegpunkte verwandelten. Boris Becker hat die Stimmung im Stadion noch am wenigsten ausgenutzt. „Bei unseren Spielen gegen die CSSR und gegen Schweden in Frankfurt und München war es ja auch nicht gerade leise. Das gehört dazu.“

Pilic wollte Verwarnung

Kapitän Wilhelm Bungert glaubt, daß das Publikum der entscheidende Faktor der unerwarteten mexikanischen Leistungssteigerung war. Auch die bisher erfolgreichsten Nationen der Daviscup-Geschichte, Australien und die USA, sind in der Vergangenheit bereits diesem Publikum zum Opfer gefallen. Trainer Niki Pilic meint sogar, der Schiedsrichter hätte wegen des tobenden Publikums im fünften Satz des Doppels eine Warnung gegen die mexikanische Mannschaft aussprechen müssen. Eine solche Warnung oder einen anschließenden Punktabzug, der die Spieler für das Verhalten des Publikums bestrafe, sehen die Regeln ausdrücklich vor.

Dabei stand Bungert selbst wieder in der Kritik. Westphal machte 15 Doppelfehler. Er sagte zwar, „Ich habe das Spiel verloren. Eine Entschuldigung wanders zu suchen, wäre billig und ungläubig.“ Doch danach zielt es schon wieder in Richtung Bungert: „Es hätte mir einer sagen müssen, ob ich den Ball beim Aufschlag zu weit nach rechts oder zu weit nach links werfe. Das hätte von außen kommen müssen.“ Also vom Kapitän. Günter Bosch, Beckers Trainer und erstmals offizieller Berater im Team, schlug in die gleiche Kerbe: „Michael hat den Ball viel zu weit nach hinten geworfen, das hätte man ihm sagen müssen.“ Bei Bungert selbst hat sich eine verständliche Trotzhaltung entwickelt. „Ich bin mir keiner Schuld beim coachen bewußt. Und je mehr mir unterschoben wird, desto weniger Lust habe ich zurückzugeben.“

„Wir hatten nach den Einzel mit einem 6:2 gerechnet, jetzt führen wir plötzlich 2:1 und werden mit unseren Zuschauern im Rücken auch 3:2 gewinnen“, sagte Mexikos Kapitän Raul Ramirez nach dem Doppel und vor den letzten beiden Einzel am Sonntagabend (Ergebnisse standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Deutschland, Finalist 1985, ein Kandidat für den Abstieg aus der A-Gruppe?

Dabei begann Westphal überlegen, und sein Gegner Maciel wurde zu nächst geradezu zum Tennis-Hilfsschüler degradiert. Er schien vorher nur selten einen Schläger in der Hand gehabt zu haben. 4:1 führte Westphal und noch 5:3, dann kam der Satzball, und er vergab die Chance mit einem



Das Netz trennt süberberlich Freud und Leid: Lavalle, Perez Pascol, Kapitän Ramirez (rechts), Maurer und Beckers Abgang (links). FOTO: DPA

Schweden und die CSSR bereits im Viertelfinale

Nächster Daviscup-Gegner der deutschen Tennisleute wird entweder Ecuador oder die USA sein. Bei einer Niederlage gegen Mexiko wird Deutschland gegen den Verlierer der Begegnung Ecuador - USA (gestern 1:2) spielen, und zwar gegen den Sieger. Gewinn Deutschland, trifft man im Viertelfinale auf den Sieger dieser Begegnung.

Vier der acht Teilnehmer am Viertelfinale standen übrigens bereits gestern nachmittag fest: Schweden, England, die CSSR und Australien. Der Titelverteidiger aus Skandinavien kam in Kopenhagen gegen Dänemark ohne Satzverlust zu einer 3:1-Führung. Auch die Engländer hatten in Telford gegen Spanien schon am Samstag nach dem Doppel einen uneinholbaren 3:0-Vorsprung. Die Tschechoslowakei siegte ohne ihren Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl in Kalkutta gegen Indien mit 4:1, während Australien sich in Auckland (Neuseeland) gegen den Nachbarn vom Fünften Kontinent noch vor dem Schluß-Einzel einen 3:1-Vorsprung sicherte.

Schweden trat gegen die international unerfahrenen Dänen mit seinen besten Spielern an und feierte durch Wilander, Nyström und das Doppel Wilander/Nyström glatte Drei-Satz-Erfolge. Im Viertelfinale, das weltweit vom 18. bis 20. Juli entschieden wird, trifft Schweden wahrscheinlich auf Italien.

Das englische Team mit dem erfahrenen John Lloyd und dem talentierten Nachwuchsspieler Jeremy Bates setzte sich gegen das spanische Duo Casal/Sanchez erstaunlich leicht durch. In der nächsten Runde kommt es dann zum Vergleich gegen Australien, dessen Einzelspieler McNamee gegen Neuseeland gleich zweimal gewann.

Nie mehr Becker/Maurer zusammen Das gegenseitige Vertrauen fehlt

H.-J. POHMANN, Mexico City

Was sich da auf dem sonnenüberfluteten Centre Court im Deutschen Club von Mexico City im Doppel abspielte, entbehrte nicht einer gewissen Tragik. Boris Becker und Andreas Maurer bemühten sich zumindest oberflächlich, als Team aufzutreten. Gelegentliches Aufmuntern und gemeinsames Händeklatschen sollte dies auch noch nach außen hin demonstrieren.

Doch hier stand kein Team auf dem Platz, das sich innerlich verbunden fühlte. Hier bemühten sich zwei Einzelspieler, mit Anstand über die Runden zu kommen. Aber beide spülten ohne inneres Feuer ihr Pensum herunter. Jeder spielte auf seiner Seite ein Einzel für sich herunter.

Es wäre dennoch müßig, nach einem Schuldigen zu suchen - und ungerecht dazu. Denn die optimale Leistung brachte weder Boris Becker noch der angespannte Andreas Maurer. Nein, da belien auch keine schönen Worte der Verbands-Offiziellen auf internen Pressekonferenzen. Dieses Doppel hat sich auseinandergespielt. Und es sollte niemals mehr gemeinsam bei einem Cup-Wettbewerb für den DTB starten. Es wird wohl auch nicht mehr dazu kommen.

Denn hier hat sich das Schlimmste ereignet, was einem Doppel überhaupt passieren kann: Die Vertrauensbasis (auf das Spiel bezogen) besteht nicht mehr. Schon nach dem Doppel im Daviscup-Finale gegen die Schweden in München war klar, daß hier ein Doppel „ohne Zukunft auf dem Platz stand.“ (Coach Niki Pilic). Zu unterschiedlich ist die spielerische Klasse und die Spielanlage bei Becker und Maurer. Genau deshalb war der Wimbledon-Sieger zuletzt nicht mehr bereit und in der Lage, seinen Partner wie 1985 gegen die USA und die CSSR mitzuziehen. Die

Folge war abzusehen: Schlagartig existierte nur noch eine Interessengemeinschaft auf dem Platz.

Und trotzdem hätte es beinahe noch gegen die harmlosen Mexikaner gereicht. Bei einer 3:1-Führung und 0:30 bei Aufschlag des so überheblich wirkenden Leonardo Lavalle im fünften Satz hatten die beiden Deutschen den Sieg dicht vor Augen. Tragisch für Becker in dieser Situation, daß ihm unnötige Fehler am Netz unterliefen und er dann auch noch seine nächsten entscheidenden Aufschlagspiele abgeben mußte. Fast ungläubig starteten in diesen Sekunden Wilhelm Bungert und Niki Pilic auf den in Sekundenschnelle mit Sitzkissen überfluteten Platz.

Kopfschütteln hatten sie mit ansehen müssen, daß der für ein College in Louisiana spielende Perez-Pascal für die entscheidenden Impulse bei den Mexikanern sorgte. Dabei ist dieser 23jährige Bursche in der Computerverwaltung nicht aufgeführt, und große internationale Grand-Prix-Turniere kennt er gar nur vom Hörensagen und vom Fernsehen.

So kann es für die Niederlage auch keine Entschuldigung geben, denn weder die Höhe, die Zuschauer oder auch die von den Deutschen bemängelten Bälle waren für den mexikanischen Sieg verantwortlich. Eine Tatsache, die akzeptiert werden muß. Genau wie der Einbruch von Michael Westphal in seinem Einzel gegen Francisco Maciel.

Oder besser: der alles entscheidende führende Kopf.

Wie heißt es auch so schön, zu viele Köche verderben den Brei. Und so wurde fleißig DTB-intern die Streitart ausgegabelt. Mal gab es für Sportwart Peter von Prier keinen Platz bei der Kapitänbesprechung oder im offiziellen Spielerbus. Ein anderes Mal wurde kräftig darüber geschimpft, daß Westphals Freundin Jessica nun doch im Spielerhotel mit Zimmer 2635 Nachbarin ihres Freundes war. In diesem Punkt soll Sportdirektor Günter Sanders im Oktober 1984 in Berlin den Spielern die Zusage erteilt haben, daß Spielerfrauen und Freundinnen anreisen können. Eine Aussage, die Niki Pilic vehement bestritt.

Bekannt ist nur, daß es die DTB-Zentrale selbst war, die eben für jene Jessica im Hotel „Camino Real“ ein Zimmer buchte. Also erregte sich Michael Westphal, der von Unfairness der Funktionäre sprach. Dann war von Prier wieder an der Reihe und schimpfte über die „schlechte taktische Einstellung der Doppelspieler Becker und Maurer von der Bank aus bei ihren Aufschlägen und Returns“. Von Prier: „Ich weiß zwar, daß mich alle Experten im DTB für blöde halten, aber schließlich verstehe ich als ehemaliger Turnierspieler auch was von Taktik.“

Apropos Taktik. Die wäre nun auch einmal innerhalb des DTB angebracht. All diese entstandenen Unruhen stammen diesmal nicht von den zahlreichen Medienvertretern, die allesamt in einer Art Goodwill-Stimmung nach Mexico City gereist waren. Hier sind Probleme aus dem Inneren heraus zu lösen. Und die hätte schön mit einer Portion Fairplay und nicht mit dem Waschen schmutziger Wäsche.

NACHRICHTEN

Langer ausgeschieden

Miami (GAB) - Bei seinem siebten Start auf der amerikanischen Golf-Tournee schaffte Bernhard Langer (Anhausen) bei der „Doral Eastern Open“ in Miami mit 69+76=145 Schlägen nur den 92. Platz und schied erstmals vorzeitig aus. Nur die besten 72 der 150 Teilnehmer (bis 143 Schläge) durften weiterspielen. Halbzeitbester war Tom Kite (USA) mit 66+67=133 bei Par 72.

Stevenson unterlag

Berlin (sid) - Kubas Box-Idol Teofilo Stevenson verlor das Finale des 15. Chemiepokal-Turniers in Halle im Superschwergewicht gegen den „DDR“-Meister Uli Kaden nach Punkten. Für den Kubaner war es die elfte Niederlage in 303 Kämpfen.

Weltcup-Sieg für Angerer

Lahti (sid) - Biathlon-Olympiasieger und Vize-Weltmeister Peter Angerer aus Hammer schaffte in Lahti über 20 Kilometer in dieser Saison seinen dritten Weltcup-Sieg. Über zehn Kilometer wurde Angerer lediglich Zahner. Die Führung im Gesamtweltcup gab er damit an Andre Semisch („DDR“) ab, der das Rennen in Lahti gewann.

Peter Zipfel Zweiter

Zuoos (dpa) - Peter Zipfel (Kirchzarten) fehlten zwei Sekunden zum Sieg. Beim 18. Engadiner Ski-Marathon von Maloja nach Zuoos mußte sich Zipfel nur dem Schweizer Konrad Hallenbarter geschlagen geben.

Tor von Hansi Müller

Innsbruck (sid) - Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller war beim 3:0-Erfolg von Wacker Innsbruck über Sturm Graz der überragende Spieler auf dem Platz. Mit einem Freistoß gelang Müller das Tor zum 2:0. In dieser Saison hat er damit neun Treffer erzielt.

Mexiko: Kein schultfrei

Mexiko-City (dpa) - Die mexikanischen Schüler müssen auch während der Fußball-Weltmeisterschaft die Schulbank drücken. Das Erziehungsministerium lehnte eine Anregung der WM-Organisation ab, im Juni den Volks- und Oberschülern Gelegenheit zu geben, in den Stadien oder am Fernseher die Spiele der Endrunde aktuell mitzuerleben.

Auch Leandro fällt aus

Bio de Janeiro (sid) - Nach Zico (Knieverletzung) müssen die Brasilianer beim Fußball-Länderspiel am Mittwoch (20.15 Uhr) in Frankfurt gegen Deutschland auch auf den rechten Verteidiger Leandro verzichten. Der Brasilianer zog sich eine Verletzung am linken Knöchel zu.

Williams verunglückt

Toulon (sid) - Der britische Formel-1-Rennstallbesitzer Frank Williams wurde bei einem Autounfall auf der Rennstrecke von Castellet erheblich verletzt. Williams verlor in einer Kurve die Kontrolle über sein Fahrzeug und überschlug sich mehrmals. Er wurde in das Krankenhaus von Toulon eingeliefert.

Portugal-Rallye beendet

Estoril (sid) - Die von drei Toren und 35 Verletzten überschattete Rallye-Portugal endete in Estoril mit einem Sieg des Toyota-Privatfahrers Joaquim Mourinho (Portugal) vor seinem Landsmann Carlos Binca (Lancaster). In der Gesamtwertung bleibt der Finne Juhka Kangkonen (Peugeot) mit 28 Punkten in Führung, obwohl sich nach den tödlichen Ereignissen alle Werkteams von dem Wettbewerb zurück gezogen hatten.

Real nicht zu stoppen

Madrid (sid) - Real Madrid besiegte in der spanischen Fußball-Meisterschaft den Titelverteidiger FC Barcelona (ohne Bernd Schuster) mit 3:1 (0:0) und hat nun acht Punkte Vorsprung. Der Schotte Steve Archibald vom FC Barcelona wurde in der 70. Minute vom Platz gestellt.

Dremmler muß aufhören

München (sid) - Der frühere Fußball-Nationalspieler Wolfgang Dremmler vom FC Bayern München muß wegen einer Knieverletzung seine Karriere beenden. Der Verein und Dremmler werden einen Antrag auf Sportinvalidität stellen.

Majewski für Polen

Warschau (sid) - Ein Comeback in der polnischen Fußball-Nationalliga soll Stefan Majewski, der in der Bundesliga für den 1. FC Kaiserslautern spielt, am 26. März in Gijon beim WM-Testspiel gegen Spanien feiern. Polens Nationaltrainer Antoni Piechniczek berief den 30 Jahre alten Abwehr- und Mittelfeldspieler in seinen vorläufigen Kader für Gijon.

Navratilovas Rekord

Piscataway (dpa) - Die amerikanische Welttranglisten-Ersta Martina Navratilova gewann das Tennis-Turnier von Piscataway (New Jersey) durch einen 3:0, 6:0, 7:6-Erfolg über Helena Sukova (CSSR). Sie erhielt eine Siegpriämie von 32 000 Dollar und ist damit die erste Tennisspielerin der Welt, die sich in ihrer Laufbahn über zehn Millionen Dollar erspielt hat: genau 10 066 424 Dollar.

EISHOCKEY / Erstes Finalspiel in Köln ohne spielerische Höhepunkte

Eine Flasche zersplitterte auf dem Eis

„Das Finale ist wie ein Tennis-Match. Wir hatten durch den Heimvorteil Aufschlag und haben den ersten Satz gewonnen.“ So nüchtern und abgeklärt zog der schwedische Trainer Hardy Nilsson das Fazit zum überaus glücklichen 6:5-Sieg, mit dem der Kölner EC, die „Haie“, das erste von höchstens fünf Endspielen um die deutsche Eishockey-Meisterschaft gegen die Düsseldorfer EG beendete. Torjäger Mikroslav Sikora bilanzierte: „Das war ein Sieg unserer Moral.“ Düsseldorf Torwart Erich Weishaupt schüttelte noch lange nach der Schlussstürne den Kopf. „Dieses Spiel dürfen wir nicht mehr verlieren. Wer weiß, ob sich uns noch einmal eine solche Chance bietet.“

wurde mit Wurfgeschossen bombardiert, unter anderem zersplitterte eine Flasche, so daß zur Säuberung eine Unternehmung nötig war. Über den Stadionlautsprecher drohte Kompalla, falls unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiterspielen zu lassen.

Torjäger Sikora meinte zwar, Trainer Nilsson habe in der Zwangspause nur gesagt, die Mannschaft solle ruhig und ohne Hektik weiterspielen, doch offensichtlich war dies genau die richtige Order. Plötzlich erhielten die Kölner, die schon geschlagen schienen, unerhörten Rückenwind. Bis zur 54. Minute schafften Angsten und Meitinger den Ausgleich, und 26 Sekunden vor der Schlussstürne gelang Peter Schiller sogar noch die Entscheidung zum 6:5. Ausgerechnet Schiller - der heißblütige Außenstürmer stand noch im Dezember nach Differenzen mit Schatzmeister Clemens Vedder auf der Abschußliste und sollte abgegeben werden, es fand sich jedoch kein anderer Klub.

Der Kölner EC, der die Vorrunde als Spitzenreiter mit fünf Punkten Vorsprung beherrschte, lag gegen den Erzrivalen von der anderen Rheinseite ständig im Rückstand. Die Düsseldorfer führten 1:0, 2:1, 3:2 und dann sogar bis zur 51. Minute mit 5:3, wobei zwei Treffer besonders demoralisierend wirkten, weil Köln sie in numerischer Überlegenheit einstecken mußte. Als jedoch Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld) mehrere Kölner Spieler gleichzeitig auf die Strafbank schickte, sorgten die Zuschauer für Aufregung. Das Eis

Stürmer, Peter Lee, sah sich ständig von Angsten verfolgt. „Solch ein Polizisten-Eishockey ist nichts für die Zuschauer“, schimpfte Bundestrainer Kaver Unsmann. Und: „Die Schlussphase hat für vieles entschieden. Aber ich bin überzeugt, daß die DEG ohne die Spielunterbrechung gewonnen hätte.“

Unsmann hofft, daß beide Teams in den nächsten Spielen die taktischen Fesseln ablegen. Denn das dritte Fernsehprogramm des WDR schaltet sich morgen und am Freitag beim dritten und möglicherweise vierten Spiel live zu (andere Anstalten wollen mitziehen) und überträgt in voller Länge. „Das kann eine tolle Werbung für das Eishockey werden“, glaubt der Bundestrainer. (Das Resultat der gestrigen zweiten Begegnung lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor).

In die Röhre werden wohl nur die Schwarzmarkthändler sehen, die schon am Freitag auf vielen Karten sitzen blieben. Denn wenn der offizielle Preis für ein Tribünen ticket schon bei 200 Mark liegt, dazu noch, wie ebenfalls in dieser Preiskategorie geschehen, der Zusatz „Sichtbehinderung“ aufgedruckt ist, dann sind dies ja schon Schwarzmarkt-ähnliche Bedingungen - die „Wucherhale“ lassen grüßen.

SKI NORDISCH / Österreicher Andreas Felder Weltmeister im Skifliegen

Weltrekord und viele brutale Stürze

O.B./dpa/sid, Mitterndorf Mit einem Flug von 191 Meter - also genauso weit wie im letzten Jahr der Finne Matti Nykänen beim Weltrekord in Planica (Jugoslawien) - gewann der Österreicher Andreas Felder (24) in Bad Mitterndorf (Österreich) die Weltmeisterschaft im Skifliegen. Felder, der es am Schlußtag außerdem auf die Weiten 161 m und 175 m brachte und dafür die Note 745,0 erhielt, siegte vor seinem Landsmann Franz Neuländtner (Note 731,5/Weiten: 174/179/180m) und Matti Nykänen (699,0/173/185/176). Sechster wurde Thomas Klausner aus Reik im Winkl (674,5), der gestern wie schon am Freitag den Deutschen Rekord von 176 Metern einstellte.

Obwohl der Schanzen-Sprecher vor 30 000 Zuschauern feststellte: „Das waren die schlimmsten Stürze, die wir jemals hier erlebt haben“, obwohl es zuvor seit 1962 keine schweren Unfälle mehr am Kuhn gegeben hat, wurde die Veranstaltung zügig fortgesetzt.

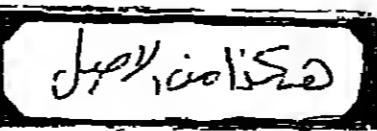
Rekord oder Sturz? Zwischen diesen beiden Extremen pendelte zumindest am letzten Tag die Skiflug-Weltmeisterschaft am Kuhn. Und wie war es zuvor? Vize-Weltmeister Neuländtner erzählte: „Ich sah den Weltrekord-Sturz von 191 Meter. Ich hätte drüber springen können, aber ich habe instinktiv die Leine gezogen. Ich hatte Angst, den Sprung zu stehen. Denn eine falsche Bewegung - dann zerschallst du.“

Die Angst des Franz Neuländtner traf sich mit dem, was Gian-Franco Kasper, der Schweizer Direktor des Internationalen Ski-Verbandes (FIS), befürchtete. Kasper erklärte, warum die Weltmeisterschaft trotz des wetten Fluges von Andreas Felder nicht zu einer Rekordfliegeri um jeden Preis ausgeartet ist: „Wir hatten oben am Turm einen Mann mit einem gro-

ßen Bremspedal, und zwar den technischen Delegierten Wolfgang Happele aus Meinerzhagen, der in den sechs Jahren selber einer der besten Skiflieger war. Er achtete darauf, daß die Anfangsgeschwindigkeit von 110 Kilometern in der Stunde nicht überschritten wurde. So wollen wir es künftig auch in Planica halten, wo noch eher die Chance besteht, über die 200-m-Marke zu fliegen.“

Was ganz offenbar in Bad Mitterndorf aber nicht viel geholfen hat - hätte es sonst drei schwere Unfälle gegeben?

Der deutsche Bundestrainer Ewald Roscher meinte dazu: „Wenn die Bestimmungen der FIS eingehalten werden, ist es nirgendwo auf der Welt möglich, 200 Meter oder weiter zu springen. Trotzdem wird überall Druck auf alle möglichen Leute ausgeübt, um diese Schallmauer zu durchbrechen.“ Und Roscher ist überzeugt, daß bei den Springern, die sich derzeit für einen Tagessatz von 15 Schweizer Franken von der Schanze stürzen, Startgelder und Rekordprämien von 20 000 Mark die „Dämme brechen“ (Roscher) lassen würden. „Sie werden dann mit fünf oder sechs Metern mehr Anlauf in die Spur gehen und Kopf und Kragen riskieren.“



FUSSBALL-BUNDESLIGA / Schwere Verletzungen von Nationalspielern - Hat Bayern das Titelrennen verloren?

Littbarski: „Mexiko, das kann ich abschreiben“ - andere Pläne auch?

ULFERT SCHROEDER, Köln. Eigentlich war da gar nichts. Ein Tritt des Schalker Thomas Kruse. Ein Sprung, eher ein Hüpfen, von Pierre Littbarski. Der linke Fuß des Kölners knickt dabei weg. Littbarski hümpelt, legt sich auf den Rasen, der Arzt und der Masseur kommen. „Ich habe was knacken gehört“, sagt Littbarski.

Schlimmste vorbereiten und trotzdem die Hoffnung noch nähren. In einer Woche, in zehn Tagen darf Littbarski nach Hause. In zwei Wochen werden die Fäden gezogen. Von da an trägt er nichts als eine Gipschiene und tags einen Spezialschuh, an dessen Seitenschicht Korsettstangen die Funktion der Bänder übernehmen, ein Knicken verhindern. Von der sechsten Woche an darf Littbarski traben, nach acht Wochen kann er voll mit dem Ball trainieren. Aber mit dem Training beginnt er schon heute. Muskelarbeit, Oberkörpergymnastik im Sitzen. Dann Krafttraining. „Körperlich wird er fit sein. Muskelmasse wird er nicht verlieren“, sagt Enderer. Und: „Wenn die Wunde gut verheilt, wenn er Glück hat, kann er in zehn Wochen wieder spielen“.

In zehn Wochen, das wäre am 17. Mai. Franz Beckenbauer wiederholt, was er schon Völler versprochen. „Wenn du am 15. Mai so weit bist, nehme ich dich mit.“ „Das schaff ich“, sagte Littbarski. Gestern nachmittags hatte er wieder Mut. Und sein Eis hatte er auch.

So oder ähnlich beginnen alle Geschichten vom Betriebsunfall am Samstagnachmittag. Völler, Augenthaler, Aumann, Littbarski. Die jüngsten Fälle. Teure, hochversicherte Gliedmaßen, halten der Belastung nicht mehr stand. „Es gab einen kurzen Augenblick, da war Littbarski ziemlich down“, sagt der Arzt.

Zur selben Zeit tickern die Fernsehgeräte der Nachrichtenagenturen die Meldung ins Land. In Köln macht sich Professor Eckart Hertel auf den Weg zum Eduards-Krankenhaus. Als Littbarski um sieben Uhr dort eintrifft, ist schon alles vorbereitet für die Operation. „Wir müssen operieren, ehe die Schwellung einsetzt“, hatte Enderer gesagt. Eine halbe Stunde schneiden und nähen die beiden Ärzte. Enderer: „Am linken Sprunggelenk, am Außenknöchel, verlaufen drei Bänder. Zwei waren völlig zerrissen. Das dritte war zur Hälfte durch. Und die Kapsel war angegriffen.“ Deprimierender Zustandsbericht eines Knöchels. „Eine schwere Verletzung“, sagt Enderer.

In zehn Wochen, das wäre am 17. Mai. Franz Beckenbauer wiederholt, was er schon Völler versprochen. „Wenn du am 15. Mai so weit bist, nehme ich dich mit.“ „Das schaff ich“, sagte Littbarski. Gestern nachmittags hatte er wieder Mut. Und sein Eis hatte er auch.

Doktor Günther Enderer hätte ihn behandelt gleich auf dem Rasen. Hatte ihn wieder auf die Beine gestellt. „Er wollte weitermachen“, sagt der Arzt. Littbarski hümpelt, kniff die Lippen zusammen. „Es tut schrecklich weh“, sagt er in der Kabine. „Ich hab ihm gesagt, daß wir ins Krankenhaus müssen. Sehen, was los ist“, berichtet Enderer. Auf dem Weg ins Gelsenkirchener Hospital „Bergmannsheil“ bohren Ungewissheit und Ungeduld. „Ich habe ihn schon vorsichtig vorbereitet“, sagt der Doktor. „Littbarski redet von dem Knacks, den er gehört hatte.“ Du müßt dich verheißeln“, sagt Enderer. „Am Knochen kann eigentlich nichts sein. Zum Glück.“

Nach 90 Minuten ist der Knöchel repariert, der Fuß vergipst, ein Berufsarzt auf dem Weg zurück an den Arbeitsplatz. Ein Weg von sechs Wochen, acht Wochen, zehn Wochen. Zuspruch, Aufmunterung hat Littbarski genug. Seine Frau Monika ist da, der Kollege Harald Schumacher. Der Manager Rüdiger Schmitz. Aber der Patient befindet sich in Narkoseträumen. „Morgen bitte für zehn Mark Eis“, bestellt er. Als er aufwacht, ist die gute Laune nicht verfliegen. „Er hat sich gefangen“, sagt der Arzt. „Jetzt kommt die Spielermatur durch“, sagt der Manager. „Was passiert ist, kann man nicht ändern“, sagt Littbarski. „Jetzt müssen wir Gas geben, damit wir den Zug nicht verpassen.“

„O mei, der auch noch.“ so lautete die erste Reaktion von Teamchef Franz Beckenbauer in Kitzbühel. Und weiter: „Es ist zum Heulen. Es vergeht ja kaum ein Tag ohne eine neue Hiobsbotschaft.“ Nach Uwe Rahn und Rudi Völler muß Beckenbauer für das Länderspiel am Mittwoch (20.15 Uhr) gegen die Brasilianer in Frankfurt nun auch auf Littbarski und den Münchner Libero Klaus Augenthaler (Muskelriss) verzichten. Der vier Wochen pausieren muß, verzichten.

Das ist der Augenblick, wo Littbarski ganz unten ist, seine Psyche völlig durchhängt. Geheult hat er nicht. Aber es war ihm danach. „Mexiko, das kann ich abschreiben“, stöhnt er. Andere Pläne natürlich auch. Die Spiele bis zum Ende der Saison. Die Gedanken an Italien. „Warte doch erst mal ab“, sagt der Arzt, „und wenn was kaputt ist, wird es sofort repariert und der Weg zurück beginnt schon morgen.“ Das ist ein verteiltes Balance-Akt. Auf

Es sprach schließlich alles für die Münchner. Ihr zweiter Tabellenplatz, ihr Wissen darum, daß ein Ausrutscher auf eigenem Platz voraussichtlich das Ende aller Hoffnungen auf eine erfolgreiche Titelverteidigung bedeuten würde. Und sicherlich war in der Bayern-Einschätzung des absteigbedrohten Gegners auch nicht ganz ohne Belang, daß der zuletzt vor 19 Jahren, genau am 21. Januar 1967, in München gewonnen hatte. Was also konnten die vermeintlichen Düsseldorf Habenchichte im Olympiastadion schon einbringen, außer ihrer Hoffnung, die Niederlagen in wenigstens einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten? Im Grunde nichts.

Doch als am Ende abgerechnet wurde, stand die Fußballwelt Kopf. Die überglücklichen Fortunen, die mit ihrem 3:2-Sieg für den sensationellen Tagesgeschehen, fielen sich freudetrunken in die Arme, wälzten sich in Menschen-Trauben über den Rasen und rafften sich dann mit letzter Kraftanstrengung noch einmal auf, um in die Südkurve zu ihren Fans zu laufen und denen die Schwitzperlen, verdreckten Trikots zuzuworfen. Düsseldorf's Präsident Peter Förster sah derweil auf der Ehrentribüne und sagte nur immer wieder den gleichen Satz. „Das gibt es doch gar nicht.“ Und Hoeneß? Der stand



Udo Lattek (links) grüßt es, Jörg Schmadtke schreit seine Freude heraus. FOTOS: FRINKE, SIMON

Hoeneß gibt die Hoffnung nicht auf - Fortuna feiert Schmadtke und Zewe

BERND WEBER, München. In der Vereinszeitschrift des FC Bayern München hatte Manager Uli Hoeneß auf einen 3:0-Sieg seiner Mannschaft gegen Fortuna Düsseldorf getippt. Das sollte man ihm im Nachhinein aber nun wirklich nicht als Überheblichkeit auslegen, denn mit seiner Prognose lag Hoeneß durchaus im Trend allgemeiner Erwartungen.

später mit versteineter Mine vor der Kabine der Bayern und beschwor das Prinzip auch noch. „Ich bin einer von denen“, so meinte er, „die den Hasen nicht verteilen, bevor er erlegt ist. Weil Bremen gegen Bochum nur 0:0 gespielt hat, bin ich der Meinung, daß sich unsere Chance auf die Titelverteidigung nur leicht geschmälert hat.“ Münchens Schatzmeister Kurt Hegerich indes sah es anders. Sein Kommentar: „Die Würfel sind gefallen, der Meisterschaftszug ist ohne uns abgefahren.“

riß zu. Heute wird Aumann operiert, wahrscheinlich fällt er bis zum Ende dieses Jahres aus.

Vielleicht wäre alles anders gelaufen, das gaben auch die Düsseldorfler zu, wenn die Bayern an diesem Tag nicht so viel Verletzungspech gehabt hätten. Schon nach drei Minuten fiel Kapitän Klaus Augenthaler mit einem Muskelfaserriss aus, schlimmer erwischte es Raimond Aumann. Sekunden vor dem Halbspitzfuß zog er sich im Getümmel einen Kreuzband-

Trainer Udo Lattek stellte Jean-Marie Pfaff ins Tor - und der mußte Sekunden später das vorentscheidende 0:2 hinnehmen. Um diesen Treffer ist nun ein heftiger Streit entbrannt. Bayern-Mittelstürmer Dieter Hoeneß: „Ich empfinde es als grobe Unsportlichkeit von Gerd Zewe, daß er den Eckball, der dem 2:0 vorausging, normal gespielt hat. Schließlich hätte Lerby den Ball absichtlich ins Seitenaus geschlagen, um eine Behandlung des erkennbar schwer verletzten Aumann zu ermöglichen.“ Dem hält Förster jedoch entgegen: „Ich finde es geradezu absurd, wenn sich ausge-rechnet die Münchner mit irgendwelchen Fairneß-Appellen an die Öffentlichkeit begeben. Meine Spieler haben mir glaubhaft erzählt, daß die fast während der gesamten 90 Minuten der Schweizer Schiedsrichter Kurt Röhliberger aufs übelste beschimpft und beleidigt wurde.“

Aber im Prinzip war dies natürlich kein Thema bei den Düsseldorfern. Sie ließen sich auf dem Rückflug von ihren Anhängern ein paar Flaschen Sekt spendieren und feierten vor allem Torhüter Jörg Schmadtke (Trainer Dieter Brei: „Er hat mindestens sechs eigentlich unhaltbare Bälle abgewehrt“) und Routinedier Gerd Zewe, der - seitdem ein Vorstandsbeschluss vorliegt, daß sein am Saisonende auslaufender Vertrag nicht verlängert wird - eine Glanzleistung an die andere reiht. Trotzdem stellte Förster gestern gegenüber der WELT klar: „Auch wenn der öffentliche Druck vielleicht groß wird, werden wir nicht umdenken. Zewe bekommt keinen neuen Vertrag angeboten.“

ERGEBNISSE

Table with 2 columns: Match (e.g., München - Düsseldorf) and Score (e.g., 2:3 (0:2)).

DIE SPIELE

Dortmund - K'lauren 4:2 (1:0)
Düsseldorf - Schalke 2:3 (0:2)
Stuttgart - Nürnberg 3:1 (1:0)
Schalke - Köln 3:0 (2:0)
Dortmund - K'lauren 4:2 (1:0)
Hannover - Hamburg ausgefallen
Leipzig - Frankfurt ausgefallen
M'gladbach - Mannheim ausgefallen
Saarbrücken - Uerdingen ausgefallen

München - Düsseldorf 2:3 (0:2)
München: Aumann (45. Pfaff) - Augenthaler (3. Beierforner) - Eder, Pfaffler, Zewe, Rüdiger, Looze - Simmes, Wegmann - K'lauren: Ebrmann - Geyer - Wolf, Dusek - Spielberger (46. Schupp, 76. Majewski), Meizer, Moser, Brehme, Leuchter, Roos, Alofs - Schiedsrichter: Jun. (Frankfurt). - Tore: 1:0 Wegmann (17.), 1:1 Meizer (70.), 2:1 Zewe (71.), 3:1 Wegmann (75.), 3:2 Alofs (76.), 4:2 Simmes (88.). - Zuschauer: 14 000. - Gelbe Karten: Stork (4).

Stuttgart - Nürnberg 3:1 (1:0)
Stuttgart: Rolzer - Zitzler - Schäfer, K.-H. Förster - Mielke, Allgöwer, Buchwald, Sigurimann, Nuehrib, Klusmann (87. Reichert), Pasie (74. Hartmann). - Nürnberg: Heider - Reuter - T. Brunner, Giske, Crabbauer, Geyer, W. H.-J. Brunner, Philippowski, Gütler, Lieberwirth (41. Dorfner) - Andersen, Eckstein - Schiedsrichter: Osmer (Bremen). - Tore: 1:0 Allgöwer (45.), 2:0 Schäfer (41.), 3:0 Allgöwer (56.), 3:1 Zitzler (69.). - Zuschauer: 15 000. - Gelbe Karten: Müller (71.), Sigurimann (4), Eckstein (4), Andersen (2).

Schalke - Köln 3:0 (2:0)
Schalke: Junghans - Fichtel - Kleppinger, Kruse - Schipper, Dietz, Oplitz, Dierßen, Thon - Hartmann, Wübler. - Köln: Schumacher - van de Kerkhof, Rostin, Steiner - Lehnhoff, Gells, Hönerbach, Gellenkirch, Pizanti (25. Janßen) - Littbarski (46. Dikkel), Alofs. - Schiedsrichter: Heitmann (Dresden). - Tore: 1:0 Thüber (24. Poulchen), 2:0 Hartmann (69.), 3:0 Thüber (83.). - Zuschauer: 18 000. - Gelbe Karten: Gellenkirch, Janßen.

Bremen - Bochum 0:0
Bremen: Burdinski - Peszy - Valvava, Kutrop - Schatz, Wolter, Sidka, Hermann, Okudera (55. Ordenevitz) - Neubarth, Burgmüller. - Bochum: Kleff - Kempe - Oswald, Woelk - Lameck, Kree, Leitold (57. Kahlweh), Ebnastall, Wegmann (70. Knappeid), Fischer, Kuntz. - Schiedsrichter: Werner (Auermacher). - Zuschauer: 21 000. - Gelbe Karten: Kempe (4), Kree (2), Kuntz (3).

Die Statistik
Die fünf Spiele sahen 78 000 Zuschauer - wieder nur 15 800 im Schnitt. Nach 17 Spielen müssen nachgeholt werden. Lediglich Bremen, München, Düsseldorf und Nürnberg sind davon nicht betroffen. Der Stuttgarter Karl Allgöwer schob sich auf Platz drei der Torschützenliste (18 Treffer). Es führen weiter Neubarth (Bremen) und Kuntz (Bochum) mit 18 Toren.

2. Liga

Fortuna Köln hat nach seinem 2:1-Sieg über Kickers Stuttgart und der gleichzeitigen 1:2-Niederlage von Bielefeld gegen Oberhausen wieder eine sehr gute Ausgangsposition im Kampf um den Aufstieg. Die Rechnung von Trainer Hannes Lähnens: „Wenn wir aus den 13 Spielen noch 14 Punkte holen, dann haben wir es geschafft.“

Alle Aufsteiger am Tabellenende

Table with 3 columns: Team, Home, Away. Lists teams like Bremen, München, M'gladbach, etc., with their respective home and away records.

DIE ERGEBNISSE

Table with 2 columns: Match (e.g., Köln - Stuttgart) and Score (e.g., 2:1 (0:1)).

DIE TABELLE

Table with 2 columns: Team and Points. Lists teams like 1. Homberg, 2. Köln, 3. Bielefeld, etc., with their current points.

HANDBALL / Jugoslawien verdient Weltmeister - Hierarchy durcheinandergerüttelt - Sturz der Lehrmeister UdSSR, Rumänien

Dem Kraftspiel alter Schule wurde eine deftige Abfuhr erteilt

Die Hierarchie ist durcheinandergerüttelt: Mit einer fast völligen Neugestaltung der Weltspitze und einem Millionen Gewinn für die Gastgeber endete die 11. Handball-Weltmeisterschaft der Männer in der Schweiz. 12 000 begeisterte Zuschauer eines teilweise berauschten Endspiels bejubelten Jugoslawien nach dem 24:23 (12:12) gegen Ungarn in Zürich als würdigen Weltmeister. Zuvor waren Titelverteidiger UdSSR und Rekordweltmeister Rumänien in ein Fiasko gestürzt - die Plätze neun und elf sind für Topfavoriten mehr als nur ein Ausreiter. Besser, aber nicht gut genug war die Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland: Platz sieben war zu wenig, um das erklärte Minimalziel, die direkte Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 in Südkorea, zu schaffen.

Lehrmeisters kollektiver Handball-Schule mit einem statisch-taktischen Spielsystem war nicht zuletzt das Verdienst der gelungenen jugoslawischen Mischung aus individuellem Können und taktischer Disziplin. Vlado Stenzel, der Jugoslawien 1972 beim Olympia-Turnier in München zur Goldmedaille führte, sagt über seine Landsleute: „Die Intelligentesten, physisch und psychisch Stärksten gewonnen zu Recht den WM-Titel.“ Jugoslawien ist auch ohne Boykott die stärkste Handball-Nation der Welt. Hatte der Olympiasieger von Los Angeles 1984 durch die Abwesenheit der Ostblock-Länder noch hohes Glanz, so strahlt dieser Titel der Jugoslawen um so heller.

haben dem Krafthandball alter Schule eine gehörige Abfuhr erteilt. Auf das insgesamt positive Urteil über die WM fiel nicht nur am Finaltag ein Schatten. Mit einem Protest sorgte Südkorea für einen Eklat. Das Team erschien nicht zur Ehrung des Torschützenkönigs Jae-Won Kang (67 Treffer), sondern reiste direkt nach dem Spiel gegen die Schweiz zum Platz 12 (22:27) ab. Südkorea hatte zuvor Einspruch gegen die umstrittene 25-Prozent-Regel eingelegt, die den Asiaten eine bessere Platzierung verdarb. Erst die Drohung des Weltverbandes IHF, den Gastgeber 1988 von seinem eigenen Olympiaturnier auszuschließen, bewog Südkoreas Funktionäre zur Umkehr. Zuvor hatte der Doping-Fall des rumänischen Torwarts Adrian Simioni für negative Schlagzeilen gesorgt.

Die Rückkehr von Ex-Weltmeister Schweden (1954 und 1958) mit jungen, schwungvollen Individualisten, die Olympia-Qualifikation von Island mit Platz sechs und Südkoreas furioses Angriffsspiel haben die Handball-Welt in einem Maße belebt, wie es keiner erwartet hatte. Virtuoses Angriffsspiel und elegante Technik

Abschied und Trainerwechsel wie in der Schweiz. Die UdSSR verliert fast eine komplette Mannschaft, nachdem das personell identische WM-Team von 1982 und 1986 derart einbrach. Dennoch wird Trainer Anatolij Jewtschenko (53) wohl im Amt bleiben. Rumäniens Trainer Pana, CSSR-Trainer Grubitzki und der Pole Wresniewski müssen ihren Hut nehmen. Island wird nach dem hundertsten sechsten Rang ein Opfer des politischen Debakels (14.). Der an Island ausgeliehene Trainer Kowalczyk wird nun in seiner polnischen Heimat aufbaubarbeit leisten müssen. Die CSSR bereut, daß sie Trainer Vicha von Prag zum Bundesliga-Spitzenreiter TV Großwallstadt ziehen ließ.

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE. Advertisement for Erdgas with a large graphic of a gas flame.

Table with 2 columns: Match (e.g., Bochum - Mannheim) and Score (e.g., 1:4).

Nachholspiele, Dienstag, 11. 3., 19:30 Uhr
Bielefeld - Solingen; 20 Uhr: Osnabrück - Köln, Braunschweig - Oberhausen, Karlsruhe - Darmstadt. - 23. Spieltag: Freitag, 14. 3., 20 Uhr: Aschen - Homberg, Osnabrück - Wattenscheid. - Samstag, 15. 3., 15:30 Uhr: Freiburg - Bayreuth, Solingen - TB Berlin, Duisburg - Darmstadt, Stuttgart - Kassel, Hertha BSC - BW Berlin. - Sonntag, 16. 3., 15 Uhr: Oberhausen - Köln, Braunschweig - Bielefeld, Aschaffenburg - Karlsruhe.

Die Demontage des sowjetischen

Die Demontage des sowjetischen

Die Demontage des sowjetischen

Die Demontage des sowjetischen

Die Demontage des sowjetischen

Delta Business-Klasse nach USA: Unsere breiten Sessel sind groß im Komfort. Advertisement for Delta Airlines featuring a large image of a Delta airplane and text describing the service.







